



Telephon Nr. 2325.

Der

Gedruckto 38.415.

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

### Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

### Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Monoparallelszeile oder deren Raum 40 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

### Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich . . . . . Kr. 2.88  
Ganzjährlich . . . . . „ 5.76  
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 19.

Wien, den 1. Juli 1911.

19. Jahrg.

## Ein Siegestag und ein Tag der Schande.

Die Wahlen für den Reichsrat sind vollzogen, und der verhallende Lärm der leidenschaftlichen Kämpfe macht es nunmehr möglich, daß man die Ergebnisse dieser mit so viel Schärfe und Wucht geführten Wahlbewegung nüchtern beurteilt und überprüft. Der nachhaltigste Eindruck ist wohl auch jetzt noch der, daß diese Wahlen in Wien und Niederösterreich wirkten, wie ein reinigendes Gewitter. Die schwere Sündenschuld, die die christlichsozialen Weltbeherrscher an der Sache des Volkes verübten, hat zu einem eklatanten Zusammenbruch der ganzen Partei geführt, wie er in der politischen Geschichte niemals von gleicher Stärke und von gleichem Umfang erlebt wurde. Es lag in der Luft, daß das Dampflok des Diktators und Demagogen hing, einmal herniederfallen und mit voller Wucht seine zerschmetternde Wirkung üben müsse. Aber dennoch ahnte niemand, daß das Verhängnis so überraschend schnell und so gründlich kommen werde, wie es diesmal geschah, wo kein einziger von den Führern und Drahtziehern der christlichsozialen Partei gewählt wurde. Neben Liechtenstein und Geymann blieben der Präsident des früheren Abgeordnetenhauses Dr. Pataki, der Bürgermeister von Wien, Doktor Neumayer, sowie der Handelsminister Doktor Weiskirchner auf der Wahlstatt, so daß heute Wien und Niederösterreich gründlich von der politischen Vertretung durch die Christlichsozialen befreit ist. Daß die Niederlage der christlichsozialen Partei, die bei den Hauptwahlen so unheilvoll einsetzte, bei den Stichwahlen den vollständigen Zusammenbruch besiegelte, das ist das große Ereignis, das diesmal wie eine Erlösung wirkt, und das die Aufmerksamkeit und den Beifall des gesamten Auslandes auf Oesterreich gelenkt hat.

Daß dieser Wahlausfall zunächst auch einem Bankrott der Wienerischen Regierungspolitik bedeutet, ist klar, wenn man erwägt, daß die Auflösung des Parlaments in der Absicht erfolgt ist, bei diesen Wahlen die Sozialdemokratie völlig niederzuwerfen. Durch einen Bloß aller bürgerlichen Parteien sollte die Arbeiterschaft mit gesammelter bürgerlicher Kraft zu Boden gerungen werden. Der Versuch eines christlich-deutschfreihlich-agrarischen Blocks auf deutscher Seite, der allerdings mißglückt ist, und das jung-tschechisch-nationalsoziale Kartell bei den Tschechen, wozu bei den Stichwahlen dann noch die Allianz mit den Agrariern kam — das alles sollte die künftige übermächtige deutsch-tschechisch-polnische Steuer- und Proletariat aber hat die sozialdemokratische Burg siegreich getrotzt und politisch und moralisch gleich kräftig rückt die Vertretung der Arbeiter in das neue Parlament ein. Zu Boden geschmettert und fast vernichtet sind aber diejenigen, die den Kern der bisherigen Regierungsmehrheit und die Hauptstützen des Systems Wienerth bildeten: die Christlichsozialen. Und was das Bedeutende an dieser Niederlage ist, das ist, daß sich die Christlichsozialen von ihr nicht wieder erholen werden. Die Wiener Bevölkerung hat die Stadt nicht nur gereinigt von der schmutzigen Gesellschaft, die ihre Mandate zur persönlichen Bereicherung ausnützte, sie hat auch abgerechnet mit den Verrätern ihrer vitalsten wirtschaftlichen Interessen, als die sich die Wiener Christlichsozialen immer in der Gefolgschaft der Agrarier aufgeführt haben.

Und was die Eisenbahner mit doppelter Genugthuung erfüllt, ist der Wahlsieg in Klosterneuburg, wo es unseren Genossen gelang Dr. Weidenböcker zu werfen, der bekanntlich den gegen die

Eisenbahner gerichteten Buchtausch geschenktwurf unterschrieben hat.

Aber der 20. Juni war nicht bloß ein glänzender Siegestag für die Sozialdemokratie, er war auch ein Tag unauslöschlicher Schmach für den sogenannten deutschen Freisinn. Während nämlich in Wien alle wirklich freiheitlichen Elemente die Sozialdemokraten in ihrem Kampfe gegen die Christlichsozialen unterstützten, paktierten in den Subetendländern Freisinnige und Christlichsoziale miteinander, um die Sozialdemokratie aus dem Sattel zu heben. Rumburg und Freiwaldau sind geradezu typische Beispiele für den moralischen Tiefstand, der sich in diesem Wahlkampf auf deutschbürgerlicher Seite geoffenbart hat. In Rumburg unterstützte der Sozialdemokrat Hannich, weil der gesamte deutsche Freisinn geschlossen in der Stichwahl für den Christlichsozialen Zerabek stimmte, und in Freiwaldau taten die Christlichsozialen umgekehrt dasselbe, indem sie den Deutschradikalen Seidel gegen unseren Genossen Müller unterstützten. Es ist ja bezeichnend für den ganzen Scheinfreisinn, daß die Macher im deutschen Nationalverband das saubere Stichwahlkompromiß mit den Christlichsozialen aushekten, wonach bei allen Stichwahlen, bei denen ein Sozialdemokrat in Frage kam, Deutschbürgerliche gemeinsam mit Christlichsozialen und Nationalen gegen diesen stimmen sollten, ein Vorschlag der die bürgerliche Wählerschaft in Wien freilich recht kalt ließ, und der von der gesamten deutschbürgerlichen Presse einfach aus taktischer Klugheit zurückgewiesen wurde. Aber in den Annalen der Schande des bürgerlichen Freisinns wird es immerhin verzeichnet werden müssen, daß ein solcher Vorschlag jetzt in einem Momente, wo sich Wien anschickte, sich von der schwarzen Herrschaft zu befreien, vom deutschen Nationalverband gemacht werden konnte, wobei noch das deutschradikale Hauptorgan, die „Ostdeutsche Rundschau“, darauf ihr begeistertes Loblied sang. Welche Schmach in dieser Anbiederung an die Christlichsozialen gelegen war, das hat ein deutschnationales Blatt, das „Montagsblatt aus Böhmen“, augenscheinlich recht kräftig empfunden, das den Kompromißvorschlag, wie folgt einbegleitete:

Der Jubel über den Sieg der freiheitlichen Politik bei den Hauptwahlen, dieses etwas allzu frohe Tauchen und Erzählen von dem Morgenrot, das nun angeblich in Oesterreich anbrechen soll, all dieses Uebermaß von Stimmenaufwand und Lungenkraft, das in wenigen Tagen vertan ward, ist jetzt einer recht kagenjämmerlichen Stimmung gewichen. Und das kommt daher, weil die Herren Führer der sogenannten deutschfreihheitlichen Parteien im tiefsten Grunde ihres Gemütes über den Ausgang der Wahlen schwer erschrocken sind. Ja, man ist deutschfreihheitlich, deutschfreisinnig, radikal und antirömisch, weil sich das gut ausnimmt, weil es dem Charakterbild so einen geistigen Lackglanz gibt, aber wehe, wenn das Volk die Worte von der deutschfreihheitlichen Politik ernst nimmt und der Partei der Geymann, Liechtenstein, Bielohlawek an den Kragen geht! Dann wird dieser deutsche Freisinn plötzlich sentimental, weich wie Butter, larmoyant wie die reuige Gulalja und sagt, daß es eigentlich ja doch nicht so gemeint war.

Ganz im Ernst gesprochen: Ueberner und läppischer hat sich die deutschfreihheitliche Politik schon lange nicht benommen, als in diesen Tagen, da nach den entscheidenden Tatsachen der Hauptwahl die Herren Führer sich zusammensetzten und darüber berieten, wie die Wirkung der Hauptwahl nun wieder aufgehoben werden könnte. Das Präsidium hatte Herr von Wienerth inne und von ihm gingen denn auch die schmerzvollsten Lamentationen aus. Es ist sehr merkwürdig, sehen zu müssen, daß der Rabbinetcheff als Parteiaagent und Stichwahlagitator auf-

tritt, aber er kann sich offenbar das Regieren ohne die Christlichsozialen nicht denken; dreiviertel der Minister gehören dieser Partei an, die Unterrichtsverwaltung untersteht ihr direkt, die anderen Ressorts sind mehr oder weniger von ihr in Erbpacht genommen. Ueberdies hoffte man, sich in Zukunft noch fester mit dieser Partei und Hausgarde zu verbinden. Da kam denn die Niederlage freilich sehr unangelegen. Plötzlich zeigte es sich, daß der „Granit“, auf dem die Gegenwart und Zukunft aufgebaut werden sollte, zerbröckelte und vom ersten Sturm weggeblasen ward, es zeigte sich, daß diese Erzählungen von den festen Wurzeln des „christlichen Sozialismus“ leeres Gerede war. Peinlich allerdings für eine Regierung, die just auf dieses Gebilde alle Karten gesetzt hat.

Aber was geht das alles die deutschfreihheitlichen Führer an, wie kommen sie dazu, gewissermaßen den Wählern in die Arme zu fallen und ihnen gebieten zu wollen, was sie nun zu tun und zu lassen haben? Man muß sich nämlich erinnern, daß dieses Betteln um Gnade für die Christlichsozialen an die Wiener Wähler gerichtet war, an jene Wähler, deren Abgeordnete Dr. Ofner, Hoß und Kuranda seinerzeit den Herrschaften nicht gut genug waren! So einem Teutonen, Stranský v. Stranka zum Beispiel, ist natürlich sobald einer nicht deutsch genug, begreiflich also, daß Männer wie Ofner, Hoß und Kuranda neben solchen teutonischen Brachteremplaren nicht sitzen durften. Man hat also seinerzeit die drei einzigen wirklich freiheitlichen deutschen Parlamentarier aus dem Nationalverband ausgeschlossen, nur um jenen christlichsozialen Spionen, die unter radikal-deutscher Maske sich in den Nationalverband eingeschlichen hatten, einen Gefallen zu tun. Mit dieser Ausschließung der freisinnigen Abgeordneten hatte der Nationalverband gleichzeitig aber ausgesprochen, daß der Wille und die Meinung jener Wiener Wählermassen, die die freisinnigen Abgeordneten ins Parlament entsandten, nicht gut genug, nicht würdig sei, vom Nationalverband respektiert zu werden. Die Wiener Wähler haben sich damals damit abgefunden, was ihnen ja nicht schwerfallen konnte, wenn sie das Deutschtum der Herren Malik und Stranka dem deutschen Geist der Ofner und Hoß entgegenhielten. Aber dies nun einmal geschehen war, hatte sich der Nationalverband auch jetzt zu sagen, daß ihn die Wiener Wählerschaft nichts angehe. Wenn sich die Deutschböhmern wie Lehrbuben und Barrierestöcke kommandieren und einreden lassen, daß die Wahl eines christlichsozialen Herrn Zerabek ein unendlicher Gewinn für das deutsche Volk sei, so ist das ihre Sache. Schon die Alpenländer würden sich so eine Ueberheit, die wirklich nur am Trebnitzer Bierisch ernst genommen werden kann, sehr energisch verbieten; die Deutschböhmern lassen es sich ruhig gefallen, obzwar sie am Beispiel der Altschönbühnen sehen könnten, daß dieser in nationalen Dingen gewiß sehr peniblen Fraktion durchaus nicht einleuchtet, warum zum Beispiel der Herr Stranský v. Stranka deutscher sein soll, als der deutsche Sozialdemokrat Gillebrand. Sie haben nämlich ihren Wählern in Aich die Wahl ganz freigestellt, wobei immerhin zu bedenken ist, daß Herr Stranský v. Stranka, der ja der deutschradikalen Partei angehört, doch nur christlichsozial angehaucht ist. In Rumburg aber sollen die Deutschfreihheitlichen für Herrn Doktor Zerabek stimmen!

Als man den Wienern mit einem derartigen Ansinnen kam, jetzt nach den Mühen der Hauptwahl auf den eigentlichen Erfolg zu verzichten und die Christlichsozialen zu unterstützen, haben sie ganz einfach geantwortet: Schmeiß! Eine andere Antwort an den Nationalverband war nicht möglich. Es hieße den ganzen Sinn der Wahlen gewaltsam auszulöschen.

Das Urteil der Massen in kein Gegenteil umkehren, wollte man die Niederlage, die die Christlichsozialen sich geholt, jetzt wieder aufhalten. Wenn der Deutsche Nationalverband so wenig von der Dialektik versteht, so ist ihm nicht zu helfen. Aber er wird sich irren, wenn er meint, dem unaufhaltsamen Zug nach links sich entgegenstemmen zu können.

Wir wissen sehr gut, was uns die Einigkeit meier antworten werden. Sie werden uns nochmals erzählen, daß im Wahlkampfe nur das nationale Moment ausschlaggebend sei und alles gegen den gemeinsamen Feind, die internationale Sozialdemokratie sich kehren müsse. Darauf wäre aber doch endlich zu sagen, daß es mit dieser Phrase nicht länger gehen wird. Der deutschen Sozialdemokratie sich als Feind gegenüberzustellen, das trifft am Ende jeder, die wirkliche politische Kunst wäre aber gerade, ihr nationales Gewissen zu schärfen, sie heranzuziehen zur nationalen Arbeit. Natürlich werden im Industriegebiet sich Kämpfe zwischen bürgerlichen und sozialistischen Kandidaten nie beseitigen lassen; das liegt im Wesen unserer Wirtschaft. Aber dieser soziale Kampf braucht eine Annäherung der deutschfreihlichen Gruppen an die deutsche Sozialdemokratie nicht auszuschließen.

Ober glauben unsere deutschfreihlichen Helden, daß sich für die Zukunft eine deutsche Politik auf christlichsozialer Grundlage machen lassen? Glauben sie das? Sie sollten beizeiten sich lieber beeilen, sonst verlieren sie den Anschluß.

So schreibt ein deutschnationales Blatt, dessen Macher noch ohne Scheuklappen sehen können. Aber in Nordböhmen haben die wackeren Deutschnationalen und die gesamten Freisinnshelden doch für den Christlichsozialen Feind bestimmt, ebenso wie in Schlesien umgekehrt die Christlichsozialen den Los-von-Rom-Bruder wählten, nachdem ihnen dieser feierlich versprochen hatte, daß er niemals wieder für die Freie Schule und für die Chereform eintreten werde. Und so ist es gekommen, daß der Siegestag der Sozialdemokratie zugleich zu einem Tag der Schande für den deutschen Freisinn geworden ist. Für jenen deutschen Freisinn, der alle seine Grundsätze im Stiche läßt und mit Weihwedel und Kutte gemeinsame Sache macht, wenn es gegen die Sozialdemokratie geht, die als einzige Partei das wirtschaftliche Wohl des arbeitenden Volkes will. Das ist die wichtige Lehre des Wahlkampfes, die nicht vergessen werden soll!

**Einundachtzig sozialdemokratische Abgeordnete.**

Es wurden folgende sozialdemokratische Abgeordnete gewählt:

**44 deutsche Sozialdemokraten.**

- Franz Schuhmeier (Leopoldstadt II).
- Franz Silberer (Landstraße I).
- Leopold Winarsky (Landstraße II).
- Franz Domes (Margareten).
- Franz Reifmüller (Mariahilf I).
- Karl Leuthner (Mariahilf II).
- Max Winter (Alsergrund II).

- Jakob Neumann (Favoriten I).
- Dr. Viktor Adler (Favoriten II).
- Laurenz Widholz (Simmering).
- Ludwig Wuttischel (Meidling).
- Wilhelm Schiegl (Sieving).
- Ferdinand Staret (Rudolfsheim).
- August Forstner (Fünshaus).
- Franz Schuhmeier (Dttalring I).
- Anton David (Dttalring II).
- Karl Volkert (Dernals).
- Dr. Wilhelm Ellenbogen (Brigittenau).
- Karl Seitz (Floridsdorf).
- Johann Smitta (Ebreichsdorf).
- Josef Tomischil (Sieving).
- Anton Schlinger (Strem).
- Engelbert Bernerstorfer (Wiener-Neustadt).
- Emil Polke (St. Pölten).
- Dr. Karl Renner (Neunkirchen).
- Ludwig Bretschneider (Lilienfeld).
- Anton Weiguny (Sinz III).
- Josef Pongraz (Graz III).
- Hans Neffel (Graz IV).
- Dr. Michael Schacherl (Mariazell).
- Vinzenz Muckitsch (Eisenerz).
- Arnold Riese (Willach).
- Simon Abram (Junsbrunn).
- Otto Glöckel (Joachimstal).
- Arnold Hillebrand (Utsch).
- Ferdinand Hanusch (Kragau).
- Anton Schäfer (Reichenberg-Land).
- Eduard Rieger (Teitschen-Land).
- Josef Seliger (Teplic-Land).
- Dominit Löw (Karlsbad-Land).
- Franz Palme (Joachimstal-Land).
- Albin Börsch (Eger-Land).
- Hans Jockl (Wärthental).

**Rumänischer Sozialdemokrat.**

Georg Grigorovici (Cernowitz).

**26 tschechische Sozialdemokraten.**

- Anton Nemeč (Prag VII).
- Dr. Leo Winter (Smichow II).
- Dr. Gottfried Schneral (Břizow II).
- Ludwig Aukt (Kladno).
- Wilhelm Cerny (Schlan-Land).
- Franz Vinovec (Maudniß-Land).
- Rudolf Jarosch (Böhmisches-Brod).
- Anton Svěcený (Smichow-Land).
- Ludwig Vit (Molitzan-Land).
- Franz Modracek (Beraun-Land).
- Gustav Habermann (Pilsen-Land).
- Ignaz Alieka (Przibram-Land).
- Ferdinand Zivasek (Chrudim-Land).
- Franz Guatel (Chotebor-Land).
- Josef Hrbec (Brünn-Umgebung).
- Johann Prokopsch (Mährisch-Strau).
- Jaroslav Stejskal (Jamniß).
- Jaroslav Marek (Prerau).
- Rudolf Bechyně (Břohniß).
- Vlastimil Tufar (Brünn-Land).
- Franz Tomajsek (Mährisch-Strau-Land).
- Method Charvat (Mährisch-Neustadt-Land).
- Karl Banek (Boskowitz-Land).
- Johann Filipinsky (Blansko-Land).
- Franz Svoboda (Mährisch-Kromau-Land).
- Peter Cingr (Radwanitz).

**8 polnische Sozialdemokraten.**

- Ignaz Daszynski (Krautau IV).
- Dr. Sigismund Marek (Krautau IX).
- Dr. Hermann Diamond (Lemberg).
- Josef Sudec (Lemberg VII).

Dr. Hermann Liebermann (Przemysl).  
Ignaz Daszynski (Krautau-Land), Ersatzmann  
Klemeniewicz.  
Thaddäus Reger (Freistadt).  
Ingenieur Moraczewski (Stryj).

**3 italienische Sozialdemokraten.**

- Dr. Casar Battisti (Trient).
- Valentin Pittoni (Triest I).
- Johann Oliva (Triest IV).

Neugewählt sind folgende Abgeordnete: Silberer, Domes, Reifmüller, Leuthner, Winter, Schiegl, Volkert, Schlinger, Polte, Dr. Schacherl, Hillebrand, Jockl, Dr. Schneral, Zivasek, Guatel, Stejskal, Jaroslav Marek, Bechyně, Tufar, Charvat, Navratil, Banek, Dr. Sigismund Marek, Reger, Battisti.

Schuhmeier und Daszynski sind zweimal gewählt. Winarsky, Neffel, Cerny und Svoboda haben ihre Wahlbezirke gewechselt.

Nicht mehr wiedergewählt wurden: Aufobstky, Beer, Deutel, Bösmüller, Oberjoch, Freundlich, Gruber, Hadenberg, Hannich, Höger, Holzhammer, Lukas, Müller, Rieghner, Reigner, Schloßmittel, Schrammel, Spielmann, Zuller, Luppy; Kolber, Hornof, Josef Sudec (Prag), Johannis, Pospischil, Nemesch, Dr. Soutup; Dr. Kunick; Avancini, Scabar.

Die Genossen Ostapczuk und Wityl stehen noch in Stichwahl.

**542.012 Stimmen! Zuwachs 27.654 Stimmen!**  
Die Stimmenzahl der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die Deutsche Sozialdemokratie hat in 232 Wahlbezirken 542.012 Stimmen (1907: 514.358 Stimmen) erhalten. Das Stimmenverhältnis in den einzelnen Kronländern war folgendes:

	1911	1907	Gewinn oder Verlust
Niederösterreich	207.218	180.918	+ 26.300
Böhmen	165.519	168.846	- 3.327
Steiermark	43.313	44.892	- 1.579
Mähren	38.889	42.330	- 3.441
Oberösterreich	23.281	21.571	+ 1.710
Schlesien	22.258	21.510	+ 748
Kärnten	14.279	13.359	+ 920
Salzburg	9.184	7.507	+ 1.677
Tirol	5.516	8.228	- 2.712
Bukowina	4.942	3.401	+ 1.541
Borarlberg	3.436	1.996	+ 1.440
Krain (Gottschee)	227	-	+ 227
Zusammen	542.012	514.358	+ 27.654

Unser Stimmenzuwachs beträgt in neun Kronländern 35.851 Stimmen, in drei haben wir 8197 Stimmen verloren, reiner Gewinn: 27.654 Stimmen, zu dem vorwiegend die Alpenländer beigetragen haben. Niederösterreich steht mit Stimmenzuwachs und Stimmenzahl an erster Stelle, Borarlberg hat seine Stimmenzahl fast verdoppelt, Bukowina hat einen Stimmenzuwachs von fast 50 Prozent. Auch in Salzburg und in Tirol haben wir verhältnismäßig ansehnliche Steigerungen. Steiermark, Böhmen und Mähren sind zurückgegangen. Steiermark und Böhmen haben uns trotzdem in manchen Wahlbezirken einen beträchtlichen Stimmenzuwachs gebracht. Außerordentliche Steigerungen der Stimmenzahlen haben wir in West-, zum Teil auch in Nordböhmen. Wo aber die Schachtmacherorganisationen und der Terrorismus (Böhmen und Mähren) ihre Gewalt übten, erlagen viele Arbeiter und abhängige Heimarbeiter dem Druck. Aber der Gesamtgewinn wurde dadurch nicht wesentlich geschmälert.

**Feuilleton.**

**Musterung.\***

's ist Musterung. Da treten Mann für Mann In Reih' und Glied die jungen Leute an. Ein grimmer Oberst, Arzt und Korporal Erwarten prüfend sie im fahlen Saal. Befehl erschallt, sich nachend auszuleiden, Ob gern, ob ungern, fragt der Kaiser nie, Zur Wage tritt, entrückt den freien Welten, Das Vieh, das Vieh.

Wenn gut das Fleisch und ditto gut die Knochen, Wird Brauchbarkeit dem Klumpen zugesprochen. In einer schmutzig massigen Kaserne Nimmt der Sergeant ihn, daß er Mannszucht lerne, Mit Brust- und Nackenstöße in Empfang. Sklavisch diszipliniert in Kompagnie Wird hin und her gedreht am Koppelstrang Das Vieh, das Vieh.

Da wird das Schamgefühl der jungen Seele, Des Herzens frische Keuschheit stumpf und matt; Da wird brutale Roheit zum Befehle, Und blinde Anschickung hat Gesetzesstatt. Der stolze Geist muß sich Gemeinem beugen, Was groß und schmutzig, was im Kot gebiegt, Davon muß fromm durch Tat und Wahrheit zeugen Das Vieh, das Vieh.

\* Aus dem „Buch der Freiheit“. Frei nach dem Ungarischen von Karl Wendell. Als Interpellation abgedruckt im stenographischen Protokoll des österreichischen Reichsrates der 36. Sitzung der XX. Session vom 14. April 1910.

O Rindvieh, Rindvieh, Tier im Menschenleibe, Des Feindes blinde, tobbestimmte Scheibe! Mit deines Fahnenreides feigem Schwur Kanonenfutter für die andern nur... Unwissend du, stumpfsinnig, abellos Gehorcht du des Kommandos Despotie; Bleibst du denn ewig aller Menschheit bloß, Ein Vieh, ein Vieh?

Ludwig Palaggi.

**Die Lokomotive als Tiervertilger.**

Von Dr. Arthur Fahn, Charlottenburg.

Nur wenige von den Millionen Menschen, die täglich in den schnellfahrenden Zügen große Strecken durchreisen, haben eine Ahnung davon, wie viele Tiere diesen Zügen zum Opfer fallen. Wohl erfährt man dies stets, wenn man in Nordamerika durch die gewaltigen Ebenen, die Prärien, fährt, wo, besonders zwischen Chicago und San Francisco, unzählige Tierleichen, meist Rinder und Vorstevieh, an den Schienengeseisen entlang in Aschenhaufen zerfallen. Die Luft, stellenweise so trocken, daß selbst Insekten dort nicht zu leben vermögen, ist hier die Sanitätspolizei und verhindert die feuchte Zerfegung der

Leichen. Es wirkt, ähnlich wie in der Wüste, die Luftbeschaffenheit wie ein langsam arbeitendes Krematorium; allerdings ohne Rauchentwicklung.

Diese Tierleichen sind fast ohne Ausnahme Opfer der durchfahrenden Züge, denen die Tiere nicht schnell genug ausweichen konnten. Erst nachdem Millionen Tiere solcherart getötet worden, oft auch die Sicherheit der Züge gefährdet war, wurden die jetzt fast überall längs den Schienensträngen errichteten Absperrungen durch Drähte u. s. w. angebracht.

Waren dadurch auch viele Tiere, nicht nur Rüstiere, sondern auch Wild, soweit es nicht kleinere Tiere waren, nicht mehr in dem Maße der Vernichtung durch die Lokomotive preisgegeben wie in den früheren Jahren, so haben weder in Amerika noch in Europa die Vögel von solchen Schußborrichtungen Nutzen gehabt. In Gegenden, in denen die Wälder von Eisenbahnen durchzogen sind, werden durch die Eisenbahnzüge, beziehungsweise die Lokomotive, Tausende von Vögeln aller Gattungen und Größen getötet. Die ersten einschlägigen Beobachtungen wurden von Lokomotivführern, Heizern, Bremsern u. s. w. gemacht. Ein amerikanischer Lokomotivführer der Delaware- und Lackawanna-Eisenbahn, der 19 Jahre lang durch wald- und gebirgreiche Strecken fuhr, versicherte mir, daß es für ihn stets die schmerzlichste Arbeit gewesen sei, beim Reinigen der Lokomotive die Vogelleichen davon zu entfernen. Nach Angabe meines Gewährsmannes tötet eine Lokomotive auf einer Strecke von hundert englischen Meilen durch baum- und waldreiche Gegenden mindestens zwanzig Vögel. Man muß dabei bedenken, daß ein großer Teil nicht in und an der Maschine hängen bleibt, sondern beim Anprall zerschmettert und zurückgeschleudert wird.

Bisher glaubte ich, da man in Deutschland und überhaupt in Europa nicht so schnell fährt wie in Amerika (wo oft 120 Kilometer in der Stunde gefahren werden), daß unsere Vogelwelt dem „Eisenbahnmoloch“ keine so großen Opfer zu bringen hätte. Zu meinem Leidwesen wurde ich durch einen Artikel in einer großen Tageszeitung aber kürzlich eines anderen belehrt. Der Lokomotivführer Bradheimer in Straßburg schrieb da folgendes:

„Eine einzige Schnellzuglokomotive tötete oder verletzte tödlich nach meinen genauen Aufzeichnungen und Berechnungen Hunderte von Vögeln in einem Monat. Nach einer einzigen Fahrt mit dem Lloyd-Express 173 Straßburg-Ludwigsbafen fand ich bei der Revision der Maschine vor der Rauchkammertüre und im Laufschdreh-

Es ist ein bedeutender Erfolg, daß wir die Stimmengahlen von 1907, die unter der Nachwirkung des erst erkämpften allgemeinen Wahlrechtes erreicht wurden, nun überholen konnten.

Unser Besitzstand.

Table with 2 columns: Früher and Jetzt. Lists various nationalities and their counts.

Das vorläufige Gesamtwahlergebnis.

Nach den offiziellen Wahlziffern stellt sich das Verhältnis der Parteien folgendermaßen dar:

- 104 Deutsche Nationalverbändler
79 Sozialdemokraten
76 Christlichsoziale
5 Wilde
4 Alldeutsche
2 Tschechen
36 Südslaven
36 Polen
20 Italiener
5 Rumänen
3 Galizische Ruthenen
1 Zionist

Die gefallenen Christlichsozialen in Wien und Niederösterreich.

Bei den Stichwahlen am 20. Juni sind in Wien folgende Christlichsoziale zu Falle gebracht worden:

- Wieninger durch den Deutschfreiheitlichen Kuranda.
Bittel durch den Deutschfreiheitlichen Neumann.
Kienböck durch den Deutschfreiheitlichen Dfner.
Kienböck durch den Sozialdemokraten Schuhmeier.
Prohazka durch den Sozialdemokraten Silberer.
Steiner durch den Sozialdemokraten Winarsky.
Schmid durch den Deutschfreiheitlichen Zentner.
Sturm durch den Sozialdemokraten Domes.
Anderle durch den Sozialdemokraten Reifmüller.
Pattai durch den Sozialdemokraten Leuthner.
Hörhammer durch den Deutschfreiheitlichen Denk.
Weiskirchner durch den Deutschfreiheitlichen Baron Sod.

Eine Regierungstrife.

Freiherr v. Bienerth hat für seine Person die Demission als Ministerpräsident gegeben. Das Ereignis ist also einige Stunden rascher eingetroffen, als man es erhoffen konnte.

Freiherr v. Bienerth hat für seine Person die Demission als Ministerpräsident gegeben. Das Ereignis ist also einige Stunden rascher eingetroffen, als man es erhoffen konnte. Sein Nachfolger wird Gautsch. Die übrige Gesellschaft aus dem Kabinett Bienerth verbleibt im Amte, so daß das provisorische Kabinett Gautsch aus den Herren Wickenburg, Georgi, Söhenburger, Stürgkh, Widmann, Marek, Mataja und Röll bestehen wird.

Vielleicht geben diese Zeilen in den maßgebenden Kreisen Veranlassung, einmal darüber nachzudenken, wie wir der unausbleiblichen Ausrottung unserer Vogelwelt durch die Eisenbahnzüge begegnen können.

bringt auch die „Neue Freie Presse“ die von uns schon aufgestellte Ansicht, daß Bienerth niederösterreichischer Statthalter wird. Fragt sich nur, ob die niederösterreichischen Christlichsozialen an diesem Manne noch mit der Freude von gestern festzuhalten gedenken.

Herr v. Bienerth wird übrigens jetzt Mühe haben, Meditationen über die Dankbarkeit seiner deutschen Freunde anzustellen. Wie man sieht, haben die deutschen Nationalverbändler ihn gleichfalls stürzen lassen, ohne nur den Finger zu rühren.

Mit Bienerth fällt einer der böshaftesten Feinde der Sozialdemokratie; er hat aufgelöst gegen uns und fällt nun indirekt durch uns. Nach seiner Berechnung sollte die Sozialdemokratie im Wahlkampf dezimiert werden. Durch den Ausgang der Wahlen in Wien hat ihr Schwergewicht aber eher zugenommen und Herr v. Bienerth verläßt den Kampfplatz als einer der blamiertesten Staatsmänner, die unser an schwachköpfigen Exzellenzen niemals notleidender Staat zu verzeichnen hat.

Herr v. Bienerth hinterläßt seinem Nachfolger Gautsch ein Notbudget, das bis zum Jänner 1912 befristet ist; Herr v. Gautsch kann sich also mit der „Entwirrung der Situation“ und der Parlamentarisierung seines Kabinetts Zeit lassen. Wenn ihm der von Bienerth übererbte Rumpf nicht selber widerlich vorkommt, so braucht er nicht übermäßig zu eilen.

Herr v. Bienerth hat sein Geschick reichlich verdient, sein Abgang ist direkt mit allen Anzeichen der Lächerlichkeit behaftet, sein Wirken in Oesterreich war verhängnisvoll, die Geschichte des ersten Volkshauses hat er strafwürdig kompromittiert. Nichts sagend und unaufrichtig, wie der ganze Mann selbst, ist das Communiqué, mit dem er sich zum Ueberflusse von der Öffentlichkeit zu verabschieden für nötig gehalten hat.

Der Rücktritt des Eisenbahnministers.

Nach einer Meldung der „Narodni Listy“ entsprang der Entschluß des Eisenbahnministers Dr. Glombinski, seine Demission zu überreichen, vorerst der Erkenntnis der Tatsache, daß er mit Rücksicht auf die Verminderung, welche die von ihm repräsentierte allpolnische Partei bei den Wahlen erfährt, nicht recht im Amte bleiben könne.

Die Internationale marschiert.

Uns unterscheidet von allen bürgerlichen Parteien, daß wir nicht eingeeignet werden durch irgendwelche scheidende Linien auf den Landkarten, durch Grenzpfähle oder Grenzsteine, durch Flüsse und Gebirgskämme.

gewerkschaftlich in der Richtung der Entwicklung und Entfaltung aller Kräfte, die in jeder Nation vorhanden sind. Gesteigert wird die Fähigkeit, diese Kräfte innerhalb ihres Volkes zur höchsten Entwicklung zu bringen.

Mächtige Armeen haben die Gewerkschaften aller Länder aufgestellt: der zuletzt erschienene internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung für das Jahr 1909 zeigt uns das stark Anwachsen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. So zählte man im Jahre 1909 (die Mitgliederzahl des Jahres 1908 ist in Klammern beigefügt) in Deutschland 2.447.578 (2.382.401), England 2.406.746 (2.406.746), Vereinigte Staaten 1.710.433 (1.588.000), Frankreich 977.350 (294.918), Italien 783.538 (546.650), Oesterreich 455.401 (482.279), Schweden 148.649 (219.000), Niederlande 145.000 (128.845), Belgien 138.928 (147.058), Dänemark 121.295 (120.850), Schweiz 112.613 (113.800), Ungarn 85.266 (102.054), Norwegen 44.223 (48.157), Spanien 40.984 (44.912), Finnland 24.928 (24.009), Bulgarien 18.753 (12.933), Rumänien 8515 (?), Bosnien-Herzegowina 4470 (3997), Serbien 4462 (3238), Kroatien 4361 (4520).

Nur ein Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, aber freilich ein von Jahr zu Jahr wachsender, ist dem Internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen angeschlossen. Wie stark die Mitgliederzahl, wie stark der Zusammenhang der Gewerkschaften wächst, zeigt die nachstehende Zusammenfassung:

Table with 2 columns: Year and number of members. Shows growth from 1904 to 1909.

Der Bericht enthält eine Fülle von wertvollen Informationen über die Gewerkschaftsbewegung, über ihre Leistungen, über die Entwicklung der Gesetzgebung, die sie oft beeinflusst hat, über Arbeitszeit und Löhne, auf die sie bestimmend eingewirkt hat.

Englische, deutsche und österreichische Gewerkschaftstheorie und auch Gewerkschaftspraxis ist, daß man mit den eigenen Mitteln der Organisation ihre Kämpfe zu führen habe, daß hohe Beiträge die Voraussetzung kraftvoller Leistung für die Mitglieder seien.

Für Belgien wird festgestellt, daß die Zahl der Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften annähernd 103.000, die der christlichen nur 36.000 beträgt, obgleich für die christlichen Gewerkschaften Förderungen aller Art seit vielen Jahren zu verzeichnen sind.

Das kleine Dänemark hat im Jahre 1909 gegen 84.000 bezugsberechtigte Mitglieder der vom Staat anerkannten Arbeitslosenklassen. Das sind rund zwei Fünftel aller Industriearbeiter und reichlich drei Fünftel der dänischen Gewerkschaften beträgt mehr als 4 Millionen Kronen.

Der Bericht aus Schweden enthält vor allem eine Darstellung der gewaltigen Aussperrung. Der Bericht schließt mit nachstehendem für die Arbeiter aller Länder bedeutungsvollen Satz: „Mit unwiderstehlicher Schärfe ist besonders für die Arbeiter die Notwendigkeit starker, finanziell gut gerüsteter Organisationen hervorgetreten.“

Die norwegischen Organisationen berichten von der inneren Kräftigung ihrer Verbände, von der Vorbereitung eines Gesetzes zur Herbeiführung einer öffentlichen Vermittlung bei Arbeitskonflikten und über die Einführung eines aus zwei Arbeitern, zwei Unternehmern und einem Juristen bestehenden Arbeitsrats, der die Arbeitsordnungen zu prüfen und mit bindender Kraft auszustatten hat.

Ueber die deutschen und die österreichischen Gewerkschaften haben wir schon neuere Zahlen veröffentlicht, als sie der internationale Bericht bringt, so daß wir auf diese Mitteilungen nicht mehr einzugehen haben. Dem bosnischen Bericht entnehmen wir die Feststellung, daß das proletarische Massenbewußtsein auch auf dem steinigsten Boden Bosniens und der Herzegowina feste Wurzeln gefaßt hat.

Der serbische Bericht stellt fest, daß trotz der allernachteiligsten Verhältnisse im Jahre 1909 40 organisierte Streiks geführt wurden, von denen mehr als zwei

Drittel mit Erfolgen für die Arbeiter beendet wurden. Der rumänische stellt gute Fortschritte der Gewerkschaften fest und erwartet von der Zukunft die Ausdehnung der Bewegung. Die bulgarische Gewerkschaftsbewegung ist leider noch immer geplatzt, die wenigen organisierten Berufe leisten sich je zwei Organisationen.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung hatte 271 Bewegungen im Jahre 1909, die für einen großen Teil mit bemerkenswerten Erfolgen für die Arbeiter abschlossen. Die Italiener berichten von 952 Streiks in der Industrie, von 140 in der Landwirtschaft und in den Fischereibetrieben. Das zeigt eine Ausdehnung über den Kreis der sonst organisierten Arbeiter, der sehr bemerkenswert ist. Spanien hatte 259 wirtschaftliche Kämpfe, 113 Abwehrkämpfe, 146 Angriffskämpfe im Jahre 1909. 81 davon blieben ohne Erfolg, mehr als doppelt so viel zeitigten ein günstiges Ergebnis.

Wir finden in dem Bericht auch Angaben über die amerikanischen Gewerkschaften, soweit sie dem amerikanischen Gewerkschaftsbund angehören. Das sind:

120 internationale Verbände (deren Tätigkeitsgebiet sich über die Vereinigten Staaten und Kanada erstreckt),

- 39 Staatsverbände,
- 632 städtische Gewerkschaftskartelle,
- 431 Lokalgewerkschaften und
- 216 Distriktsverbände.

Ueber eine ungeheure große Anzahl von Streiks wird berichtet. Im Jahre 1909 sind fast 20 Millionen Kronen Streifunterstützung an die Mitglieder der amerikanischen Föderation der Arbeit ausgegeben worden, außerdem fast 12 Millionen Kronen für sonstige Unterstühtungen.

So sehen wir die Arbeiter aller Länder zu außerordentlichen Leistungen gelangen, wir sehen sie durch die Gewerkschaften ebenso wie durch die politische Arbeiterbewegung sozial aufsteigen. Wir wissen aber, daß unsere Feinde nichts mehr haßen als die Gewerkschaften und die politische Arbeiterbewegung. Sie beide den Arbeitern zu berekeln, sie in ihrem Ansehen herabzudrücken, ist ihr eifriges, aber, wie die Entwicklung unserer Organisation lehrt, eitles und vergebliches Beginnen.

### Die Sitzung der Personalkommission für die Linien der Staatseisenbahngesellschaft.

In der ersten Hälfte des vorigen Monats wurden die beiden Sektionen der Personalkommission der St. E. G. zu einer Sitzung einberufen. Den veränderten Verhältnissen entsprechend war der Umfang der in Beratung gestandenen Angelegenheiten geändert. Dadurch, daß das Personal der St. E. G. seine Vertretung für die Zentralpersonalkommission der k. k. österreichischen Staatsbahnen erhalten hat, fallen nunmehr die Anträge allgemeiner Natur wie: Beteiligung des gesamten Nachtendienstes der Personals mit der Nachtendienstzulage, Kürzung der Vorrückungsfristen u. s. w. betreffs ihrer Einbringung und Begründung in die Kompetenz der Zentralpersonalkommission. Wenn daher Anträge, die bisher in der Personalkommission verhandelt wurden, in den Protokollen nicht mehr als Verhandlungsgegenstand erscheinen, hat dies keineswegs darin seinen Grund, daß etwa diese Anträge fallen gelassen worden wären. Die Anträge werden, soweit sie nicht durchgeführt sind, im vollen Umfang aufrecht erhalten und in der Zentralpersonalkommission vertreten werden. In der letzten Nummer des „Eisenbahner“ veröffentlichten wir das Protokoll der Sitzung der Personalkommission der St. E. G., Sektion Unterbeamte. Wir schreiten nunmehr in der Berichterstattung über die Verhandlungen dieser Personalkommission fort, indem wir nachstehend das Protokoll der Sitzung der Dienersektion wiedergeben:

#### Protokoll

über die am 9. Juni 1911 abgehaltene Sitzung der Personalkommission, Sektion „Diener“.

Vorsitzender: R. I. Regierungsrat Ludwig Paul, Direktionsvertreter für den administrativen Dienst. Anwesende gewählte Mitglieder: Anton Lang, Kanzleidiener, Abteilung 2; Karl Hoffmann, Bahnrichter, Halbstadt; Franz Wilmann I, Wächterhaus Nr. 1, Erfahmann; M. L. an Stelle des am Erscheinen verhinderten gewählten Mitgliedes Josef Denista, Wächterhaus Nr. 224; Franz Kirchmayer, Oberverschieber, Wien-Staatsbahnhof; Josef Janoušek, Blocksignaldiener, Brünn; Cyril Malý, Brünn; Adolf Marek, Wagenaufseher, Segengottes; Josef Prochazka II, Lokomotivführer, Olmütz; Franz Tusek I, Portier, Werkstätte Dubna; Anton Hollar, Kanzleidiener, Abteilung 3, ernanntes Mitglied. Schriftführer Franz Kirchmayer, Oberverschieber, Wien-Staatsbahnhof. Gemäß § 10 der Statuten zur Unterstützung des Schriftführers anwesend: Dr. Felix Pompejus, Beamtenaspirant, Abteilung 1. Nach Begründung der Versammlung durch den Vorsitzenden wird die Wahl eines Delegierten und eines Ersahmannes in den Zentralausschuß für Personalangelegenheiten der Bediensteten der k. k. österreichischen Staatsbahnen vorgenommen. Hierbei entfallen für die Stelle des Delegierten auf Portier Franz Tusek I, Werkstätte Dubna, neun Stimmen und für die Stelle des Ersahmannes auf Lokomotivführer Josef Prochazka II, Olmütz, sechs und auf Oberverschieber Franz Kirchmayer, Wien (Staatsbahnhof), drei Stimmen.

Da sonach Portier Franz Tusek I, Werkstätte Dubna, und Lokomotivführer Josef Prochazka II, Olmütz, die nach § 6 der Statuten erforderliche relative Stimmenmehrheit in sich vereinigt haben, erscheint ersterer zum Delegierten, letzterer zum Ersahmann gewählt.

Zum Schriftführer wird sodann Oberverschieber Franz Kirchmayer, Wien (Staatsbahnhof), bestimmt. Hierauf wird zur Beratung der eingebrachten, in den Wirkungskreis der Personalkommission gehörigen Initiativurträge übergegangen.

#### Antrag Kirchmayer:

1. Dienstliche Entlastung der Mitglieder der Personalkommission und der Ersahnmänner während der Ausübung ihrer Funktion.

Hierbei wird auch der Wunsch ausgesprochen, daß die Dienstvorschriften angewiesen werden sollen, den Personalkommissionsmitgliedern keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, wenn diese behufs Zühlungnahme mit ihren Kollegen den Dienstort verlassen.

Der Antrag wird einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag Kirchmayer:

6. Der § 26 der Zirkularienammlung Nr. 15 vom 3. Oktober 1907 ist dadurch zu ergänzen, daß den Beamten, Unterbeamten und Dienern, welche bei der Regulierung mit 1. Oktober 1907 nicht in jene Gehaltsstufe eingereiht erschienen, in welche sie nach der Anzahl der definitiven Dienstjahre in dieser Kategorie gemäß der Automatik eingereiht hätten werden sollen, die nächsten drei Wartezeiten um je ein Jahr gekürzt werden.

#### Antrag Malý:

36. Die Gärten unter dem Personal, die entstanden sind durch ein siebenjähriges Provisorium, wollen, soll unter den Bediensteten Beruhigung eintreten, ausgeglichen werden, und zwar in dem Sinne, daß jeder nach zehnjährigem Definitivum die Gehaltsstufe von 1300 Kr. erreiche. Den älteren Bediensteten wolle eine auertourliche Vorrückung zuerkannt werden.

Mit Rücksicht auf die besonderen Anträge in den Sektionen Beamte und Unterbeamte werden im Antrag Kirchmayer zunächst die Worte „Beamten, Unterbeamten und“ gestrichen. Nach längerer Beratung, bei welcher sich analog dem Antrag Malý ergibt, daß ein sogenannter Gärtenausgleich gewünscht wird, kommt einstimmig folgendes Gutachten zustande:

„Durch die seit dem Jahre 1907 erfolgten Gehaltsregulierungen ist eine größere Anzahl älterer Diener gegenüber jüngeren zurückgeblieben. Die k. k. Direktion wolle diese Verhältnisse dadurch regeln, daß den längerdienenden die nächsten Wartezeiten entsprechend gekürzt werden.“

Zum Zwecke der Ausgleichung besonderer Gärten ist Sorge zu tragen, daß insbesondere alle jene, welche noch vor der Einreihung in den Status der k. k. Staatsbahndiensteten definitiv angestellt worden sind, innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren die Gehaltsstufe von 1300 Kr. erreichen.“

#### Antrag Kirchmayer:

8. Billige Berücksichtigung motivierter Ansuchen zur Vernichtung von Schnellzügen auf den Strecken der eigenen Direktion.

Einstimmig als Gutachten angenommen. Hierbei wird zur Kenntnis genommen, daß die k. k. Direktion bei der Ausfertigung der Fahrpläne von verschiedenen Seiten einer scharfen Kontrolle unterworfen sei, daß jedoch die Schnellzugbegünstigung nicht verweigert wird, wenn die Ansuchen ausreichend motiviert seien.

#### Antrag Kirchmayer:

Ernennung der Oberverschieber nach abgelegter Wagenverschubaufseherprüfung zu Verschubaufsehern.

#### Antrag Malý und Janoušek:

Auf dem unteren Bahnhof in Brünn wollen freiert und normiert werden bei der sogenannten dritten und vierten Reservepartie die Stellen von Verschubaufsehern.

#### Antrag Malý:

In der Station Wessely an der March wollen Stationsaufseherposten beim Verschieben normiert werden, nicht wie jetzt, wo sie in anderen Dienstzweigen beschäftigt werden.

Bei der Beratung wird der Antrag Kirchmayer durch den Antragsteller in folgender Weise erweitert:

„Ernennung der früheren Wagenverkehrsaufseher (besonders in Wien, Staatsbahnhof) zu Offizianten und der Oberverschieber mit abgelegter Wagenverschubaufseherprüfung zu Verschubaufsehern.“

Weiters wird beantragt vom Mitglied Janoušek: „Ernennung der alten Stationsaufseher, welche Platzmeisterdienste versehen, auch ohne Prüfung, zu Platzmeistern (besonders in Böhmisches Trübau);“ von Mitglied Hoffmann: „Ernennung der als Verschieber (6. Partie) verwendeten Magazinsarbeiter in Halbstadt zu Verschiebern“; von den Mitgliedern Marek und Malý: „Ernennung der in Segengottes und Brünn, im unteren Bahnhof, befindlichen, als Verschieber verwendeten Magazinsarbeiter zu Verschiebern.“

Alle vorgebrachten Anträge werden, soweit sie nicht konkreter Natur sind, einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Anträge Kirchmayer:

Überheizer 14. Beistellung eines Überheizers überall dort, wo 16 Maschinen zu bedienen sind.

Magazinspersonal, Magazinsarbeiter und Magazinsausseher.

15. Gemährung von je zwei dienstfreien Sonntagen per Monat. — Gänzliche Abschaffung der sogenannten Sonntagsinspektion.

24. Die alten Wächterhäuschen, welche durchwegs räumlich nicht entsprechen, sind zu erweitern. Die so sehr primitiven Kochherde sind entsprechend abzugeben und die beinahe unbrauchbaren Zimmeröfen durch neue zu ersetzen.

25. Die Herstellung der Diensthütten hat, wo solche noch nicht bestehen, ehestens zu erfolgen.

26. Befreiung der Streckenwächter von Nebenarbeiten. Die vorstehenden Anträge werden einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag Kirchmayer:

27. Die Stationswächter dürfen zu keinen anderen als ihren dienstlichen Arbeiten verwendet werden.

Mitglied Janoušek weist darauf hin, daß diejenigen Wächter, welche Wächterkontrollordienste versehen, zu Wächterkontrolloren ernannt werden sollen, wie dies in Plansko schon geschehen sei.

Der Antrag wird einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag Kirchmayer:

28. Urlaubsteilung der Wächter. Hierbei wird zweimal im Monat ein zwölfstündiger Urlaub gewünscht.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag Kirchmayer:

32. Ernennung von fähigen Kanleidienern zu Kanlelisten.

Mitglied Hollar gibt dem Wunsche Ausdruck, es mögen bei Stellenbesetzungen nicht Aushilfskanleihilfen, sondern vielmehr die im Dienste schon bewährten, für Kanleihilfenposten vorgemerkten und eventuell mit der Dienstprüfung für Kanleihilfen versehenen Kanleidiener angestellt werden.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag Kirchmayer:

33. Einführung der Arbeitszeitdauer für alle Kanleidiener, wie dieselbe jeweils für das Beamtenpersonal eingeführt ist.

Nach Begründung durch Mitglied Lang, einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag Kirchmayer:

34. Nach Tunlichkeit Abschaffung der Bureaureinigungsarbeiten bei der k. k. Direktion durch die Kanleidiener; diese Arbeiten sind von eigens hierzu anzustellenden weiblichen Arbeitskräften zu besorgen.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag Kirchmayer:

37. Beistellung von Substituten für Kanleidiener in Urlaubsfällen.

Mitglied Hollar bemerkt, daß bisher nur in Krankheitsfällen Substituten beige stellt werden, nicht auch in Urlaubsfällen.

Der Antrag wird einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag Kirchmayer:

38. Versehung jener Kanleidiener zur Zentrale, welche mindestens fünf Jahre in einer Station den Dienst als Kanleidiener versehen.

Der Antrag wird in folgender Form als Gutachten einstimmig angenommen.

„Nach Tunlichkeit Versehung jener Kanleidiener zur Zentrale, welche bereits längere Zeit in einer Station den Dienst als Kanleidiener versehen, sowie Anstellung Neu-aufgenommener außerhalb der Zentrale.“

#### Antrag Kirchmayer:

39. Zuweisung von geeigneten Lokalen für Kanleidiener.

Einstimmig mit dem Zusatz begutachtet; „sowie einstweilige Anweisung von Nebenräumen für solche Kanleidiener, die keine Gelegenheit haben, ihre Bureauarbeiten z. versperzt zu verwahren“.

#### Antrag des Mitgliedes Marek:

Bei Abnahme der Prüfungen von älteren Bediensteten ist auf das Dienstalter Rücksicht zu nehmen.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Antrag des Mitgliedes Tousek:

Die üblichen Vergütungen der Ueberstunden an Maschinenmeister bei den k. k. Staatsbahnen möge auch bei der k. k. St. E. G. Direktion gewährt werden.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

#### Anträge des Mitgliedes Malý:

1. Die Einberufung der Personalkommission wolle stets wenigstens sechs Wochen vorher mittels Amtsblattes verlautbart werden. Ein Exemplar dieses Amtsblattes wolle alsogleich einem jeden der Delegierten zugemittelt werden und es möge Gelegenheit geboten werden, daß die Anträge mindestens acht Tage vor der Sitzung eingebracht werden können.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

2. Es wollen bei Auszahlung der Gehalte oder des Tagelohnes einem jeden Bediensteten Auszahlungszetteln ausgesetzt werden, in denen detailliert die Einnahmen und Abzüge ausgewiesen erscheinen.

Mitglied Prochazka bezeichnet dies besonders als Wunsch des Streckenpersonales.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

5. Wolle eine Regulierung der Kasernensubstitutionen für das Zugpersonal der St. E. G. in Bodenbach durchgeführt werden.

27. Für das Brünnner Fahrpersonal wollen entsprechende Kasernen errichtet werden, ungefähr in der Art, wie sie für das Stabauer und Grubbacher Personal in Brünn bestehen. Die Kasernen in Böhmisches Trübau, in Marapaz entsprechen weder ihrer räumlichen Ausdehnung, noch ihrer Einrichtung nach ihrem Zwecke.

42. Auf der Nordseite des unteren Bahnhofes in Brünn wollen für das Stationspersonal Kasernen errichtet werden.

52. Für die Verschieber der Station Wessely a. d. March wollen Kasernenzimmer errichtet werden.

Mitglied Kirchmayer weist darauf hin, daß sich die Anträge auf Verbesserung der Kasernen auf alle Stationen beziehen, wo die Kasernen, beziehungsweise Unterkunfts-räume zu klein oder ungeeignet sind. Insbesondere mögen auch in Wien die Kasernen und die Unterkunfts-räume (für Verschieber) vergrößert werden, da sich hier ein starker Raum-mangel fühlbar mache.

Die Anträge wurden einstimmig als Gutachten angenommen.

6. Dem Zugpersonal der k. k. St. E. G. in Prag, das die Lokalzüge zwischen Prag-Bubna und Lieben begleitet, wollen die bei diesem Dienste als im Dienste verbrachte Stunden eingerechnet werden.

Mitglied Malý bemerkt, daß dies in einem ähnlichen Falle seitens der Staatsbahndirektion Prag in Grabowka geschehe, während bei der hiesigen Direktion das Stundengeld für die auf die Aufenthaltzeit verwendete Zeit nur mit dem Satz für die Fahrt ohne Dienst gezahlt wird.

Mitglied Marek wünscht, es möge auch den Begleitern der Verschubzüge auf der 4 Kilometer langen Strecke Březová- Segengottes (Schächte) eine Entschädigung gewährt werden.

Beide Anträge werden einstimmig als Gutachten angenommen.

7. Dem Zugpersonal der Lokalfahrten Pödel-Weßbar wolle der Sommerturnus verbessert werden.

Mitglied Malý weist darauf hin, daß das Zugpersonal dort volle 31 Stunden Dienst in zwei Tagen habe. Es möge wenigstens noch eine zweite Partie aufgestellt werden.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

9. Das Verschubpersonal in der Station Pödel wolle neuerdings um zwei Kräfte vermehrt werden, wie es früher der Fall war (seit 1. März wurde es nämlich um zwei Mann reduziert).

Es wird bemerkt, daß wohl in der Mübentampagne zwei Leute mehr verwendet worden waren, die aber wieder abgezogen wurden.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

10. Das Stationspersonal in Wildenschwert wolle entsprechend vermehrt werden.

Mitglied Malý führt aus, daß um sechs Leute in dieser Station zu wenig vorhanden seien, insbesondere sei niemand zur Bedienung der Schranken da, welche der diensthabende Beamte schließen müsse.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

15. Die Blockdiener der Station Lieben wolle man davon befreien, die Weiden und die Batterien zu reinigen, beziehungsweise zu schmieren und ihnen die Nachtzulage auch in dem Falle belassen, wenn sie den Dienst außerhalb des Ploas ausüben.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

16. Im Heizhause der k. k. St. E. G. in Dubna wollen die Vorheizer angestellt werden.

Mitglied Prochazka weist darauf hin, daß besonders in Olmütz, aber auch in Wien und Prag die Vorheizer entgegen ihrer Bestimmung den größten Teil der Arbeit den Lokomotivheizern überlassen.

Einstimmig wird folgendes Gutachten abgegeben.

„Es ist dafür vorzusorgen, daß die Heizer nach Beendigung der Fahrt abgelöst werden, und daß die Ausrüstung beziehungsweise Wiederherstellung der Lokomotiven von Heizhausorganen besorgt werde.“

17. Das Quartiergeld in der Station Schönweid, chemische Fabrik, wolle dem Quartiergeld gleichgestellt werden, das für die Station Kolín festgesetzt ist.

Mitglied Janoušek wünscht hierbei eine Quartiergeld-erhöhung für Kunowitz, Mitglied Hoffmann eine solche für Halbstadt.

Der Antrag wird einstimmig als Gutachten angenommen.

18. Die Dienstzeit der Portiere in der Station der St. E. G. in Prag wolle entsprechend reuiliert werden.

Mitglied Malz erwähnt, daß die zwei normierten Portiere von 1/5 früh bis 12 Uhr nachts Dienst hätten. Man möge noch einen Mann heistellen. Sie hätten keine Hütte oder keinen Raum, wo sie ihre Sachen deponieren könnten. In verkehrstarken Zeiten mögen auch die sechs ihnen zur Ausbesserung beigegebenen Bediensteten das Schild „Portier“ erhalten, damit sich nicht alle Reisenden bloß an sie mit Anliegen wenden.

Mitglied Touzel bemerkt, die vorgebrachten Beschwerden bezögen sich auch auf andere Stationen. Mitglied Rarel wünscht zur besseren Dienstverteilung in Segengottes eine Vermehrung um zwei Mann.

Mitglied Janoušek bringt noch vor, daß für die Blocksignalbiener in Brünn, oberer Bahnhof, Stellwerk I und II, 12 Stunden Dienst und 24 Stunden Ruhezeit eingeführt werden sollte.

Der Antrag wird einstimmig als Gutachten angenommen.

19. Den Streckenwächtern mögen Schnellzugsprämien ausbezahlt werden.

20. Den Weichenwächtern wollen Weichenprämien ausbezahlt werden.

21. Endlich möge zur Auszahlung des Naturalwohnungspreisunterschiedes an die Bediensteten geschritten werden.

Zu diesen Anträgen wird konstatiert, daß die genannten Bezüge im Direktionsbereiche bereits ausbezahlt werden.

Mitglied Hoffmann wünscht für die Wächterposten Nr. 80, 81, 83 Schnellzugsprämien, welche die mit dem Schnellzugverkehr weniger belasteten Posten Nr. 80 a, 82, 80 a bereits bekommen. Ferner mögen in Hermsdorf-Delberg und Braunau, wo besonders viel, und zwar bis Mitternacht verschoben werde, Prämien gegeben werden.

Es wird schließlich einstimmig das Gutachten abgegeben: „Es möge bei Zuerkennung der Schnellzugs- und Weichenprämien, sowie des Naturalwohnungspreisunterschiedes mit Billigkeit vorgegangen werden.“

23. Den Wächtern in den Haltestellen wolle das ihnen gebührende Schreibpauschale ausbezahlt werden.

24. Den Wächtern auf den Haltestellen wolle Beleuchtungs- und Schreibpauschale ausbezahlt werden.

25. Den Streckenwächtern auf den Haltestellen wolle, falls sie monatlich mehr als um 300 Kr. Karten verkaufen, die Zulage auf 20 Kr. erhöht werden.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

26. Den Streckenwächtern wolle im Monat mindestens ein ganzer freier Sonntag gewährt werden.

Zunächst wird auf den ähnlichen Antrag Kirchmayer Nr. 28. verwiesen.

Mitglied Ullmann führt aus, daß die gegenwärtigen Sonntagsruhe nicht ausreichte, da die Nachtruhe eingerechnet werde, wodurch sich tatsächlich eine nur acht, auf der Hauptstrecke nur vierstündige Ruhezeit ergebe. Es sei nötig, die Sonntagsruhe auf wenigstens 24 Stunden auszudehnen.

Ferner wird gewünscht, daß sich die Wächter in ihrer freien Zeit vom Dienstposten entfernen können.

Der Antrag wird einstimmig als Gutachten angenommen.

30. Bei den Personenzügen Nr. 711, 720, 715, 716, 718 auf der Marasplinie, ferner bei den Zügen Nr. 1612, 1614, 1616, 1615 und 1617 der Linie Brünn-Ostřizlo und Nr. 317 und 320 Brünn-Böhmisch-Trübau wolle Schlichter für Eilgutbeförderungen bewilligt werden.

Der Antrag wird einstimmig als Gutachten angenommen und zur Kenntnis genommen, daß bei Einführung des neuen Stückgutverkehrs, für Eilgutbeförderungen Schlichterpartien aufgestellt werden würden.

33. Das Fahrpersonal wurde bei der lekt stattgehabten Beteiligung mit Uniformen beträchtlich geschädigt dadurch, daß die Bluse jenen weggenommen wurde, die bei den Personenzügen, und der Uniformrock jenen, die bei Güterzügen eingeteilt sind. In Anbetracht dessen, daß vor Verstaatlichung der St. E. G. versichert wurde, daß niemand im geringsten geschädigt werden solle, wollen auch weiterhin die genannten Uniformbestandteile dem Fahrpersonal zuerkannt werden.

Hierzu werden noch verschiedene Wünsche vorgebracht, so von Mitglied Kirchmayer, daß jene Tragezeiten, welche bei der St. E. G. kürzer waren, auch weiterhin (mindestens für die Eingereichten, welche laut Einreichungsgrundrissen nicht geschädigt werden sollen) aufrecht bleiben sollen; von Mitglied Hoffmann, daß die den Bahnrückführern für den Sommer zugewiesenen gemessenen Leinenbluse und Leinenhose weiter gegeben werde; von Mitglied Bang, es mögen den Fahrartenbrüdern und dem Oberheizer bei der Direktion die seitens der St. E. G. gewährten Uniformstücke belassen werden; von Mitglied Procházka II, daß die Heizer, welche schon durch den Entgang der höheren Kilometergelder schwer geschädigt seien, jetzt nicht einmal die früher gewährten zwei blauen Leinenanzüge im Jahr bekommen, welche ihnen aus Billigkeit gegeben werden sollten; schließlich von Mitglied Ullmann, es möge die Uniform der Streckenwächter so bleiben, wie sie früher war.

Schließlich wird einstimmig folgendes Gutachten abgegeben:

„Die St. E. G.-Normen über die Verteilung beziehungsweise Tragdauer der Uniformen mögen dort, wo sie günstiger als die I. I. Staatsbahnnormen sind, mindestens für die noch von der St. E. G. definitiv Angestellten aufrecht bleiben.“

34. Die Nachzahlungsprämien, die etwa bisher nicht aufgehoben wurden, wollen regelmäßig in dreimonatlichen Fristen zur Auszahlung gelangen.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

45. Laut Instruktion Nr. XIV betreffend Uniformierung erscheinen die Portiere in den größeren Stationen der verstaatlichten Bahnen in die Uniformstufe I nicht eingeteilt, trotzdem ganz unscheinbare Stationen der Stammlinien, wie aus Absatz 4, Seite 45, ganz klar hervorgeht, in diese Stufe eingereiht erscheinen. Es wollen sogleich alle Stationen der genannten St. E. G., wie rücksichtlich ihrer Größe den in der genannten Instruktion enthaltenen Stationen gleichkommend, in die Stufe I eingereiht werden.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

46. Den Portieren der Station Brünn wolle jedes Halbjahr eine 10prozentige Prämie von den Personarten ausbezahlt werden.

Mit der Abänderung: „den Portieren der Stationen wolle...“ einstimmig als Gutachten angenommen.

47. In vielen Stationen haben die Portiere die Garberoben in eigener Regie; da in Brünn und auch sonst dies nicht der Fall ist, wollen den Portieren 50 Prozent vom Gewinn für die Garberoben oder 40 Kr. monatlich zuerkannt werden.

Zurückgezogen mit Rücksicht darauf, daß bei Durchführung dieses Antrages das geringe Einkommen der als Garberoberfrauen verwendeten Witwen und Waisen geschmälert würde.

48. Auf dem Perron Nr. 3 in Brünn wolle für den Portier ein Schutzhittel errichtet werden.

49. In der Station Wessely a. d. March wollen in Rücksicht auf den stets steigenden Verkehr die Partien der Verschleber um einen Mann verstärkt werden.

Die Anträge wurden einstimmig als Gutachten angenommen.

51. Die Oberverschieber der Station Wessely a. d. March sind nach dem zweiten Nachdienst genötigt, bei Schreibarbeiten des Magazineurs auszuweichen. Wegen absolutem Mannmangel im Dienstmittel des Magazineurs sind sie gezwungen, die ihnen zugetheilten Schreibarbeiten irgendwo auf Rippen zu verrichten; es wolle demnach für den genannten Magazineur

eine geräumigere Kanzlei errichtet werden.

53. In der Station Trebitsch wolle normiert werden die Stelle eines Stationsaufsehers und zweier Weichenwächter.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

55. Den erkrankten Mitgliedern der Krankenkasse bei der I. I. Direktion für die Linien der St. E. G. wolle vom Bahnarzt jene Medikamente verschrieben werden, die die Krankheit beseitigen, und nicht die billigsten.

Einstimmig als Gutachten angenommen.

Nachdem hierauf noch außerhalb der Tagesordnung eine Anzahl von Wünschen und Beschwerden vorgetragen worden waren, wird nach einem Schlußwort des Vorsitzenden die Sitzung geschlossen.

Der Schriftführer: Kirchmayer m. p. Der Vorsitzende: Paul m. p.

### Erinnerungsblatt für Glombinski.

Der „Zelesniční Zřizovatel“ brachte nachstehende Glombinskis Ministerfähigkeit und den „Erfolg“ der Beamtenautomatik gut charakterisierende Schilderung, die wir wiedergeben, wiewohl unterdessen Glombinskis Ministerherrlichkeit ihr Ende gefunden hat:

Seine Exzellenz Herr Minister Glombinski ist — als Pole — ein Autonomist, als Minister in Wien Zentralist, was ihn aber nicht hindert, die Dezentralisation überall dort zu verbreiten, wo sie nichts kostet und wo sie der Bequemlichkeit des Eisenbahnministeriums dient. Beweis für diese Behauptung das „Amtsblatt“ XXIII vom 29. April 1911 und XXV vom 6. Mai 1911. Als ein ehemaliger Präsident des Polenklubs ist Herr Glombinski — wie es doch selbstverständlich ist — mit allen Salben geschmiert.

In den Couloirs wurde folgendes ziemlich lustiges Gistörchen erzählt: Zum Herren Glombinski kam die „Koalition“, das heißt Herr Burival und Neumann. Vor diesen Herren hat, wie allgemein bekannt, Herr „dobrodziej“ (so viel als Wohltäter) Glombinski gewaltigen Respekt. „Bruder“ Burival hat im Vorzimmer ausgespuckt und ließ den sich heftig wehrenden Neumann vorausgehen.

Kennen unsere Leser Herrn Glombinski? Nicht? Schade. Ein Mal, ein veritabler Mal. Je mehr „Bruder“ Burival sich in die Brust schlägt und den Schnurbart dreht, um ein martialisches Ansehen zu gewinnen, desto freundlicher ist „Wohltäter“ Glombinski der „Koalition“ gegenüber. Er kennt bereits die Ursache des Kommens der Herren aus der Koalition, hat er sie doch aus dem Audienzbogen herausgelesen, und ihm ist auch gut bekannt, daß die Wahlen vor der Tür stehen. Deswegen apostrophiert er mit lächelnder Miene — ohne die Ansprache der Koalitionsherren abzuwarten — den Herrn Abgeordneten für Zizkov: „Mein teurer Herr Abgeordneter! Es ist mir bekannt, warum sie kommen. Mein Vorgänger hat Ihnen seinerzeit versprochen, die in der vor drei Jahren abgehaltenen Versammlung der Altpensionisten „zur Stadt Paris“ beschlossene Resolution gründlich zu studieren, und wenn es nur halbwegs angeht, die Wünsche der Altpensionisten um einen angemessenen Wohnungsbeitrag zu erfüllen. Daß dieses Versprechen bis heute nicht eingelöst wurde, ist weder Ihre noch meine Schuld. Sie wissen ja, Bilinski, Staatsfinanzen etc., kurz: Es ging nicht!“ Mit diesem wandte sich Herr Glombinski an das andere Koalitionsmitglied und, ihm die Hand drückend, versicherte er ihm, daß sein Wunsch, die Verbindung der Stadtteile Smichov-Byšhrad-Mulle-Prag Franz-Josef-bahnhof durch ein zweites Geleise in der allernächsten Zeit seiner Realisierung entgegengeht und daß diese Kleinigkeiten bereits in die Kompetenz der Prager Staatsbahndirektion überwiesen wurden (A. B. XXV, Punkt 10) und wenn der Nachfolger Bilinskis kein solcher Knicker ist wie dieser, nicht nur die zweite Verbindung, sondern auch der Ueberseckungssteg zwischen dem Tunnel und Smichov gebaut wird. „Sie kennen doch, meine Herren, das Apercu über die Angelschnürchen des Ministers Brba? Nicht? Na, das ist wirklich gut! Dieser sagte einstens zu einer Deputation, die bei ihm in einer ähnlichen Angelegenheit vorgespochen hat: „Meine Vorgänger im Amte haben bei ihrer Besitzergreifung des Eisenbahnministeriums ein Angelschnürchen in den Wienfluß geworfen, um — nun — um im Bedarfsfalle ein Fischlein herauszuziehen. Sie haben aber die Angelschnürchen nicht herausgezogen, in der Befürchtung, den Schlamm aufzurühren. Warum soll ich die Angelschnürchen ziehen, ich, der doch hier steht von heute auf morgen! Nun, was sagen Sie dazu, meine Herren?“ Und einen tiefen Bückling vor dem „Bruder“ Burival machend und wohlwollend dem anderen Koalitionsmitglied zum Abschied mit der Hand winkend, gab er den beiden Herren in ziemlich deutlicher Weise zu verstehen, daß sie sich „verziehen“ können. Und sie gingen, die beiden, mit dem Eindruck im Herzen, daß „Wohltäter“ Glombinski auf Exzellenz Bilinski nicht zu sprechen ist.

„Se non è vero, ma ben trovato.“ (Wenn es nicht wahr ist, ist es gut erfunden.“ Italienisches Sprichwort), hat unser Gewährsmann dem Erzähler geantwortet. Magescheinlich hat er seine Pappenhäuser gefannt.

Es ist aber an der Zeit, daß wir uns mit den oben erwähnten „Amtsblättern“ beschäftigen. Vor allem setzt uns die im Amtsblatt XXIII unter dem Titel: „A. Statuteinteilung I“ erwähnte Neuigkeit in ein grenzenloses Erstauen. Hier finden wir zum erstenmal die neue Einschachtelung, und zwar: In Status I, die Schachtel Nr. 1, finden wir Herren mit Hochschulbildung und vorgezeichneten Staatsprüfungen. Schwindel ausgeschlossen.

Status II stellt uns den Offiziersstand der I. u. I. Armee zu Wasser und zu Land, vollwertige Mittelschüler mit Matura, Einjährigfreiwillige mit Kadettenreisezeugnis (Anstalten à la Friesz, Ortel, Hernany, Gerdine o tutti quanti gelten in diesem Falle nicht). Alles echt, nichts „Talmi“. Diese Schachtel des Status II hat zwei Fächer, welche die Bezeichnung Status II a für Herren und Damen, die in der Mathematik bewandert sind und Geometer genannt werden, und Status II b für die übrigen Maturanten. Die im Fach II a sind bedeutend im Vorzug, da sie um ein halbes Jahr früher vorrücken und erreichen durch Beförderung die Gehaltsstufe von 2000 Kr. um volle zwei Jahre früher als die anderen Mittelschüler.

Warum dies geschieht, das weiß nur unser Herrgott im Himmel und Herr v. Glombinski mit dem Kriegsminister. Die Bevorzugten sind die ehemaligen „Suppendiener“, denen man den Mantel der Varnherzigkeit, „Militärtechniker“ benamset, umgehängt hat, um für sie die Hintertürlein offen lassen zu können.

Punkt 2 der „Statuteinteilung A“ läßt die Tore der Protektion angelehnt offen! Es wird dort gesagt: „Darüber, ob im Bedarfsfalle eine erledigte Stelle“ — sagen wir eines Betriebsleiters durch einen Techniker, Juristen oder Mittelschüler — „besetzt werden soll, behält sich das Eisenbahnministerium die Entscheidung vor!“ Ist das nicht absurd? Warum also der Schwindel der „erweiterten Kompetenz der Direktionen, wie dies in den Amtsblättern XXXVIII ex 1909 und XXV ex 1911 pompös angekündigt wird? Das Ministerium beliebt diese Vorgangsweise mit „dienstliche und personalwirtschaftliche Bedürfnisse“ zu bezeichnen, wir finden dafür einen anderen Namen.

Die folgenden Punkte 3 und 4 behandeln die Einreichung der in dem bis heute geltenden Status I bis IV stehenden Beamtenchaft in die neuereierten Status I, II a, II b und III. Ein Novum finden wir in Punkt 4, zweiter Absatz, daß bei der Aufnahme von Aspiranten und Volontären schon im Vorhinein der Status festgestellt wird, in welchen der Neuaufgenommene eingereiht werden soll; was für die Beamtenchaft aber das Wichtigste ist, ist die Bestimmung des letzten Sages des Absatzes 4, daß in Zukunft die teureren Herren Juristen nicht mehr in der Einnahmefronte zum Eintreten (der eisenbahntechnische Ausdruck lautet: „Festenschnelden“) oder zur Revision der Ausweise über Transporte von Kartoffeln und Kraut verwendet werden dürfen.

Der Jurist soll nach der „Abrichtung“ im „Rechtsverdrehsbureau“, der Techniker in der Werkstätte, Heizhaus oder beim Bau bleiben, mit dem sind wir vollständig einverstanden. Schon vor drei Jahren haben wir an diesem Juristenunfug eine Kritik geübt. Man erinnert sich doch an das diesen Unfug charakterisierende Poem:

Ist ein Jurist gut geraten,  
Nacht man ihn zum Advokaten;  
Ist sein Wissen nicht recht klar,  
Wird dagegen er Notar,  
Geht auch da so recht noch nicht,  
Kommt er zum Bezirksgericht;  
Ist er auch hierfür zu dumm:  
Schwubs ins Ministerium!  
Wenn er da nicht weiter kann,  
Geht er halt — zur Eisenbahn.

Der zweite Teil des „Amtsblattes“ behandelt die automatische Vorrückung nach einer gewissen Anzahl von Jahren. Die Vera Czedik wird sich nicht mehr wiederholen; es wird nicht mehr möglich sein, daß ein vorzüglich qualifizierter Beamter und Vorstand erstklassiger Stationen 18 Jahre auf eine Vorrückung von neunter in die achte Kategorie warten muß.

Nach dem Schema der Automatik hat jeder Beamte mit guter Qualifikation Anspruch nach 20jährigem Dienst die VII. Diätenklasse zu erreichen, und nach Vollendung des 65. Lebensjahres oder 35. Dienstjahres den wohlverdienten Ruhestand mit 400 Kr. Pension und 550 Kr. Quartiergeld. Das müßte aber sofort geschehen!

Im Punkt 5 werden außer dem Schema der Automatik für die X. und XI. Diätenklasse noch andere Begünstigungen verprochen, nämlich die Verkürzung der Zuwartezeit um ein halbes Jahr aus der X. in die IX. und von der IX. in die VIII. Klasse. Ueber die VII. Klasse hört man freilich nichts! Für die Goldkrone gilt auch bei Primissimaqualifikation ein „außerordentliches Avancement“ nicht. Auch eine Nouveautés, was? Dafür wird auch bei dem Beamten mit Hochschulbildung der sechsten Kategorie Primissimaqualifikation verlangt.

Im Punkt 6 wird bestimmt, was bei der Beförderung immer und überall als Maßstab gelten soll. Nicht nur Fähigkeit, Verwendbarkeit, Vertrauenswürdigkeit, sondern auch — die Anciennität des betreffenden Beamten. Und hier liegt der Hase im Pfeffer, hier ist der Stein des Anstoßes; Beispiel: Ein vorzüglich qualifizierter Beamter der VII. Diätenklasse mit 21 Dienstjahren bewirbt sich um eine Station einer anderen Staatsbahndirektion; diese Direktion aber stellt in das Terno drei minder gut qualifizierte Beamte eigener Direktion, trotz dem zwei von ihnen um zwei Jahre weniger an Dienstjahren haben, als der Petent aus der anderen Staatsbahndirektion, welcher neben der längeren Dienstzeit auch noch länger „außerordentlich“ qualifiziert ist.

Und warum wurde dieses Unrecht begangen? Ganz einfach darum, weil in der einen Direktion rascher avanciert wird, als in der anderen, und außerdem der „Rang“ entscheidet.

Punkt 7 bestimmt, daß die sogenannten normierten Posten eingezogen werden und es entfällt daher die Jagd nach ihnen, das sehr lobenswert ist, und zwar schon aus dem Grunde, weil der Beamte nicht mehr auf eigene Kosten übersiedeln muß.

Im Punkt 8 wird gedroht: Wer aus den Sitten einen „Bierer“ bekommt, der wird nicht befördert; das wird bis in das siebente Glied gerodet.

Im Punkt 8 versichert uns Gott Glombinski, daß er nicht die Bäume in den Himmel wachsen läßt. Die Zuwartezeiten, wie sie im Schema enthalten sind, dürfen nicht verkürzt oder die einzelnen Stufen übersprungen werden.

Punkt 10 enthält das bekannte Schema.

Punkt 11 bestimmt, daß die Disziplarkommissionen in den Erkenntnissen ausdrücklich anzuführen, ob der Delinquent nur ein Jahr oder mehr hängen bleiben soll. Das „Hängenbleiben“ kann bis zu drei Jahren ausgesprochen werden, in welcher Zeit jedwede Vorrückung oder Beförderung unterbleibt.

Punkt 12 besagt, daß die Disziplarkommission im Falle einer strafweisen Verurteilung, bei Verschärfung dieser Strafe durch eine Reduzierung des Gehaltes bestimmen kann, wie lange diese Degradation dauern soll; über drei Jahre soll aber nicht hinausgegangen werden. Ist im Erkenntnis die Zeit der Degradation nicht festgelegt, so tritt der Verurteilte wieder in seine frühere Gehaltsstufe nach einem Jahr ein.

Die Abfeilung „C. Uebergangsbestimmungen“ des Amtsblattes XXIII, Punkt 13, versichert die heutigen Beamten, daß die Wohlthat des Einreichens in das neue Schema sofort vorgekommen, was hauptsächlich die Beamten der VII. Kategorie ungemein freuen wird.

Zum Punkt 14 wird strikte gesagt, daß es dem Herrn Glombinski einen Schmarren angeht, ob der eine Beamte des noch heute geltenden Status, welcher 18 Jahre in der VII. Rangklasse gefessen ist, trotzdem das neue Schema für die Vorrückung in die VII. Klasse sechs jährige Vorrückungsstufen festsetzt. Ein solcher Beamter wird in die VII. Klasse eingereiht, aber den in der VIII. Klasse verbrachten Ueberfluß an Jahren kann er sich zum Andenken aufbewahren. In die Vorrückungsfrist der VII. Kategorie dürfen die in der VIII. mehr verbrachten Jahre nicht eingerechnet werden.

Daselbe gilt nach dem Wortlaute des Punktes 15 für einen Beamten, welcher am 1. Jänner 1911 — an welchem Tage die Automatik in Kraft getreten ist — in der einen oder anderen Klasse mehr gedient hat. Er wird nach dem Schema aus der einen in die andere höhere Klasse eingereiht, aber die in der niederen Kategorie mehr gedienten Jahre sind definitiv verloren.

Punkt 16 macht jede Reklamation in Bezug auf Rang, Vorrückung im vorhinein unmöglich. Du, Beamter, bist vom 1. Jänner 1911 nach dem Schema eingereiht, und damit basta!

Punkt 17 beschließt diese monumentale Tat des Wohltäters Glombinski mit der Bemerkung, daß es nicht gelehrt werden kann, daß dieses unsterbliche Werk nicht vollkommen ist, und daß zu der alten Praxis gegriffen werden wird, wo die hohe Automatik den hohen Herrn nicht in den Kram paßt. Daher: „Es lebe die Automatik und ihr Schöpfer hundert Jahre, aber — gleich!“

Wir haben dieser wirklich treffenden und launigen Kritik dieses Machwerkes nur das eine hinzuzufügen, daß die Herren von der nationalen Koalition auf dieses große Befreiungswerk stolz sein können.

### Zur Lohnregulierung auf der Böhmisches Nordbahn.

Es wurde bereits berichtet, daß in einer am 2. Juni in Böhmisches-Leipa abgehaltenen Versammlung der Werkstätten- und Heizhausarbeiter beschlossen wurde, eine viergliedrige Deputation zur Direktion zu entsenden, um über die kürzlich erlassene äußerst unzulängliche Lohnaufbesserung Beschwerte zu führen. Die Deputationsmitglieder Zinke, Fröde (Böhmisches-Leipa), Dörre (Bodenbach) und Endrös (Kralup) wurden am Freitag den 3. Juni vom Herrn Direktor Fortwängler, vom Herrn Direktorstellvertreter Dr. Zadnik und Herrn Zentralinspektor Ring empfangen, welchen sie die Wünsche der Werkstätten- und Heizhausarbeiter unter dem Hinweis auf die im selben Zeitpunkt erlassene Lohnregulierung auf den Linien der Staatseisenbahngesellschaft und Oesterreichischen Nordwestbahn vortrugen. Obwohl letztere Lohnregulierungen auch nicht in allen Teilen die Arbeiter dieser Bahnen befriedigten, obwohl sie manche Härten in sich bergen, deren Ausgleichung angestrebt werden muß, so ist es doch immerhin ein Reformwerk, welches den Namen Regulativ verdient, und das das gewiß wertvolle Zugeständnis einer automatischen Vorrückung aufzuweisen hat, nach welcher auch die Arbeiter der Böhmisches Nordbahn streben. Die Herren von der Direktion der Böhmisches Nordbahn drückten ihre Bewunderung über das von der Staatseisenbahngesellschaft und Oesterreichischen Nordwestbahn herausgegebene Lohnregulativ aus, von welchem sie anscheinend gar nichts wußten, und versprochen schließlich, nach eingeholten Informationen den Arbeitern und Professionisten nach Möglichkeit entgegenzukommen; einer automatischen Vorrückung könne jedoch aus dem Grunde das Wort nicht geredet werden, da das Gutachten der in Betracht kommenden Arbeitsvorstände dahin geht, daß bei Einführung dieses Systems der fleißige und befähigte Arbeiter dem faulen und minder guten Arbeiter gegenüber benachteiligt ist.

Die Deputationsmitglieder traten dieser Ansicht in entsprechender Weise entgegen und setzten sich energisch für die automatische Vorrückung ein.

Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten, so, daß in verschiedenen Abteilungen, besonders in der Wagenwerkstätte herrschende Akkordsystem, über welches demnächst an dieser Stelle einmal ausführlich gesprochen werden soll, sowie die Arbeitszeit und das Entlohnungssystem in den Heizhauswerkstätten, welches ebenfalls einmal kritisch beleuchtet werden muß, besprochen worden waren, wurde die Deputation mit der Zusicherung entlassen, daß man ehestens an die Berücksichtigung der von der Deputation im Interesse der Arbeiter vorgebrachten Wünsche schreiten werde.

Die auf der Konferenz in Böhmisches-Leipa gewählten Deputationsmitglieder hätten sich nun ihrer ersten Aufgabe entledigt, doch dürfte jedenfalls eine Vorprache im Eisenbahnministerium notwendig werden, denn die bisher gesammelten Erfahrungen weisen mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß man bisher von seiten der alten sowie auch der neuen Verwaltung der Böhmisches Nordbahn eine ernste und zufriedenstellende Durchführung der so notwendigen Reform ernstlich nicht will, sonst müßten wir damit schon längst unter Dach und Fach sein; denn es leuchtet doch jedem Menschen ein, daß das, was bei den bedeutend größeren Bahnen, der Staatseisenbahngesellschaft und der Oesterreichischen Nordwestbahn, welche noch dazu um ein Jahr später verstaatlicht wurden, möglich war, auch bei der kleinen Böhmisches Nordbahn, deren Arbeiterzahl gegenüber der der beiden Bahnen ein Bruchteil ist, zur Möglichkeit gemacht werden konnte, wenn der ernste Wille und nicht die Absicht einer Verschleppung vorhanden gewesen wäre.

Man vergleiche: bei der Staatseisenbahngesellschaft und Oesterreichischen Nordwestbahn gelang es, in kürzerer Zeit für ihr mindestens zehnmal größeres Arbeiterpersonal ein Lohnregulativ mit einer Automatik zu schaffen, bei der Böhmisches Nordbahn brauchte man ein Jahr länger dazu, um auszurechnen, daß eine Lohnzulage in der Höhe von 10 S. für Hilfsarbeiter und 20 S. für Professionisten gerade gut genug sei, von einer auto-

omatischen Vorrückung keine Sptr. Es ist ganz einfach ein Hohn auf den gesunden Menschenverstand, und die Schamröte müßte uns ins Gesicht steigen, wenn wir das so ruhig hinnehmen würden. Wenn wir den Gang der Aktion um die Lohnregulierung von Anfang an verfolgen, so kommen wir zu eigentümlichen Schlüssen, welche wir für heute noch nicht aussprechen wollen, aber sicher nicht damit hintern Vergessen werden, falls es die Notwendigkeit erfordert.

Nöthig ist auch der Einwand, welcher oben gegen die Einführung der Automatik ins Treffen geführt wurde und es kommt hierbei der verpönte Standpunkt der alten Böhmisches Nordbahn recht drastisch zutage. Der neue Direktor der Böhmisches Nordbahn, Herr Fortwängler, tut nicht gut daran, die Ansicht der betreffenden Dienstvorstände zu der seinen zu machen. Die Zukunft wird es lehren, daß dieser Standpunkt auch bei der Böhmisches Nordbahn unhaltbar ist. Wir sind der Ansicht, daß es ein Armutzeugnis für die Verwaltung der Böhmisches Nordbahn wäre, wenn jene Reform, welche bei der Staatseisenbahngesellschaft und Oesterreichischen Nordwestbahn oder kurz gesagt bei den Oesterreichischen Staatsbahnen überhaupt in Durchführung begriffen ist, bei der Böhmisches Nordbahn scheitern sollte, weil es hier nach Ansicht einzelner Herren zu viel faule oder minder befähigte Arbeiter gibt. In welchem Lichte erscheinen dann die Aufsichtsorgane, an welchen doch ganz gewiß kein Mangel ist? Dann liegt doch die Sache für die Werkstättenarbeiter im speziellen so, daß die zu leistenden Arbeiten so mannigfach und verschieden sind und die Arbeiter nach Beurteilung ihrer Qualifikation und Leistungsfähigkeit den verschiedenen Arbeiten zugeteilt werden, und sicher ist es, daß sich jeder Arbeiter seinen Lohn verdienen wird. Sollte es dennoch Arbeiter geben, bei denen dies nicht zutrifft, dann möge man anders Abhilfe schaffen, aber eine notwendige Reform/deshalb zum Scheitern zu bringen, wäre absurd. Uebrigens wollen wir aber diesen unberechtigten Ausfall gegen die Arbeiter ganz mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Im übrigen weist die bei den beiden Bahnen eingeführte Automatik noch einen günstigen Passus für Professionisten auf, welcher den Vorständen Gelegenheit gibt, besonders qualifizierte Arbeiter günstiger zu entlohnen und welcher lautet:

„Der Anfangslohn der Professionisten beim Zugförderungs- und Werkstättendienst ist um 80 S. höher, doch können besonders qualifizierte Professionisten dieser Dienstzweige, insbesondere Partieführer und Kesselschmiede, einen über dieses Ausmaß noch hinausgehenden erhöhten Lohn erhalten.“

Es ist also keine Gefahr vorhanden, daß der besonders qualifizierte Arbeiter nicht besser belohnt werden könnte. Für heute soll es genug sein, wir wollen hoffen, daß unsere Deputation nicht unnötig vorstellig wurde und daß man den berechtigten Wünschen des Arbeiterpersonals endlich Rechnung trägt. Wir sind nicht länger gewillt, die günstigen Reformen zu entbehren und die Stiefkinder im Staatsbetrieb abzugeben.

### Unsere Delegiertenkonferenz.

Am 25., 26., 27. und 28. Juni d. J. tagte in Wien im Arbeiterheim Favoriten die diesjährige Delegiertenkonferenz unserer Organisation. Der Besuch war ein sehr guter. 145 Ortsgruppen und Zahlstellen waren durch 188 Delegierte von allen Bahnen und aus allen Ländern Oesterreichs vertreten. 19 Mitglieder des Zentralvorstandes nahmen an den Verhandlungen teil. Reichsratsabgeordneter Dr. Adler war namens der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie, Reichsratsabgeordneter Genosse Domes als Vertreter der Gewerkschaftskommission, sowie der Rechtsanwalt Dr. Kah anwesend. Die Verhandlungen nahmen folgenden Verlauf:

Für die Konferenzverhandlung wird zuerst folgende

#### Tagesordnung

genehmigt:

1. Berichte: a) des Obmannes; b) des Zentralsekretariats; c) der Provinzsekretariate; d) der Administration (Kassenberichte); e) Fachpresse; f) der Kontrollkommission.
2. Organisation und Taktik, Statutenänderung und Sinterbliebenunterstützung. Referenten: Josef Tomšik und Rudolf Müller.
3. Wahl der Zentralleitung und der Kontrollkommission.
4. Die Sozialversicherung und die Eisenbahner. (Stellungnahme zu der Gesetzesvorlage.) Referent: Rudolf Müller.
5. Der neue Strafgesetzentwurf. Referent: Dr. Kah.
6. Sicherheitsmänner auf den Eisenbahnen. Referent: Rudolf Müller.
7. Die Genossenschaften. (Konsumvereine, Bau- genossenschaften, Wohnungsfürsorge etc.) Referent: Rudolf Müller.
8. Der Separatismus und die Gewerkschaft der Eisenbahner. (Stellungnahme hierzu.) Referenten: Josef Tomšik und Wilhelm Brodezy.
9. Anträge und Anfragen.

Vor Eingang in die Tagesordnung erhält Doktor Adler das Wort, der, mit großem Beifall begrüßt, ausführte:

Wenn ich Sie zugleich im Namen unseres parlamentarischen Verbandes herzlich begrüße, so brauche ich Ihnen nicht zu versichern, daß wir seit je Ihrer Organisation herbarzogene Bedeutung beigemessen haben. Wie sehr es gerechtfertigt war, haben wir gerade in den letzten Tagen verspürt. Mit Freude begrüßen wir es, daß Sie wieder Ihren Vertreter Genossen Tomšik im Parlament haben, aber wir empfinden auch nicht minder den Schmerz, daß wir den Verlust des Genossen Müller zu beklagen haben. Im Parlament wartet harte Arbeit unser und wir werden neben vielem, das gemacht werden muß, auch das Koalitionsrecht mit Klauen und Zähnen zu verteidigen haben. Wichtiger als je ist heute das auch die stärkste parlamentarische Vertretung nichts nützt. Deshalb gibt es auch jetzt keine Zeit der Ruhe, sondern neue Arbeit muß unsere Kraft mehr helfen. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. (Stürmischer Beifall.)

#### Domes

Begrüßt den Delegiertenkongress namens der Gewerkschaftskommission; er wünscht, daß aus den Verhandlungen neue Wege zu zukünftigen Erfolgen gefunden werden.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingegangen, Zentralobmann Genosse Schwab erstattet zunächst den

#### Bericht.

Er gab einen Rückblick über die Tätigkeit des Zentralausschusses und der Zentrale in den letzten Jahren, verweist kurz auf die vielen stattgehabten Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen, weiters auf die Durchführung der großen Anzahl von notwendigen Interventionen und Aktionen, von welchen letzteren besonders die Bewegung auf der Südbahn und die Einreichung des Personals der verstaatlichten Privatbahnen hervorzuheben sind. Die Aufgabe bei diesen großen und anderen Aktionen, die Interessen der Bediensteten in jeder Hinsicht zu fördern und die einmal erworbenen Rechte zu schützen, kann, wenn auch für manchen einzelnen nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, als gelungen bezeichnet werden. Bei allen früheren Verstaatlichungen hat man das Personal ganz einfach ebenso wie das tote Betriebsmaterial übernommen. Bei der Verstaatlichung der K. K. B., B. N. B., St. G. G., O. N. B. und S. N. D. B. aber wurde und mußte zum erstenmal Rücksicht genommen werden auf die erworbenen Rechte der Bediensteten, weil eben eine starke Organisation die Interessen sowohl der Angestellten als Arbeiter geschützt hat.

Trotzdem die Organisation unstrittig für die Eisenbahner große finanzielle und moralische Erfolge erzielt hat, hat die Erkenntnis von der Notwendigkeit und vom Wert der Organisation an Tiefe nicht zugenommen. Wohl kümmern sich dank der Aufklärungsarbeit der Organisation die Eisenbahner nun mehr um ihre Rechte, ihre Lage nehmen sie nicht mehr mit jener Wurstigkeit auf als einstens; aber nichtsdestoweniger hat die Mitgliederzahl in dem letzten Jahr nicht zu, sondern um 4100 Mitglieder abgenommen. Unsere Mitgliederzahl ist von 60.661 Mitglieder im Jahre 1909 auf 57.877 Mitglieder im Jahre 1910 gesunken. Die Ursache hierfür ist nur darin gelegen, weil viele Eisenbahner der Meinung sind, daß für sie in nächster Zeit keine Erfolge mehr erzielt werden können. Das können nur wieder Mitglieder sein, denen es an Aufklärung fehlt. In den Jahren 1909 und 1910 war auch eine besonders starke Mitgliederfluktuation zu verzeichnen, zu deren Verminderung die heute tagende Delegiertenversammlung ein wirksames Mittel schaffen soll. Die Einnahmen der Organisation haben sich in den letzten zwei Jahren verringert, während die Ausgaben durch die Steigerung jeder Arbeit gestiegen sind. Genosse Schwab schließt, die Genossen Delegierten und Vertrauensmänner mögen die Zentrale wie bisher auch fernerhin kräftig unterstützen, im Interesse der gesamten Eisenbahner und deren Forderungen. Der Zentralausschuss und die Zentrale sind sich dessen bewußt, daß sie stets ihre Pflicht erfüllt haben. (Beifall.)

Zum Bericht des Zentralsekretariats führte dann Reichsratsabgeordneter Genosse

#### Tomšik

im wesentlichen folgendes an:

Im Jahre 1908, Ende September, ließ die dreijährige Frist ab, welche die Regierung in ihrer strikten Erklärung anlässlich der Verhandlungen im Jahre 1905 als notwendige Zeit zur Ermöglichung der Durchführung der in bereits eingebrachten Memoranden zum Ausdruck gebrachten Wünsche und Forderungen der Staatsbahner bezeichnet hat. Deshalb wurde im selben Jahre über Wunsch der Organisation im Parlament der bekannte 20 Millionen-Antrag von Genossen Dr. Ellenbogen eingebracht, und sowohl im Budgetausschuss als auch im Plenum von den bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt. Diese Ablehnung hatte die Wirkung, daß unter den Eisenbahnern eine furchtbare Erregung und Erbitterung platzgriff, der zufolge man seitens der Regierung gezwungen war, 83 Millionen Kronen für die Eisenbahner ins Budget einzusetzen. Erst dem energischen Eingreifen der Organisation gelang es dann, diese Summe auf 14 Millionen Kronen erhöht zu erhalten.

Mit dieser Summe sind wesentliche Verbesserungen durchgeführt worden, leider war die Durchführungsart eine derartig schleppende und zögernde, daß bei einzelnen Kategorien das Gewährte durch das Steigern der Teuerung überholt wurde, andererseits man aber auf die niedersten, schlechtest gestellten und zahlreichsten Eisenbahnbediensteten und Arbeiter am wenigsten dachte. Deshalb wurde im Frühjahr 1910 im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses neuerlich der Antrag auf Einsetzung einer Summe, und zwar 88 Millionen Kronen für die Eisenbahner ins Budget beantragt. Auch dieser Antrag wurde von den bürgerlichen Abgeordneten niedergestimmt. Angenommen wurde aber ein Antrag, der die Beschleunigung der Durchführung der Zugeständnisse fordert. Nichtsdestoweniger sind immer noch einzelne Zugeständnisse nicht durchgeführt, wie Lohnautomatik, Urlaub etc. etc. Diese Aktionen haben der Zentrale die ganzen Jahre hindurch viele Arbeit gegeben.

#### Die Verstaatlichung

Der B. N. B., der St. G. G. und der O. N. B. B. und S. N. D. B. B. haben in der abgelaufenen Berichtsperiode stattgefunden. Schon im Parlament wurde da im Verstaatlichungsgesetz durchgesetzt, daß die Bediensteten durch die Ueberleitung in ihren festen Bezügen nicht geschädigt werden dürfen. Das ist gegenüber den im Kurienparlament beschlossenen Verstaatlichungen immerhin ein wesentlicher Fortschritt.

Die Hauptarbeit war bei der Einreichung selbst zu machen. Den Einreichungsgrundsätzen der k. k. Nordbahn entsprechend, wurde rechtzeitig die Forderung der Bediensteten in einer Eingabe den Verwaltungen bekanntgegeben. Die Gegner, die ein Jahr lang Zeit hatten zur Einreichung und zu unseren Vorschlägen Stellung zu nehmen, haben die ganze Zeit nichts getan. Als aber die Einreichung durchgeführt war, haben natürlich alle Vorteile sie, und ganz allein sie erreicht, und was eventuell schlecht blieb, daran war unsere Organisation schuld. Das bekannte demagogische alte Lied.

Die Einreichungsarbeit bei allen verstaatlichten Bahnen kann noch nicht für abgeschlossen erklärt werden. Selbst bei der k. k. Nordbahn sind noch eine Reihe von Wünschen und Forderungen durchzusetzen.

Eine wichtige, schon im Jahre 1905 begonnene Aktion war

#### die Einreichung der Wächter in die Dienerkategorie.

Auch hier finden wir die Gegner an bewährter und bewährter demagogischer Arbeit.

Nach einem Zugeständnis vom Jahre 1907 war

#### die Südbahn

verpflichtet, alle Verbesserungen, die auf den k. k. Staatsbahnen durchgeführt wurden, auch auf der Südbahn durchzuführen. Sie bebarste hierzu aber sehr viel Zeit und es waren sehr viele Interventionen nötig, bis es endlich mit der Drohung der passiven Resistenz gelang, die Südbahn im September und November 1910 zu bewegen, ihrem Versprechen nachzukommen. Heute noch sind aber einzelne Punkte ausständig, die ebenfalls durchgeführt werden müssen.

Trotz heftigen Sträubens der Südbahnverwaltung hat es die Organisation dennoch durchgesetzt, daß die Einreichung der Wächter in Analogie der k. k. Staatsbahn verbessert wurde. Für die Arbeiter wurde Ende September 1910 eine Ver-

Besserung der Urlaube, Auszahlung eines Sterbequartals, Einführung der Arbeiterauschüsse etc. durchgeführt.

Von den Gegnern wird uns der Vorwurf gemacht, daß die Gewerkschaft anlässlich der letzten Bewegung (Herbst 1910) ausgebrochenen passiven Resistenz Streifbruch begangen habe. Die Sache verhält sich folgendermaßen:

Seit dem Jahre 1909 ist die Gewerkschaft an der Arbeit, die Südbahnverwaltung zur Einhaltung des im Jahre 1907 im Zirkular 385 a gemachten Versprechens — alle auf der Staatsbahn eingeführten Verbesserungen auch mit gleichem Gültigkeitstage auf der Südbahn einzuführen — zu verpflichten. Die Verschleppung der Durchführung dieses Zugeständnisses kam schließlich in eine falsche Interpretation des Zirkulars 385 a aus. Diese haben wir zurückgewiesen und eine klare Antwort verlangt, der wieder die Südbahn auszuweichen suchte. Deshalb beschloß nach gründlicher Aussprache über die Situation die am 5. Juni 1910 in Marburg sehr gut besuchte Südbahnkonferenz, falls die Südbahn die Forderungen bis September nicht erfüllt, Ende September in den Kampf zu treten. Dieser Beschluß wurde natürlich veröffentlicht und so auch zur Kenntnis der Gegner gebracht.

Der inzwischen aus unserer Koalition ausgeschiedene Beamtenverein, der sich dann auch deutschnational erklärte, schloß nun mit dem Reichsbund deutscher Eisenbahner und einigen bei der Südbahn bestehenden kleinen Vereinen eine Koalition. Auf die unter den Bediensteten herrschende Unzufriedenheit bauend, beschloßen sie, ohne die Gewerkschaft einzuladen, mitzubekommen, mitzutun, am 14. September, in den Kampf zu treten. Damit glaubten sie der Gewerkschaft zuvorgekommen zu sein, Führer der Bewegung und Herr der Situation zu werden. Auf unserem Konferenzbeschlusse festhaltend, traten wir somit nicht mit in den über unseren Kopf weggeführten Kampf, suchten durch die Drohung, ebenfalls in die passive Resistenz zu treten, falls unseren berechtigten Forderungen nicht Rechnung getragen wird, das Mögliche zu erreichen und erreichten ohne passive Resistenz bemerkenswerte Erfolge. Die neue Koalition mußte aber am eigenen Leibe die bei uns herrschende Disziplin kennen und einsehen lernen, daß man auf solche Weise der Gewerkschaft nichts anhaben kann. Es galt damals die nationale Großmütigkeit und Ehrhaftigkeit zu bekämpfen.

Auch für

das Personal der S. E. B.

hat unsere Organisation in Analogie der Südbahn zu arbeiten gehabt und schöne Erfolge erzielt und auch hier zeigte sich jenes Manöver des Reichsbundes und der Lednota, wie bei der Südbahn. Als schon durch die zähe Arbeit der Organisation die Durchsetzung der Forderungen erfolgte, traten die Herrschaften auf den Plan, drohten mit der passiven Resistenz und schrieben dieser ihrer Drohung alle Erfolge zu. Schwindel, nichts als Schwindel.

Bei der S. E. B. waren gleichfalls viele Aktionen notwendig, damit, wie bei der Südbahn und bei der S. E. V., die auf der S. E. B. durchgeführten Verbesserungen übernommen werden. Leider ist es auf der S. E. B. bisher nicht gelungen, diesfalls einen vollen Erfolg zu erzielen, dank den deutschnationalen Gegnern, die im Interesse der Bahnverwaltung alles aufboten, das Personal kampfunfähig zu machen.

Auch alle anderen kleinen und größeren Bahnen und Lokalbahnen erforderten eine Reihe von Aktionen, die zumeist mit Erfolg durchgeführt wurden.

Nun komme ich zu den

Personalkommissions- und Arbeiterauschüssen.

Sie wurden bekanntlich im Jahre 1905 zugestanden und mittels ihrer glaubte man die bereits ausgesprochene Anerkennung der Organisation umgeben zu können. Während wir eine zentrale Personalkommission verlangten, wurde diese Institution in möglichst dezentralisierter Form geschaffen, um nur den reaktionären und christlichsozialen Minoritäten eine Vertretung zu sichern. Die Hoffnungen, die das Personal an die Personalkommission und Arbeiterauschüsse gestellt habe, erfüllten sich nicht. Die bisherige Erfahrung lehrt, daß diese Institution von den Verwaltungen bei jeder Gelegenheit bagatelisiert und discreditiert werden. Die Referenten erscheinen in den Sitzungen vollständig unvorbereitet; es werden die Anträge massenhaft eingebracht und begutachtet, ohne daß die Referenten ihre Stellung hierzu präzisieren, aber durchgeführt wird nichts, weil eben die Verwaltungen diese Institution nicht ernst nehmen, sondern sie nur als Abfertigungsmittel für die herrschende Unzufriedenheit verwenden will. Die Personalkommissionen in den einzelnen Direktionsbezirken erschöpfen ihre Aufgaben in Kompetenzstreitigkeiten; sie zanken sich darüber, wozu eine Sache gehört. Erschwert aber eine Abordnung von Bediensteten bei einer Direktion, so wird sie kurzweg zur Personalkommission verwiesen, ja noch mehr, schon wiederholt wurde die Schuld an der Nichtdurchführung einzelner Wünsche direkt der Personalkommission zugeschoben. Auf der einen Seite hebt man die Bediensteten auf die Personalkommissionen und Arbeiterauschüsse mitgliedern, und auf der anderen Seite wundert man sich, wenn auch diese der Demagogie Rechnung tragen und alle möglichen Anträge einbringen, um sich so von den auf sie gehenden Bediensteten den Vorwurf zu ersparen, als wollten sie die oder jene Beschwerde nicht zur Kenntnis der Verwaltung bringen. Hier muß energigisch Wandel geschaffen werden. Man nehme diese Institution endlich ernst, arbeite mit ihnen ehelich und aufrichtig oder löse man diese Scheininstitution auf und erkläre offen, daß man für das Personal nichts machen wolle — und wir wissen, was wir zu tun haben.

In der abgelaufenen Zeitperiode beschäftigte sich die Organisation auch mit dem Attentat, das die Regierung im Sozialversicherungsgesetz auf die Unfallentschädigung der Eisenbahner auszuführen plant. Dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde eine Petition mit 104.000 Unterschriften vorgelegt und Genosse Müller hat im Sozialversicherungsausschuß entsprechende abwehrnde Anträge gestellt, die aber im Subkomitee abgelehnt wurden. In dieser Frage harret unser noch eine schwere Arbeit.

Sch will nun zum Schluß noch

unser Koalitionsverhältnis

besprechen. Ueber Anregung des Oesterreichischen Eisenbahnbeamtenvereines traten die Gewerkschaft, der Eisenbahnbeamtenverein, der Lokomotivführer-, der Kondukteur- und der Bahnmeisterverein in ein Koalitionsverhältnis zum Zweck gegenseitiger Unterstützung behufs Durchsetzung der gestellten Forderungen. Diese Koalition hat nun im Jahre 1907 die Bewegung auf den Privatbahnen (Südbahn, St. E. G., O. N. W. B., S. E. B. und B. N. W.) durchgeführt und mit Erfolg abgeschlossen, hierbei haben die Beamten — wie es damals vom Eisenbahnbeamtenverein anerkannt wurde — am besten abgeschnitten. Als nun in der Bewegung des Jahres 1908 auf den Staatsbahnen für die Beamten nicht die analoge Automatik durchgeführt werden konnte, wie dies bei der St. E. G. im Jahre 1907 der Fall war, waren die Beamten verknüpft. Sie vergaßen vollständig, daß auch die Bediensteten auf viele ebenso berechnete Wünsche verzichten mußten. Aber weil die Herren in der Koalition nicht so kommandieren konnten wie im Dienste, weil ihnen die Bediensteten die Kastanien aus dem Feuer nicht holen wollten und sich zu ungünstiger Zeit nicht in den Kampf heken ließen, trat der Oesterreichische Eisenbahnbeamtenverein aus dem Koalitionsverhältnis und erklärte sich kurze Zeit darnach deutschnational. Unsere Koalition umfaßt

gegenwärtig die Gewerkschaft, den Lokomotivführerverein Wien und Prag, den Kondukteurverein und den Bahnmeisterverein, zusammen 70.000 Mitglieder, während die nationale Gegenkoalition nur im besten Falle 30.000 Mitglieder heterogener Art aufweist.

Ein anderes Kapitel unserer Organisation ist die Fluktuation der Mitglieder. In Zeiten großer Erfolge kommen die Indifferenten zu Scharen. Es gibt aber keine Gewerkschaft, die immer nur große Erfolge hat. Bleiben diese aber aus, dann verschwinden auch solche Mitglieder wieder, weil sie meinen, jetzt sei für längere Zeit nichts zu holen, jetzt könne man „seine Beiträge ersparen“. Dem zu steuern ist eine wichtige Aufgabe der Delegiertenversammlung.

Abgeordneter Genosse Tomischli: In der Zukunft erwarten uns viele und große Arbeiten. Die Stimmung ist durchwegs eine gereizte und es bleibt ein Kampf in nächster Zeit nicht vollständig ausgeschlossen. Deshalb sammeln wir nun unsere Kräfte, stärken wir unsere Organisation und so gefestigt können wir, wenn gut vorbereitet, den Kämpfen der Zukunft entgegengehen. (Großer Beifall.)

(Fortsetzung folgt.)

Inland.

Die Niederlage des Klerikalismus in Oesterreich.

„Ein Tag der Geschichte dämmert heran, wenn die Nacht entwichen und der Wahltag herangebrochen ist! Am Morgen sind sie noch mächtig, die christlichsozialen Bedrücker Wiens; aber wenn der Tag zu Ende geht, wenn der Abend kommt, da die Stimmen in den Urnen gezählt werden, am Abend des Wahltages kann der Götz im Staube liegen, am Abend des Wahltages können sie alle zu Boden gestreckt sein, alle vom Grimme des Volkes ins Mark getroffen! Welche Aussicht eröffnet sich dem sehrenden Bilde! Ein Aufatmen wird durch die Stadt gehen, wenn sich die Hoffnungen erfüllen, die der Wahltag erweckt; ein freudiges, glückliches Aufatmen, daß Wien befreit ist und gereinigt von der schwarzen Veitstschär! An den Jubel denkt, der am Abend die Stadt durchschauern wird, wenn ihr am Tage sechsten geht; denkt an die Freude, die uns abends allen blüht, wenn ihr am Tage kämpft! Und dann wird uns alle Mut beleben und die Energie wird sich anspannen zur letzten Kraftanstrengung; wahrlich, der große Preis ist aller Opfer wert! Es wird gelingen, wenn alle zusammenhalten, und so muß es gelingen!“

So schrieb die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ an dem Tage der Stichwahl: Es ist gelungen und heute kann unser Bruderorgan unseren Genossen, deren jahrelange, zähe und geduldige Arbeit Oesterreich von dem Alpdruck der wüsten klerikalen Demagogen befreit hat, triumphierend verkünden: Nicht etwa bloß besiegt, nein, zerrieben, zerstampft, ausgerottet sind die Christlichsozialen. Dieselben Christlichsozialen, die vor der Auflösung als unangreifbar, unerschütterbar dastanden.

Aber freilich, in den Sudetenländern, in Böhmen, Mähren und Schlesien zeigt sich ein anderes Bild. Da triumphiert das bürgerliche Masseninteresse über alle bürgerlichen Ideologen. Hier sind die industriellen Verhältnisse entwickelter und die Arbeiterklasse erscheint der Bourgeoisie als größte Gefahr. Deshalb haben sie zusammengestanden als einige reaktionäre Masse und haben in Rumburg dem Christlichsozialen Perzabe gegen unseren Genossen Hannich zur Wahl verholfen. Es ist das erstemal, daß Böhmen einen Christlichsozialen wählt, und diese Schande verdankt es den Deutschfreihheitlichen, deren Führer bereit war, was sie in Böhmen getan, in ganz Oesterreich zur Durchführung zu bringen.

Dieses Zusammengehen der Bürgerlichen im Verein mit dem Terrorismus der Fabrikanten erklärt zur Genüge, daß wir diesmal in den Sudetenländern alle Mandate, die wir nicht ganz aus eigener Kraft besessen hatten, verloren haben. Nun, das eröffnet günstige Aussichten für die Wiedereroberung. Und wenn es die Partei anspricht, die Arbeit an der Ausgestaltung der Organisation und vor allem der Presse noch intensiver zu gestalten, so wird der vorübergehende Verlust sich in dauernden Gewinn verwandeln.

Was wir in den Sudetenländern an Mandaten verloren, haben wir durch die Gewinne im übrigen Reich größtenteils wieder hereingebracht. An Mandaten nicht nennenswert schwächer, aber neugestärkt durch diesen schweren Wahlkampf, als Besiegerin des klerikalen Todesfeindes, so zieht die österreichische Sozialdemokratie in den neuen Reichsrat.

Die Nachwachen der Militärrüstungen. Die Regierung hat die Preise der Zigaretten, der Zigarren und des Tabaks mit 1. Juli erhöht. Sie hat es sich fein zurechtgelegt; kaum sind die Stichwahlen vorüber, so wird schon das Attentat verübt! Es ist ein ganz ungeheuerlicher Raubzug auf die Taschen der Steuerträger, der da verübt wird; natürlich nur auf die Taschen der ohnehin schon durch indirekte Steuern ausgeplünderten armen Leute, denn die Preiserhöhung der von den Reichen gerauchten Sorten ist lächerlich gering. Je schlechter die Sorte ist, desto mehr wird sie verteuert, je ärmer der Raucher ist, desto mehr wird er besteuert.

Es werden verteuert die

Table with 2 columns: Zigaretten and Zigarren. Lists various brands and their price increases from 1st to 2nd or 3rd class, showing percentage increases.

Ueber die Verteuierung des Rauchtabaks steht in der Kundmachung der Regierung nicht. Das ist auch nicht nötig, denn der Tabak wird „nicht teurer“; es wird „bloß“ das Gewicht jedes Pakets so verringert, daß die Verteuierung fünf und zwanzig Prozent beträgt.

Die am stärksten belasteten Raucher bekommen aber eine „Gegenleistung“: die Dramazigaretten, die jetzt einen Heller kosten, werden etwas größer sein und bekommen einen Aufdruck. Die Virginierzigaretten bekommen bloß den Aufdruck; darüber werden sich ihre Raucher sehr glücklich fühlen. Bei den ungarischen Zigaretten, einem erbärmlichen Zeug, das einen Heller kostet, traut man sich nicht mit dem Preise in die Höhe zu gehen; dafür werden sie kleiner werden.

Das demissionierende Ministerium Wienert hat sich der Verantwortung dieser neuen Volksbelastung entzogen, wie es ähnlich der ehemalige Eisenbahnminister Wrba getan hat, als er die Fahrbegünstigungen für die Offiziersfrauen bewilligt hatte. Die bürgerlichen Parteien, die das Regierungssystem Wienert stützten und durch Bewilligung der Militärforderungen diese Verteuierung mitverschuldeten, sind am Plan zurückgeblieben. Es wäre zu wünschen gewesen, daß sie schon bei den Wahlen wegen der Verteuierung des Tabaks von der österreichischen Bevölkerung geächtet worden wären. Aber da wirkte die Verteuierung noch nicht und über die Zeit der nächsten Tage hinaus zu denken, ohne sich hierbei von nationalen Phrasen und der Furcht von der Sozialdemokratie ablenken zu lassen, vermochte nur ein Teil der mit dem Stimmzettel ausgerüsteten Wähler. Vielleicht kommt beim Ziehen an der verteuerten Zigarre und Tabakpeife die allgemein notwendige Erkenntnis der Folgen der Großmachtspolitik und damit bei der nächsten Gelegenheit eine empfindliche Niederlage der regierungstribünen bürgerlichen Parteien.

Departementveränderungen im Eisenbahnministerium.

In den letzten Tagen hat Eisenbahnminister Dr. Glombinski eine Reihe einschneidender Veränderungen in der Geschäftseinteilung, in der Sektionszuteilung einer von Departements und in der Besetzung der Stellen der Departementsleitung verfügt. Für die bisher von Ministerialrat Dr. Robert Grienberger, respektive Sektionsrat Dr. Walter Rodler geleiteten Departements wurde ein Tausch dieser Departementsvorstände angeordnet, wonach Ministerialrat Doktor Grienberger das bisher von Sektionsrat Doktor Rodler geleitete Departement übernimmt, während Sektionsrat Dr. Rodler dem bisher von Ministerialrat Dr. Grienberger geleiteten Departement IX (allgemeine finanzielle und Steuerangelegenheiten) vorgelegt wird. Die zwei bisher dem Präsidialbureau zugeordneten Ministerialrechnungs-Departements sind der Sektion II B (Sektionschef Doktor Rude) zugewiesen worden. Das Departement VII a (Ministerialrat Dr. Arnold Krassny) für besondere legislative und administrative Angelegenheiten, insbesondere auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet, ist nunmehr der Sektion I A zugewiesen. Das bisher dem Sektionschef Dr. Viktor Böll unterstellte Departement 10 wird der von Dr. Karl Freiherr v. Rumler geleiteten Sektion zugewiesen, während der ersten Sektion das Pensionsdepartement, aus dem die Disziplinaragenden ausgeschieden werden und an die Baron Rumlersche Sektion übergehen, untergeordnet wird. Die Behandlung der Sanitätsangelegenheiten und der Agenden der Fondshäuseradministration ist dem Präsidialbureau unterstellt worden.

Ausland.

Die Bezahlung der deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter weicht bei den deutschen Bundesstaaten nicht unwesentlich voneinander ab. Am besten bezahlt, auf den Kopf und das Jahr berechnet, Sachsen die Beamten und Baden die Arbeiter. Es kommen auf den Kopf im Jahre in Sachsen 2479 Mk. auf den etatmäßigen Beamten, Elsaß-Lothringen 2474, Baden 2472, Bayern 2368, Preußen - Hessen 2262 und Württemberg 2173 Mk. Bezüglich der Entlohnung der Arbeiter steht Baden, wie schon bemerkt, an der Spitze mit 1323, dann folgt Württemberg mit 1225, Bayern 1215, Sachsen 1154, Elsaß-Lothringen 1148 und Preußen-Hessen mit 1121 Mark. Die preussisch-hessische Verwaltung dürfte somit, nachdem die württembergische Regierung eine Erhöhung der Gehälter in Vorlage gebracht, unter den größeren deutschen Staatsbahnen sowohl hinsichtlich der Bezahlung der Beamten wie der Arbeiter an letzter Stelle stehen. Dafür macht sie größere Uebererschüsse und geht gegen die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner mit der größten Rücksichtslosigkeit vor.

Edward A. Moseley, der erste Sekretär der Interstate Commerce Commission, ist im Alter von 65 Jahren in Washington gestorben. Moseley war der Bahnbrecher eines gescheiterten Arbeiterbundes für die Eisenbahner in Amerika. Unter Moseleys Leitung wurden die statistischen Zahlen über die Unglücksfälle auf den Eisenbahnen gesammelt und jährlich veröffentlicht. Es waren erschreckende Zahlen. Auf dieses Meer von Blut überzeugend hinweisend, nahm er in der Frage der Sicherheitsgesetzgebung im Eisenbahnwesen mit Leidenschaft Stellung, er widmete ihr sein ganzes Leben und seine ganze Kraft bis zum äußersten. Er sah die Sicherheitsmaßregeln von Jahr zu Jahr sich vermehren, die Zahl der Opfer des Eisenbahndienstes sich ständig vermindern, er kämpfte weiter, bis er erreichte, daß jeder Güterwagen gesetzlich nach bestimmten Sicherheitsvorschriften eingerichtet sein muß, daß er ausgestattet sein muß mit selbsttätiger Kupplung und Bremse, mit gleichmäßigen Laufbreitern, Leitern und Griffen. Er setzte es durch, daß das Höchstmaß der Dienststunden für den Zugdienst gesetzlich begrenzt, und daß der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Eisenbahnwesen durch wirksame Festsetzung schiedsgerichtlicher Entscheidungen befestigt wurde. Möge sein Werk noch weiter gute Früchte tragen.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Gefahr! Am 4. April ist im Reichsjustizamt in Berlin eine Strafrechtskommission zusammengetreten, die das jetzige

Strafgesetzbuch einer Umarbeitung zu unterziehen hat. Hierbei soll ganz besonders auf eine Strafverschärfung gegen Streikanschreitungen Bedacht genommen worden sein. Den Terroristen unter den Arbeitgebern genügen die heutigen Strafen noch nicht, wiewohl sie hart genug sind, die deutschen Arbeiter zu knebeln. Der § 153 der reichsdeutschen Gewerbeordnung, welcher lautet: „Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder sie zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt“, ist an und für sich schon sehr dehnbar und dann kommt ihm noch das allgemeine Strafgesetzbuch zu Hilfe. Hier haben die deutschen Gerichte bei Streiks und Lohnbewegungen organisierten Arbeitern gegenüber schon folgende Paragraphen des Strafgesetzbuches angewendet: § 110, Widerstand gegen die Staatsgewalt. (Strafmaß: 600 Mk. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 123 bis 127, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 300 Mk., Gefängnis bis zu zwei Jahren und Zuchthaus bis zu zehn Jahren.) § 130, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 185 bis 187, Verleumdung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 223 und 223 a, Körperverletzung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder Gefängnis bis zu drei Jahren.) § 240 und 241, Nötigung und Bedrohung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder Gefängnis bis zu einem Jahre.) § 253 und 254, Erpressung. (Strafmaß: Gefängnis nicht unter einem Monat und Zuchthaus bis zu fünf Jahren.) Der Versuch der deutschen Unternehmer, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter zu brechen, wird hoffentlich von der reichsdeutschen Arbeitererschaft mit einer Entschiedenheit abgewehrt werden, die den Scharfmachern für immer ihre Geliüste vergehen lassen wird.

**Speiseanstalt für Eisenbahndienstleute in Berlin.** Mit Unterstützung der königlichen Eisenbahndirektion Berlin hat die „Gemeinnützige Gasthausgesellschaft“ im Stadtbahnbogen 1 bis 3 des Schlesischen Personenbahnhofes eine Speiseanstalt für Eisenbahndienstleute errichtet, deren Zweck es ist, unter Ausschaltung des Trinkzwanges schmackhafte Speisen in reicher Abwechslung zu einem außerordentlich billigen Preise zu liefern. Statt einer Gegenüberstellung dieses Aktes der Bedienstetenfürsorge der preussischen Staatsbahnverwaltung dem österreichischen System, die Bahnbediensteten der Auswucherung seitens der Bahnhofrestauration zu überlassen, lassen wir nachstehend einen Auszug aus der Speisekarte dieser Speiseanstalt folgen: a) Speisen: Mittagessen, bestehend aus Suppe, Gemüse, Fleisch und Kartoffeln 35 Pf., aus Gemüse Fleisch und Kartoffeln 30 Pf., 1 Portion Gemüse und Kartoffeln 13 Pf., Suppe 10 Pf., Brotkartoffeln 15 Pf. Der Speisetzettel wechselt jede Woche. b) Getränke: große Tasse Kaffee mit Zucker und Milch 10 Pf., Milch 7 Pf., Kakao 15 Pf., Bouillon 10 Pf., 1 Flasche Limonade 10 Pf., 1 Flasche Selterswasser 5 Pf., 1/2 Liter Bier 15 Pf.

**Eisenbahnerlöhne in den Vereinigten Staaten.** Infolge der letzten Lohnerhöhung der Eisenbahnangestellten erhält ein Teil der Bediensteten in vielen Fällen ebenso hohe oder noch höhere Löhne als die superior officers (Vorgesetzte). Auf einigen Linien erhält der Lokomotivführer durchschnittlich 25 Mk. per Tag, der Heizer Mk. 16-50, Schaffner 20 Mk., Signalmann Mk. 14-70 und Bremser 14 Mk. Die am besten bezahlten Angestellten erhalten Löhne: Lokomotivführer 25 bis 42 Mk. per Tag, die Heizer Mk. 17-70, die Schaffner 24 Mk. und die Signal- oder Flaggenleute Mk. 15-80. Auf denselben Linien erhalten die Offiziale wie Zugmeister 31 bis 39 Mk. per Tag, die Zugmeisterassistenten 24 bis 28 Mk., die Maschinenmeister (road foremen of engines) 27 bis 31 Mk., die Maschinenmeisterassistenten 19 bis 24 Mk. und die Stationsmeister 13 Mk. bis Mk. 19-50. Letztere, die es dadurch verabsäumten, mit den anderen Bediensteten gleichen Schritt zu halten, als sie sich an der Lohnbewegung der anderen Bediensteten nicht beteiligten, erheben nun ein Lamento, daß ihre Autorität gefährdet sei, wenn ihnen unterstehende Bedienstete besser entlohnt werden als sie selbst.

**Streiflichter.**

Herr Tschulil als Prophet. Am Tage vor den Reichsratswahlen schrieb Herr Tschulil in der „Oesterreichisch-ungarischen Eisenbahner-Zeitung“:

„In der Stunde, wo wir diese Zeilen zu Papier bringen, beginnen die Würfel zu rollen, um das Schicksal der steuerzahlenden Bürger Oesterreichs und das Los aller seiner ehrlich arbeitenden Volksstände auf sechs Jahre hinaus festzulegen.“

Hoffnungsfreudig ziehen die Christlichsozialen in die Entscheidungsschlacht. Haben sie es auch mit Segnern zu tun, deren Zahl Legion ist, die sich mit Hölle und Teufel verbunden zu haben scheinen, um besonders den christlichsozialen Führern den Weg zum Herzen ihrer Wähler zu verlegen — sie haben letzteren gegenüber ihre Pflicht voll und ganz erfüllt, darum kann der Sieg nicht ausbleiben.“

Und am nächsten Tage fausten bereits einige christlichsoziale Hauptmänner durch, und am 20. Juni bei den Stichwahlen, lag die ganze ebnenwerte Gesellschaft glatt am Bauch. Der Leitartikel im christlichen Eisenbahnerblatt aber konnte leider nicht mehr zurückgenommen werden.

Von der Lokalbahn Wien-Baden. Die trüben Existenzverhältnisse des Personals der elektrischen Bahn Wien-Baden, die bei einer Länge von nur 29 1/2 Betriebskilometern im Jahre 1909 370.000 Kr. und im Jahre 1910 387.000 Kr. Ueberschuß erzielte, werden nun auch außerhalb der Fachpresse zum Gegenstand von Erörterungen gemacht, und dies kann als Zeugnis dafür gelten, daß die Sympathie der Öffentlichkeit sich den von ihrer Bahnverwaltung ausgebeuteten Bediensteten zuwendet. Das Wiener Organ der Kirchbesoldeten schreibt zu der Bewegung des Personals dieser Bahn:

„Wenn sich die Bediensteten des genannten Bahnunternehmens zu diesem letzten und äußersten Schritt — zur Flucht

in die Öffentlichkeit — entschließen, so geschieht dies nicht aus Anbotmüdigkeit, Mangelnot oder dem Hang zur Unzufriedenheit, sondern aus der traurigen Erkenntnis am eigenen Leib, daß die derzeitigen Verhältnisse bei diesem Unternehmen einfach unhaltbar sind, daß hier unter allen Umständen Membran geschaffen werden muß, wenn die Bediensteten trotz ihres schweren und verantwortungsvollen Dienstes nicht länger dem langsamen Verhungern preisgegeben sein wollen. Auch der Einwand, daß die Bediensteten vorher auf bittlichem Weg bei der vorgesetzten Direktion hätten vorstellig werden sollen, trifft nicht zu, da sie dies bereits im Jahre 1910 und wiederholt am 7. April und 3. Mai 1911 getan haben. Der Erfolg war leider nur der, daß Herr Direktor Veier erklärte, den „Kampf“ aufnehmen zu wollen und Herr Oberingenieur Löblich seine Freude darüber äußerte, daß es zum Kampf komme, denn da sei er mutig und lustig. Es ist sehr merkwürdig, daß Herr Oberingenieur Löblich sein Lebensgefühl im Kampf mit den Bediensteten des Unternehmens findet und daß es für ihn erst eine Lust zu leben wird, wenn Hunderte von Bediensteten mit ihren Frauen und Kindern hungern. Der Herr Oberingenieur mag leicht lustig und guter Dinge sein, da es ja nicht um seine Haut geht; die Bediensteten aber, die Familienväter sind und für Weib und Kind zu sorgen haben, wollen keinen Kampf, sie wollen ihr bescheidenes Brot, das sie sich in harter Arbeit erwerben müssen, gesichert haben. An mehr denken sie nicht, am wenigsten aber wollen sie eine Machtsprobe ablegen, um den Pöbelgeklüften des Herrn Oberingenieurs die willkommene Gelegenheit zu geben, durch draconische Maßregeln oder Maßregelungen seinen traurigen „Mut“ zu zeigen.

So bleibt denn den Bediensteten nichts anderes übrig, als die Öffentlichkeit auf die unverantwortliche Art und Weise in der Direktion der elektrischen Lokalbahn Wien-Baden, die die bescheidenen Wünsche der Bediensteten abweist, aufmerksam zu machen. Vielleicht wird die Direktion aus Scham oder unter dem Druck der allgemeinen Meinung dann notgedrungen das bewilligen, was sie bisher herrisch und mit der Drohung verweigerte, lieber den Betrieb einstellen zu wollen als den bescheidenen Wünschen des Personals Rechnung zu tragen.

Daß die Bediensteten wirklich nichts Unmögliches verlangen, das werden die folgenden Zeilen beweisen, aus denen mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß die Lage der Bediensteten eine so traurige ist, daß man sich wundern muß, daß sie so lange still und geduldig ertragen haben.

Die Bremser der Lastzüge beziehen einen täglichen Lohn sage und schreibe Kr. 2.20 täglich, die Kondukteure im ersten Jahre gar nur von 2 Kr. Dazu kommt noch für die Kondukteure eine tägliche Fahrzulage von 1 Kr., selbstverständlich aber nur dann, wenn sie ihren Dienst versehen. Sind sie dienstfrei oder krank, so bekommen sie — nichts. Im Krankheitsfall erhalten die Kondukteure 60 Prozent ihrer Reisebezüge, das ist Kr. 1.20 täglich. Die Bremser erhalten statt der Fahrzulage Kilometergelder, die bei 15- bis 18stündiger Dienstzeit die exorbitante Höhe von Kr. 1.20 bis Kr. 1.40 erreichen. Das Ansehen der Bremser, die Dienstzeit auf 11 Stunden täglich festzusetzen, dem schon aus Rücksicht auf die Sicherheit der Fahrgäste hätte entprochen werden müssen, und bei Mehrinanspruchnahme die darüber hinausgehende Zeit als Ueberstunden zu bezahlen, wurde von der Direktion mit der Drohung der BetriebsEinstellung rundweg abgewiesen. Daß ein Unterläufer — der provisorische Stationsbeamte Herr Strohschneider, der als gewesener Offizier noch heute glaubt, Meutern vor sich zu haben, sich bei dieser Gelegenheit auch die Sporen verdienen und bei seinen Vorgesetzten Viehdien machen wollte, den Bediensteten, die im Personalzimmer über ihre traurige Lage berieten, mit der Gendarmerie drohte, gehört zur vollständigen Charakterisierung des Unternehmens unbedingt hinzu. Mit der Mute jeden Versuch der Bediensteten niederzuschlagen, sich eine menschenwürdige Existenz zu verschaffen, mit brutalen Maßregelungen vorzugehen und die Gendarmerie auf die eigenen Angestellten zu setzen, das ist ein wahrhaft ideales Vorgehen, das von humanem und sozialem Geiste zeugt.

Schließlich kann aber auch die hochlöbliche Direktion der elektrischen Bahn Wien-Baden mit ihren „Preuzböfchen“ bei den heutigen Zeitläuften nicht mit dem Kopf durch die Wand und so hat sich denn der Verwaltungsrat bemüht gesehen, mittels Zirkular 3. 3635 ab 1. Mai 1911 einige Verbesserungen, beziehungsweise Änderungen der Dienstordnung einzutreten zu lassen. Es würde sich empfehlen, dieses Zirkular hier wortwörtlich abjudizieren, damit aus den „Verbesserungen“ — sit vinea verbo — auf die trostlosen Verhältnisse vor der „Regulierung“ geschlossen werden könne. Leider steht uns der notwendige Raum nicht zur Verfügung und so müssen wir uns begnügen, die Zustände kurz aufzuzählen, die selbstverständlich auch nicht den bescheidensten Ansprüchen standhalten. Die Beamten erhalten allerdings ein besseres Ansehen und die höheren eine Erhöhung des Quartiergeldes von 60 Kr., 80 bis 100 Kr. per Jahr, die Unterbeamten jedoch nur 50 Kr. per Jahr und eine Monturpauschalerhöhung von 24 Kr., die definitiven Diener schließlich nur eine Erhöhung des Quartiergeldes um 50 Kr. jährlich. Bedenkt man, daß bei der Dienerkategorie nur die allerwenigsten definitiv sind, so löst der Gesellschaft die ganze „Regulierung“ keine 10.000 Kr. Was bedeutet das für ein Unternehmen, das 40 Millionen reich ist und an einem einzigen Ostersiebertag 10.000 Kr. einnimmt, an den beiden Pfingstfeiertagen 1910 22.000 Kr. an Einnahmen erzielte und an halbwegs schönen Tagen regulär 8050 bis 7000 Kr. hereinbekommt. Dasselbe Unternehmen, das gern bereit ist, im Falle eines Kampfes mit seinen Bediensteten nach dem Ausspruch des Herrn Direktors Veier 30.000 Kr. bis 40.000 Kr. zu opfern, wenn es nur die Angestellten unter den Fuß zwingen kann (gar so sicher ist die Sache nicht und die Katastrophe könnte auch zu Ungunsten des Unternehmens ausfallen), dasselbe Unternehmen erklärt, das die oberwähnte famose „Regulierung“ das Neueste sei, was es für seine Bediensteten tun könne. Bedarf es da noch des Beweises, daß die Behauptung des Verwaltungsrates, die Erfüllung der von den Bediensteten vorgebrachten Wünsche sei unmöglich, da die Einnahmen der Bahnverwaltung zu den Ausgaben nicht im richtigen Verhältnis stehen, jeder Grundlage entbehrt und nicht anders als eine faule Ausrede genannt werden kann? Für einen nutzlosen, wenig aussichtsreichen, in jedem Falle aber kompromittierenden Kampf ist also das Geld da, zur Befriedigung der bescheidenen Wünsche des Personals aber nicht! Aber selbst angenommen, daß die Behauptung auf Wahrheit beruht, würde sie die Bahnverwaltung nicht der sozialen Pflicht entheben, ihren Bediensteten das Minimum dessen zu bieten, was zum Leben unumgänglich notwendig ist. Kann oder will sie das nicht, so möge sie mit der BetriebsEinstellung nicht drohen, sondern sie vollziehen. Ein Drittes gibt es hier nicht, um so weniger, als der Verwaltungsrat in dem oberwähnten Zirkular die Zuteilung ausdrückt, daß das Personal, wie bisher, den Dienst mit größter Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit besorgen werde, womit er selbst ausdrücklich feststellt, daß die Bediensteten ihre Pflicht voll erfüllen. Die Öffentlichkeit erwartet daher, daß auch der Verwaltungsrat das Gleiche tun wird. Es ist für die Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen gewiß zuträglich, wenn sie sich nicht auf den Zukunftspunkt stellt, sondern durch Entgegenkommen den Beweis liefert, daß ihr soziales Empfinden nicht fremd ist und daß sie nur von einigen Scharfmachern über beraten wurde. Wir appellieren daher an die Einsicht des über beratenen, nunmehr aber besser unterrichteten Verwaltungsrates, der, soviel uns wenigstens bekannt ist, die Despoten-

gefüßte der Direktion durchaus nicht teilt und den berechtigten Wünschen der Bediensteten durchaus nicht feindlich gegenübersteht und wir hoffen zuversichtlich, daß der einsichtsvollere Verwaltungsrat es nicht auf eine Kraftprobe ankommen lassen wird, die der Unternehmung viele Sympathien und — was gewiß auch in die Waagschale fällt — große Einnahmen verschmerzen würde. Schließlich muß man ja nicht mit der elektrischen Bahn nach Baden fahren!“

So weit das genannte Blatt. Die Wiener kapitalistische Presse unterstützt die Verwaltung dieser Bahn in der Unterjochung des Personals, indem sie Mitteilungen über die Bewegung auf dieser Bahn unterbrückt. Das wird aber nicht verhindern können, daß weiter die Öffentlichkeit über die Zustände bei dieser Bahn informiert wird. Es wäre auch Aufgabe der Generalinspektion, sich die Dienstentteilung des Ingersdorfer Lastzugpersonals vorlegen zu lassen. Schon am im Ständebuch ersichtlichen ständigen Wechsel des Personals ist erkenntlich, daß vom Personal Uebermenschliches verlangt wird. Die Bahnverwaltung dieser Bahn soll sich nicht in der Meinung erhalten, die Mittel wären erschöpft, sie zur Einführung menschenwürdiger Zustände zu verhalten. Wir werden sehen, ob es angängig ist, ausländischen Kapitalisten konzeptionsmäßig die Ausbeutung österreichischer Staatsangehöriger zu überlassen.

Die Scharfsucht nach der militärischen Disziplin. Der Verkehrskontrollor Schmidt von Selzthal hat militärische Anordnungen. Er hat vor einigen Tagen folgendes Zirkular an alle Stationen versendet:

M. I. Staatsbahndirektion Villach. Abteilung V. Betreff: Meldungen der Zugführer an das k. k. Bahnbetriebsamt in Leoben, Eisenerz, Amstetten.

Die gesamten Zugführer sind angewiesen, sich bei allen Direktionsorganen, vom Verkehrskontrollor aufwärts, sobald sie dieselben in einer Station antreffen, in militärischer Form zu melden. Die Meldung hat zu lauten: Zug. . . ., Wagen. . . ., Tonnen. . . .; besondere Vorkommnisse.

Ferner sind alle dem Zuge erwachsenen Verspätungen und deren Ursachen in klarer und kurzer Form zu melden.

Herr Oberinspektor Schmölzer hat es beantragt, daß sich wiederholt Zugführer bei ihm nicht gemeldet haben.

Es wird erwartet, daß sich Zustände in dieser Richtung nicht mehr ergeben, da sonst im Interesse einer strengen Disziplin zu strengeren Maßnahmen gegriffen werden müßte.

Verkehrskontrollor im Selzthal: Schmidt m. p. 9/VI 1911.

Offentlich bleibt es nicht bei diesem Versuch, eine stramme Disziplin einzuführen. Zu empfehlen wäre noch weiters die Durchführung: Die Zugpartie hat sich bei der Ankunft in der Front vor der Station aufzustellen, sodann wird „Rechts nicht euch!“ und die Kopfpfeilung kommandiert, worauf erst die Meldung zu erfolgen hat. Was ein Kontrollor für schwere Sorgen hat! Leider vergaß er zu sagen, ob den höheren Organen, wenn sie in Zivilkleidung sind, auch die militärische Meldung zu machen ist.

Wien-Westbahnhof. Sparen auf Kosten der Betriebssicherheit kann jene Verfügung der k. k. Staatsbahndirektion Wien genannt werden, welche ab 1. April l. J. die Auslösung der Kondukteure bei den Lokalzügen in der Strecke Wien-Westbahnhof-Wien-Kraibitz, beziehungsweise Unter-Sekendorf anordnete. Bei den genannten Zügen ist der Zugführer seit dieser Zeit nur allein zur Ueberwachung der Reisenden beim Aus- und Einsteigen und während der Fahrt verantwortlich und hat derselbe nebst Führung des Stundenpostes und Wagenausweises noch folgende Obliegenheiten: Die Uebernahme des Reisegepäcks und Eilgutes, beziehungsweise Schließung derjenigen Koffi, welche in den Zwischenstationen zu geladen werden und Bereitlegen jener Koffi, welche in den einzelnen Stationen und Haltestellen zur Ausladung gelangen. Außerdem hat er noch entweder die Dienstkorrespondenz oder die Briefpost bei gewissen Zügen, auch Kassen, von und zu den Haltestellen zu befördern. Wenn nun in Betracht gezogen wird, daß die Fahrzeiten von Haltestelle zu Haltestelle meistens nur 2 bis 3 Minuten betragen und der Zugführer während dieser Zeit das Schlichten der zugeladenen, beziehungsweise gerichteten der ausgeladenen Koffi zu besorgen hat, und ihn überdies noch das Einrangieren der übernommenen und gerichteten der herauszugehenden Korrespondenz oder Post obliegt, so ist es wohl nicht zum wundern, daß zur Beobachtung der Signale und des Zuges während der Fahrt keine Zeit übrigbleibt, weil die betreffenden Zugführer froh sind, wenn sie mit oberwähnten Arbeiten bis zum nächsten Anhalten des Zuges fertig werden. Hierzu kommt noch das Auffinden und Abnehmen der Signale bei außergewöhnlichen Föle oder Gegenzügen sowie bei Nacht die Kontrolle über das vorgeschriebene Bremsen der Schlußsignale und eventuelle Hebung von vorkommenden Mängeln (Verföschung u. s. w.) bei diesen Signalen. Früher, das heißt zur Zeit, als bei diesen Zügen noch ein Stodmann eingeteilt war, hatten zwar die Zugführer auch Gepäck, Eilgut, Korrespondenz und Post zu befördern, aber wenn schon der Zugführer während der Fahrt durch diese Arbeiten in Anspruch genommen war, so blieben doch noch immer die Augen des Kondukteurs zur Beachtung der Signale und des Zuges während der Fahrt. Der Zugführer, welcher in allen Haltestellen die Expedition des Zuges selbst zu besorgen hat, befindet sich bei diesen Zügen, welche normal aus sechs Wagen bestehen, am letzten Wagen. Der Aufenthalt in sämtlichen Haltestellen beträgt eine halbe Minute, in dieser Zeit muß er erst übergeben und übernehmen, dann heruntersteigen, mindestens den halben Zug abgehen, um die Ueberzeugung vom vollständig vollzogenen Aus- und Einsteigen zu gewinnen. Damit er aber während der Fahrt wieder auf den letzten Wagen sein kann, muß das Absteigen, Vorgehen, Zurückgehen und Aufsteigen infolge des kurzen Aufenthaltes in fortwährender Hast geschehen, so daß die betreffenden Zugführer die Gliedmaßen eines tüchtigen Krobaten brauchen. Der Zweck dieser Zeilen soll sein, die maßgebenden Faktoren, insbesondere die Generalinspektion, auf die Verkehrssicherheit dieser Züge aufmerksam zu machen. Die betreffenden Zugführer, welche man bei einem eventuellen Ueberfahren eines Haltsignales bei einer Streifung, Entgleisung u. s. w. gewiß zur Verantwortung ziehen wird, lehnen so lange jede Verantwortung ab, als man diesen Zustand weiter bestehen läßt. Schließlich verweisen diese Zugführer auf die vom Passagieren verübten Wagenbeschädigungen, als gebrochene Fenster, abgeschnittene Fensterriemen u. s. w., bei denen sich durch oben geschilderte Häufung der Obliegenheiten nie ein Erfaß herbeibringen läßt. Diese Zustände sind geeignet, Katastrophen herbeizuführen, wie sie in Berlin und anderen deutschen Städten in letzter Zeit vorgekommen sind.

Von der Streckenleitung Olmütz, Nordbahn. Die maßgebenden Herren der Streckenleitung Olmütz, Nordbahn, verweisen, daß nicht einzelne Privilegierte allein, sondern daß jeder Mensch das Recht auf eine menschliche Existenz hat. Die Streckenleitung in Olmütz bekommt keine Oberbauarbeiten, weil hier kein Mensch bei dem Lohn von Kr. 1.90, die alten Familienväter mit ihrem höchsten Lohn von Kr. 2.30, leben kann. Jetzt ist die Streckenleitung auf die Idee gekommen, anstatt einheimische Arbeiter aufzunehmen, Fremde (Slowaken) herzuatzen, um dieselben für diese Schandlöhne gründlich

auszubenten. Diese indifferenten, unorganisierten Leute konnten aber mit diesem Schuldlohn, trotz der Entbehrungen, die sie sich auferlegen, ebenfalls nicht existieren, und da ihnen auf ihre Bitten um Aufbesserung geantwortet wurde, die k. k. Nordbahnverwaltung hat jede Aufbesserung für Oberbauarbeiter verboten, ließen sie, über 20 Mann stark, am 31. Mai 1. J. die Arbeit im Stich und zogen in ihre Heimat davon. Jetzt hat die Streckenleitung in Olmütz keine Leute und die Anlagen sind in höchst vernachlässigtem Zustand. Wir machen die breite Öffentlichkeit auf diese Zustände aufmerksam. Wenn Folgen dieser Zustände sich einstellen werden, wird man die an diesen Schuldigen nicht weit zu suchen haben.

Von der Salzamergut-Lokalbahn. Das Benehmen einzelner maßgebender Persönlichkeiten der Direktion dieser Bahn sowie das der Unternehmung selbst den Bediensteten gegenüber zwingt uns, von Zeit zu Zeit der Öffentlichkeit bekanntzugeben, unter welchen Umständen das Personal dieser Gesellschaft zu leiden hat. Wir müssen uns in erster Linie mit einem Herrn beschäftigen, dessen Hauptaufgabe darin besteht, das ihm unterstellende Personal auf alle mögliche Weise zu schikanieren und zu verächtigen. Dieser Herr, welcher auf den Namen Wiedermann (ein Name, der zu den Umgangsformen dieses Herrn nicht paßt) hört, und Inspektor genannter Bahn ist, läßt an Brutalität seinen Untergebenen gegenüber nichts zu wünschen übrig. Nicht genug, daß er in der Werkstätte und im Heizhaus bei jedem geringfügigen Anlaß herumbrüllt, wobei die Trolche, Koffer u. s. w. nur so herumfliegen, findet es derselbe für nötig, Bedienstete indirekt des Diebstahls zu verächtigen, was nachstehender Fall beweist. Am 15. Juni wurde dem Herrn Inspektor wie immer das Geld zur Auszahlung der Werkstättenzulage von der Direktion angewiesen. Nun besteht in der Werkstätte der Aufs, daß einer der Arbeiter früh und mittags die Kasse dieses Herrn aufräumen muß. An diesem Tage hatte diese Arbeit der Hilfsrevisionschlosser Rohl zu verrichten. Nun fehlten dem Herrn Inspektor auf einmal 60 Kr. vom Auszahlungsgeld, und konnte der Herr sich das Fehlen derselben nicht anders erklären, als daß besagter Arbeiter der Unethik sein mußte, weshalb ihm Herr Wiedermann in einem Tone entgegentrat, der als eine direkte Verächtigung bezeichnet werden muß. Nachdem sich der Herr Inspektor weidlich ausgegimpft hatte und von der Direktion die Versicherung erhielt, daß der Betrag stimmen muß, wurde nochmals nachgesehen, und siehe da, das Geld steckte noch vollzählig in dem Leinwandtäschchen, und der Herr Inspektor hatte die Genehmigung, wieder an einem Arbeiter seinen Mut gefühlt zu haben. Von einer Entschuldigung für das begangene Unrecht keine Rede. Nun, Herr Inspektor, wenn Sie schon glauben, daß in der Kasse niemand herumzutroteln hat, so müssen Sie sich schon das Aufkämmen selbst besorgen, um nicht in die Lage zu kommen, einen armen, aber ehrlichen Arbeiter zu verächtigen. Es wäre besser und nützlicher für Sie und Ihre Bediensteten, wenn Sie sich um die sanitären Verhältnisse und andere Unzukömmlichkeiten in der Werkstätte und den Heizhäusern kümmern würden, wenn Sie zum Beispiel, nachdem Sie ja selbst in der Werkstätte wohnen, dafür Sorge tragen würden, daß für Trinkwasser vorgesorgt wird. Wenn Sie Sorge tragen würden, daß der Rettungswagen zugänglich und auch gefüllt ist, wie es das Gesetz erfordert u. s. w. Sie würden sich die Sympathien des Ihnen unterstellten Personals erwerben und hätten bei weitem nicht so viel Zeit, das Personal zu schikanieren und verächtigen. Aber es ist ja das herrschende Prinzip, nach oben kriechen und nach unten drücken und drangsalieren, den Neujahrremunerationen zuliebe. Im weiteren müssen wir auch das Verhalten der Direktion dem Personal gegenüber einer kurzen Kritik unterziehen. Ungeachtet des Umstandes, daß eine Befehlsübertragung über das Vorgehen gewisser Vorgesetzter immer resultatlos endet, ist es auch weiter ein, gelinde gesagt, inhumanes Vorgehen, wenn sich die Unternehmung gegenüber dem im Verhältnis zur gegenwärtigen Teuerung minimalen Forderungen des Personals so reaktionär verhält, wie es bisher der Fall war, wobei jede Ausrede herhalten muß, daß zum Beispiel der Herr Präsident krank ist (ob's mehr ist?), daß der Herr Vizepräsident keine Ermächtigung hat, Verhandlungen anzubahnen und auch kein Sachmann ist! Wir wissen genau, daß dies alles nur ein Mandat ist, um den heiligen Profit zu retten, und wir wissen, daß man uns auf den Herbst vertrauen will, um uns dann mit allen Mitteln zu knebeln, unsere Vertrauensmänner zu maßregeln und dergleichen schöne Sachen mehr. Wir wissen ferner, daß der Herr Direktor alles aufbietet, um gegebenenfalls Streikbrecher aus München und aus der Lokomotivfabrik Kraus in Linz zu erhalten, aber es kann der Fall eintreten, daß im Falle einer Maßregelung seiner Bediensteten der so schön ausgebaute Plan des Herrn Direktors an dem Solidaritätsgefühl des in Betracht kommenden Personals scheitern wird. Dem Personal aber rufen wir zu: Stehen in den Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein bis auf den letzten Mann, dann werden wir in der Lage sein, solchen Zuständen entschieden und wirksam zu begegnen.

Korrespondenzen.

Gleisdorf. Es ist nun doch einmal notwendig, dem Herrn Stationsvorstand von de Castelle in der Öffentlichkeit entgegenzutreten. Durch die Reduzierung der Bedienstetenanzahl wurde Gleisdorf eine der elendesten Schinderstationen. Der Stand an Arbeitern für das Magazin soll 7 Mann betragen. In Wirklichkeit müssen meist 2 bis 3 Mann die Arbeit für den normierten Stand leisten, da zwei zum Verschub, einer als Lampist und Hauspatz für die „Gnädige“ und einer als Wäpfer verwendet wird. Wenn wenigstens eine menschenfreundliche Behandlung gepflegt würde, die den früheren Herren Vorständen zu eigen war, ließe sich so manches leichter überwinden. Wenn Herr van de Castelle das Buch: „Umgang mit Menschen“ je gelesen hätte, so müßte er sich schämen, vor dem Publikum mit den Bediensteten wie ein Sautreiber herumzuführen. „Schädel herunterreißen“, „Spudnapf auslecken“, das sind so die Ausdrücke, die der Leuteschinder Castelle über die Lippen bringt. Fürwahr ein Prachtexemplar eines Deutschschreibers, der auch als Wahlagitator in Uniform die Bediensteten anzuschmauzen wußte, um zu erfahren, wen sie wählen, beziehungsweise wie sie gewählt haben. „Sie haben auch so gewählt wie Ihre Signalfahne“, das war am 13. Juni van de Castelle's Wutgekrei. Er war wohl Wähler und Wahlmacher, hat aber nicht die dem Wahlgesetz erforderliche Seriosität. Seine Wahlagitation betrieb er nur zu dem Zweck, um sich bei den Gleisdorfer nationalen Stimmenerpressern, die ihn ohnehin auch nicht mehr leiden mögen, wieder einzufügen. Da aber die Gleisdorfer bis auf zwei gutbesessene Leinwäpfer, sich in ihrer freien Wahl nicht beeinflussen ließen, kennt nun der Herr mit der Auszeichnung in seiner Hut keine Grenzen. Anstatt Bediensteten vorzuführen, „Ihr werdet schon noch mehr drauzahlen“, stünde es besser, dem § 20 der Dienstordnung mehr Beachtung zu schenken. Auch das Amtsblatt Nr. 50 vom 9. Dezember 1905, S. 173, muß dem Herrn — weil das Maß der Feinigkeit schon einmal voll ist — unter die hohe Nase gerieben werden. Das gibt es einfach nicht, daß ein Bediensteter als Hauswärtel einer Gnädigen, anstatt bei dringender Arbeit im Magazin zu sein, im Markt mit der Einkaufsliste herumrennen muß. Außerdem sich von der Gnädigen noch anfeuern zu lassen, geht denn doch über die Gebühr eines normalen

Menschen. Genug, wenn das längst verbotene Brennmaterial beistellen in die Wohnungen von Bediensteten dennoch besorgt wird, um die diversen Stationsgewaltigen halbwegs zu befriedigen. Dem Magazinmeister Neubauer und dem Magazinbediener Sirschmann müssen wir ebenfalls nahelegen, zu all der Schinderei von Bediensteten etwas mehr auf Charakter und Behandlung, dafür weniger auf Kriecherei vor dem Leuteschinder Castelle zu halten. Wenn diese Station sich nicht bald von Kopf aus ändert, müssen aus Willkür Aktenstücken in Bewegung gesetzt werden, um reine Luft zu machen. Da Beschwerden alle nutzlos wären und nur zu weiterer Verhöhnung von Bediensteten führen würden, kann nur mehr der Kranger der Öffentlichkeit wirken.

Leoben. (N. k. Staatsbahn.) Der allergrößte Teil des Personals der Domizilstation Leoben hat schon mehr oder weniger die Erfahrung gemacht, daß der Herr Inspektor Fuchs als Vorstand gerade kein Menschenfreund zu nennen ist. Was sagt die Dienstordnung im § 20:

Durch sein Beispiel, seine Unparteilichkeit, durch ein festes, aber wohlwollendes Benehmen soll der Vorgesetzte die Achtung seiner Untergebenen als das sicherste Band der Disziplin persönlich zu gewinnen wissen.

Wie geht der Herr Fuchs bei der Erteilung von Urlauben vor? Wenn ein Bediensteter zu einem Leidenbegännis um kurzen Urlaub bittet, so sagt der Vorstand: „Müssen Sie da auch dabei sein?“ oder: „Geht es ohne Sie nicht?“ In Fällen von schwerer Krankheit der Frau oder von Vater und Mutter, wenn der Bedienstete sich frei bittet, sagt der humane Mann: „Ja, Sie müssen mir eine Bestätigung bringen, daß das so ist, das kann ja jeder sagen!“ Ein Mann hat um Urlaub, da sein Vater sterbenskrank war, er erhielt nicht Urlaub. „Schreiben Sie Ihrem Vater, er soll noch warten“, hieß es. Also kein menschliches Gefühl, sondern noch Worte von Spott und Hohn, die die Wittsteller verletzen müssen. Auch dann, wenn er den Urlaub doch erteilen muß, kann sich der Inspektor nicht zu einem kurzen „Ja“ entschließen. Ueber die Erteilung von Erholungsurlauben weiß fast jeder Bedienstete ein Lied zu singen, in welcher Weise vorgegangen wird, um dieselben zu beschränken. Jede Gelegenheit ist erwünscht, eine Ausrede zu haben, da sind die Waffenspiege, dann wieder etwas mehr Stärke, ein stärkerer Verzeß und anderes. Alles muß dazu helfen, die Erholungsurlaube wesentlich zu beschränken, so daß ein großer Teil von Bediensteten überhaupt vor dem Winter nicht an die Reihe kommen kann. Da der Vorstand gerade hier so sehr spart, wo es gegen die Bediensteten geht, muß ihm auch einmal entgegengehalten werden, wo er nicht immer spart, sondern daß er auch den Säckel der Bahn zu seinem Vorteil in nicht gerade bescheidener Weise in Anspruch nimmt. Es ist wahrlich unter dem Personal kein Geheimnis geblieben, daß er schon im vergangenen Winter durch lange Zeit im Keller unter seinem Bureau einen Magazinsarbeiter als Tischler beschäftigte. Im Garten neben der Station, welcher zur größeren Hälfte dem Vorstand gehört, arbeitet seit langer Zeit täglich ein Magazinsarbeiter als Gärtner. Es wurde dort ein Wasserbassin gebaut und eine Rohrleitung gelegt. Daran wurde wochenlang gearbeitet, doch nicht auf Kosten des Vorstandes. Nun eine Frage an den Herrn Vorstand, ob er durch sein Beispiel bei dem Personal an Achtung gewinnt? Jene Tage summiert, welche der Gärtner im Gemüsegarten, der Tischler im Keller verbracht hat und noch andere Tage mehr, geben eine große Zahl von Urlaubstagen, die dem Personal entzogen werden, weil ja der Magazinsarbeiter in letzter Linie den Ersatz bildet. Nun soll noch das Straffsystem des Herrn Fuchs beleuchtet werden. Da heißt es in der Dienstordnung: Von der ihm eingeräumten Strafgewalt soll der Vorgesetzte gegebenenfalls nur nach reiflicher Ueberlegung und leidenschaftslos Gebrauch machen und durch die Form der Verstrafung eine nachdrückliche Wirkung auf das Pflicht- und Ehrgefühl zu erzielen trachten. Einige Beispiele über Unparteilichkeit zur Erzielung der Disziplin sollen hier Platz finden.

- 1. Kondukteur G. erscheint in der Station F. gar nicht zu seinem Zug, fährt nach A., macht dann in F. ganz peinliche Ständale, kommt noch zwei Tage nicht in den Dienst und muß von Leoben aus zur Rückkehr aufgefordert werden. Strafe 2 Kr.
- 2. Kondukteur Hg. erscheint wiederholt betrunken zum Dienst und wird dann einmal vom diensthabenden Beamten abgesteckt. Strafe 2 Kr.
- 3. Kondukteur Sch. besorgt auswärts eine wichtige Familiensache, verläßt den Anschlusszug, kann daher nicht rechtzeitig in den Dienst kommen. Strafe 8 Kr.
- 4. Oberkondukteur N., der wiederholt auswärts wegen Trunkenheit abgelöst werden mußte, kommt stets mit blauem Auge davon.
- 5. Kondukteur F. im Krankenstand befindlich, begleitete seine schwangere, kranke Frau ins Krankenhaus nach Graz, ohne sich in der Station oder beim Bahnarzt vorher anzumelden. Strafe 5 Kr.
- 6. Kondukteur F. erscheint nicht zum Zug im Domizil, er gestand, daß er zu viel getrunken und entschuldigte sich. Strafe: Antrag des Vorstandes auf Disziplinaruntersuchung. Die Direktion nahm jedoch Rücksicht auf die Straflosigkeit und bisher tadellose Dienstleistung und strafte mit 5 Kr. Gehaltsabzug.
- 7. Kondukteur M. erscheint auch nicht zum Zug wegen Trunkenheit, wurde mit 10 Kr. gestraft, obwohl er jahrelang strafflos dient und kein Säuser ist.

Ein Vorstand, der sein Strafrecht in obiger Art ausübt, kann mit bestem Willen nicht mehr als unparteiisch betrachtet werden. Ein Entschuldigungsgrund muß ihm jedoch zur Seite stehen: er hat zu wenig Zeit für das Personal. Seine vielseitige Beschäftigung nimmt ihm zu viel Zeit weg, der Beruf als Vorstand wird ihm fast Nebenache. Die Achtung, das Ansehen des Herrn Inspektors als Vorgesetzter von mehreren hundert Bediensteten erfährt dadurch eine wesentliche Kräftigung.

Ufking. Das slowenische Blatt „Jugoslavanski Zeleznikar“ brachte in der letzten Nummer 10 einen Artikel, in welchem meine Person angegriffen wurde und der mir zur Last legte, daß ich ein Baugrunder und Denunziant bin; ferner, daß ich die Arbeiter verfolge und dann den Vorgesetzten zur Anzeige bringe. Nachdem das eine Lüge sondergleichen ist, fordere ich den Einleger des betreffenden Artikels auf, Beweise für seine Behauptungen zu liefern, widrigenfalls ich ihn als gemeinen Lügner und Verleumder erkläre.

Ludwig P i l w a d s, Oberheizer in Ufking. Weipert. In der am Donnerstag den 1. Juni in Komotau stattgefundenen nationalen Eisenbahnerversammlung, bei der samt den Komotauer Parteigrößen, wie Dr. Storch u. s. w. die Herren Dienstvorstände mit einer Anzahl anderer Beamter und einiger unserer Genossen nur etwa 60 Personen anwesend waren, um den Worten des Ministerstellers und Eisenbahnerverrätters Pacher zu lauschen, fand es der Oberkondukteur Fischer für notwendig, uns zu beschimpfen, weil unser „Eisenbahner“ vom 20. Mai eine Kritik über die Behandlung des Weiperters Personals von Seiten unseres Vorstandes enthielt. Er meinte, daß die Vorstände das Personal mit Glacéhandschuhen anfassen müssen, um ja keinen Bediensteten zu beleidigen. Wir wollen uns nicht mit der Person des Fischers allzusehr befassen. Ueber solche Leute, die ihre Gesinnung wie die schmutzige Wäsche wechseln, geht man zur Tagesordnung über. Aber charakteristisch ist es, daß derselbe als eine führende

Person beim Reichsbund in Gegenwart des Herrn Wahlwerbers Pacher und in Gegenwart des Vorstandes Inspektors Fischer das höchste menschliche Behandlung, das sich das Personal durch die rote Organisation erlangen hat, beurteilt, und daß er die Zeiten zurückwünscht, in welcher das Personal wie die Sklaven behandelt wurde. Daß sich ein Reichsbündler finden konnte, der einen Vorstand in Schutz nahm, der glaubt, noch im Zeitalter der Sklaverei zu leben, ist bezeichnend für die Beschaffenheit der nationalen Arbeiterbewegung und es ist dies ein Zeichen, wie die Interessen der Arbeiterschaft in dieser Organisation gewahrt sind. Darum, ihr Sklaven des geflügelten Nades, wenn ihr euch eine menschliche Existenz erlangen und erhalten wollt, müßt ihr Mann für Mann hinter unserer Organisation stehen, und solchen Organisationen den Rücken kehren, die ihr Dasein auf Schwindel und Betrug aufbauen. Dem Herrn Fischer wollen wir nur raten, nicht zu viel an die Sonne zu gehen, sonst müßten wir mit Material aufwarten, das ihm nicht angenehm sein dürfte.

Wien. (Staatsbahnhof.) Vor allem müssen wir uns mit der Person des „Gottschesken“, mit Herrn kaiserlichen Rat Lindinger befassen, um ihm den „Ruhm“ der dauernden Erinnerung bei den Eisenbahnern zu verschaffen. Der Mann laugt geradezu herrlich für seinen Posten als Stationsvorstand eines Wiener Bahnhofes. Wahr ist es, daß ihm übermäßiges Wissen nicht plagt, dafür hat er eine für seine Stelle geeignete Tambourgestalt, kann grabstäblich ausgeblasen am Perron promenieren, wie es sich für so hohen Herrn schickt; die devoten Gräße seiner Untergebenen ignorieren und bei Ankunft irgendeines obskuren Balkanprinzleins zehnten Ranges fleißig mit der Nase den Perronstaub aufwischen. Doch höret und staunet: auch „Er“ macht Dienst, indem er von Zeit zu Zeit frägt: „Ist alles in Ordnung?“ Wenn sich seine Untergebenen auch mit dieser Art des Dienstmachens befunden würden, so dürfte wohl in kürzester Zeit bei den primitiven Bahneinrichtungen so mancher Zug zusammenbrechen. Um seine weiteren Kenntnisse zu illustrieren, teilen wir mit, daß Herr Vorstand Lindinger auch reden kann. Sein Vortragsweise besteht nämlich nur aus zwei Worten: „ja“ und „nein“, denn die Eisenbahner bekommen von ihm nichts anderes zu hören. „Ja“, wenn irgendein Beamter mit einem Strafentwurf gegen einen Bediensteten kommt, und sei dieser noch so unschuldig; „nein“, wenn die Bediensteten noch so eine geringfügige Bitte haben. Da der Vortragsweise des Herrn Rates aber so arm ist, macht er um so größeren Gebrauch von ihm, indem er dreimal „ja“, respektive dreimal „nein“ sagt. Einen seinem Herrn und Meister gleich würdigen Knappen besitzt Ritter Lindinger an dem Adjunkten P e k o v i t s. Beamte konnten bisher den goldenen Fragen entweder durch Lächlichkeit, dies allerdings mit weniger Aussicht, oder durch Protektion erreichen. P e k o v i t s will eine dritte Art einführen; er will den Goldfragen „erbrüllen“. Der ganze Bahnhof hallt von den nicht menschlichen Lauten dieses Herrn wider. Die Darwinische Theorie ist hier unbedingt bestätigt. P e k o v i t s hat von seinen Vorfahren, die in den Wäldern als „Brüllaffen“ herumkletterten, das Brüllen in sein menschliches Dasein übernommen. Daß dieser Herr durch sein Brüllen sehr oft seine Unkenntnis des Dienstes bemängeln will, wissen die Eisenbahner sehr genau. Anordnungen zu treffen, die der helle Wahnsinn sind, bei denen die geraden Glieder der Bediensteten in höchster Gefahr sind, das versteht dieser Herr; befolgt man selbe nicht oder wagt gar eine schüchterne Einwendung, sofort verärgertes Gebrüll und 2 Kr. Strafe, die dann immer von dem dienstkundigen Herrn Rat ausnahmslos bestätigt wird. Am ganzen Wiener Staatsbahnhof herrscht nur eine bange Frage: Wann wird Herr Rat in die „wohlverdiente“ Pension gehen, um seine segensreiche Tätigkeit vielleicht bei Leidenbegännissen als Paradeleiter auszuüben? Auch bei Herrn P e k o v i t s muß die Frage, ob man ihn zur Direktion oder hinter einen Käfig steckt, bald gelöst werden. Sollten diese Fragen bald zur Zufriedenheit des Personals gelöst werden, dann wird Recht einkehren auf diesem Bahnhof, gewiß zum Wohle und Gunsten des Betriebes und der Passagiere. Um die notwendige Dienstfreudigkeit herzustellen, wäre es wünschenswert, daß die praktischen Vorschläge und Wünsche des Personals berücksichtigt würden, da wir aus Erfahrung wissen, daß Herr Rat die zu diesem Zwecke notwendige Auffassung niemals besitzen wird, möge die Direktion eingreifen. Zum Schluß bringen noch alle unter der Knute des Herrn Rates schuftenden hungernden Eisenbahner so viel Humor auf, um diesem Herrn baldigen Urlaub zu wünschen; dieser möge bis zum Ende seines Lebens dauern. Trotzdem wir gewohnheitsgemäß einen Gegengruß nicht erwarten, schließen wir mit einem „Ergebenster Diener, Herr Rat“.

Marburg. Wir erhalten folgende Berichtigung: Obliche Redaktion des „Eisenbahner“, zu haben des verantwortlichen Redakteurs Herrn Franz Vill.

Unter Berufung auf den § 19 des Pressgesetzes ersucht die gefertigte Vereinsleitung bezüglich des in der Nummer 16 des „Eisenbahner“ vom 1. Juni 1911 auf Seite 12 unter der Ueberschrift „Marburg“ enthaltenen Artikels um die Aufnahme nachstehender Berichtigung, und zwar in der zunächst erscheinenden Nummer des „Eisenbahner“ sowohl bezüglich des Ortes der Einreichung als auch bezüglich der Schrift in der gleichen Weise:

Es ist unwar, daß es im allgemeinen Verband der Südbahnbediensteten in Marburg Leute gibt, die ihre Funktionen im wirtschaftlichen Verein dazu benützen, die Wahlen aufzubrechen der Alldeutschen Dr. Wanek im Namen dieses wirtschaftlichen Vereines zu fertigen. Wahr ist hingegen, daß die Funktionäre des allgemeinen Verbandes der Südbahnbediensteten in Marburg, die Herren Burndorfer, Voit o t u t t i quanti niemals einen Wahlaufbruch des Alldeutschen Dr. Wanek fertigten.

Die Vereinsleitung: Josef Burndorfer, Obmann. Karl Kramberger, Obmannstellvertreter. Johann Voit, Schriftführer. Josef Rofcher, Schriftführerstellvertreter. Saalfelden. Der im Staatsbahndirektionsbezirk Innsbruck satzhaft bekannte Oberkondukteur Franz Stummer kann es nun einmal nicht unterlassen, sich in Zeiten schlechter Laune sein Mütchen an seinen Untergebenen zu fohlen. Es geschah, daß ein Kondukteur der ihm zugeteilten Partie morod wurde, wofür ihm ein Mann von den Reizebediensteten zugeteilt wurde. Auf derart zugeteilte Leute scheint es Herr Stummer erfahrungsgemäß besonders abgesehen zu haben, und so mußte auch dieser Bremser seinen launenhaften Charakter zu fohlen bekommen. Gelegentlich der Bremsenverteilung bei Zug Nr. 65 vergaß dieser Bremser die Nummer der ihm zugewiesenen Bremse, besetzte jedoch die richtige, da ein anderer Zugbegleiter um die Nummer der Bremse wußte. Herr Stummer erfuhr dieses in Börgl und konnte darüber so in Born geraten, daß er die Gelegenheit, daß Zug Nr. 68 einspannig verkehrte, benützte, diesen Bremser einfach zurückzulassen, trotzdem laut Vereinbarung der übrigen Zugbegleiter einen anderen das Zurückbleiben getroffen hätte. Herr Stummer, wir fordern Sie auf, solche Maßregelungen zu unterlassen, weil Sie überhaupt dazu nicht berechtigt sind. Sie haben ja ein probates Mittel, wenn Ihnen etwas von Ihren Zugbegleitern nicht richtig erscheint, und dieses ist der Stundenpaß. Auch können Sie sicher glauben, Herr St u m m e r, daß Ihnen gewiß keine Träne nachgeweint werden wird, wenn Sie verfehlt werden, da ja die Zugbegleiter von Saalfelden Ihre Verletzung sehr bald wünschen, als Sie selbst.

### Verfassungsberichte.

Jägerndorf. Einen Vorgang, der eine nähere Charakterisierung verdient, müssen wir heute an dieser Stelle festhalten. Die Bedienung, das Wohl um die Günst der Vorgesetzten hat wohl schon so manche Blüten gezeitigt, aber die Palme dürfte sich unstrittig der Herr Wertmann in der Staatsbahnverfassung in Jägerndorf verdient haben, der es vom ehemaligen Sozialdemokraten nun zum Speichellecker gefährlichster Sorte gebracht hat und nun, wie alle derartigen Charaktere, mit offenen Armen aufgenommen wird. Vorige Woche fand in Plebens Restaurant in Jägerndorf eine Wählerversammlung des Herrn Dr. Oberleitner statt. Wo die höheren Beamten der Staatsbahn in Aktion treten, darf selbstverständlich der Herr Fuhrmann nicht fehlen, trotzdem er als Wähler der Gemeinde Weiskirch dort nichts zu suchen gehabt hat. Aber wo soll er sonst seine Unterwürfigkeit bezeigen wenn nicht bei einer solchen Angelegenheit. Und so sprach er denn in dieser Versammlung, um, wie er selbst betonte, Herrn Oberleitner den Dank auszusprechen, weil ihm dieser einmal einen Brief zugesandt hatte. Aber sofort kam der Vater des Gedankens zum Vorschein: er hat sich in einer Angelegenheit an den damaligen Abgeordneten Tuppah gewendet, der ihm später durch einen seiner Arbeitskollegen die Antwort zusandte, die freilich genau desjenigen Inhalts war wie das Schreiben des Abgeordneten Dr. v. Oberleitner. Genosse Tuppah, dem man diese niederträchtige Kampfesweise mitteilte, hatte nun in der letzten Oberleitner-Versammlung in Jägerndorf wohl erst kurz vor Schluß der Versammlung Gelegenheit, auf dieses Gerücht einzugehen, das in dieser Versammlung der Herr Landtagsabgeordnete Andratschke verzapft hatte. Die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, ist folgende: Herr Fuhrmann fuhr eines Tages, denn bei ihm kommen derartige Pläne plötzlich, nach Wien, ging ins Parlament und verlangte dort, vor den Finanzminister geführt zu werden, damit dieser ihn in eine niedrigere Steuerklasse mit seinem Hause einreihe. Ohne eine vorherige Verständigung und ohne ein vorheriges Prüfen der ganzen Angelegenheit war das nicht möglich, trotzdem versuchte Genosse Tuppah mit dem Finanzminister darüber zu unterhandeln. Es war nicht möglich, diese Besprechung sofort erlangen zu können und so mußte Fuhrmann wieder zurückfahren, mit der Versicherung, daß Genosse Tuppah diese Angelegenheit betreiben würde. Das ist nun geschehen und mit der Mitteilung aus dem Finanzministerium, daß die Melursfrist verstrichen — was Herr Fuhrmann selbst verschuldet hat — und in diesem Falle eine weitere Verfügung nicht mehr getroffen werden könne, wurde diese Angelegenheit erledigt. Diese Mitteilung ist sodann Herrn Fuhrmann durch einen seiner Arbeitskollegen zugestellt worden und diese deckt sich vollkommen mit der, die Herr Oberleitner gegeben hat. Nun aber ruhte diese Angelegenheit noch nicht. Die unrichtige Einschätzung der Wohnbestandteile hat einzelne Hausbesitzer in Weiskirch ungleichmäßig zur Steuerleistung herangezogen. Nun hat sich abermals Genosse Tuppah der ganzen Angelegenheit angenommen. Es wurde über sein Betreiben und Verlangen das Material gesammelt, eine Konferenz in der Gemeindefanzlei in Weiskirch abgehalten, eine Deputation nach Wien entsandt, die Genosse Tuppah führte, kurz, es wurde getan, was möglich war, um diese Angelegenheit zu betreiben. Nun ist die Angelegenheit so weit gediehen, daß bereits die Jägerndorfer Steuerbehörde über Aufforderung des Finanzministeriums einen Bericht über diese Eingabe abgesandt hat, der nichts anderes enthalten konnte als die Feststellung unserer Angaben und die Bitte, im Sinne der Gesuchsteller zu entscheiden. Das der wahre Sachverhalt. Genosse Tuppah, der in dieser Angelegenheit alles unternommen, mehrmals zur Zeit, als das Parlament nicht tagte, nach Wien fuhr, um diesen Akt zu betreiben, der mehrere Male in der Wohnung des Herrn Fuhrmann erschien und mit diesem und den anderen Interessenten über diese Sache Verhandlungen gepflogen hat, muß sich jetzt für diese Arbeit in einer so niedrigen Art und Weise bedanken lassen. Aber das alles ist ja verständlich. In der ersten Stuhlreihe in der Oberleitner-Versammlung beim Tiroler sah neben dem Herrn Bürgermeister Kienel, dem Oberkommissar der Staatsbahn Herrn Giesmann und den oberen Beamten der Bahn Herr Fuhrmann. Das sagt alles. Und als Genosse Tuppah die Frage stellte, welcher Preis bei einer derartigen Kampfesweise zu verdienen sei, so wahrte sich dagegen nur Herr Andratschke, aber Herr Fuhrmann, trotzdem er von Herrn Andratschke dazu aufgefordert worden war, schwieg. Die Bevölkerung von Weiskirch mag sich ihr Urteil bilden.

**Bozen I.** Freitag den 2. Juni 1911, um 8 Uhr abends, fand im heiligen Gewerkschaftshaus eine freie allgemein zugängliche Eisenbahnerversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die letzten Errungenschaften der Organisation für die Arbeiter der Südbahn. 2. Die nächsten Aufgaben der Arbeiterausschüsse für die Südbahnarbeiter. 3. Das Parlament eine Lebensfrage für die Eisenbahner Oesterreichs. Referent: Genosse Franz Somitsch aus Wien. Die von zirka 130 Personen besuchte Versammlung wurde von den Genossen August Stanzl, Josef Knauff und Karl Egger geleitet. Genosse Somitsch brachte in seinem dreistündigen Referat einen sachmännischen und interessanten Bericht über die letzten Errungenschaften der Organisation für die Arbeiter der Südbahn. Nach Gegenüberstellung der Behandlung der Vertrauensmänner in den früheren Jahren und heute von seiten der Direktion zitierte er in zusammenhängender Weise die bis heute erzielten Resultate, wie: die Lohnaufbesserung von 20 % per Tag und anderthalbstündige Mittagspause, Einführung der Fahrlegitimationen (graue, rote und grüne, je nach der Dienstzeit), welche bis heute auf den 1. Staatsbahnen noch nicht bestehen, die Anerkennung der vom Personal gewählten Ausschüßmitglieder der verschiedenen Institute, wie Krankenkasse, Unfallversicherung etc., als Vertrauensmänner, die Erwirkung der alljährlichen Vereinfachung seitens der Ausschüßmitglieder der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt, welche die Arbeiter über die Institution aufzuklären haben, die Ausgabe von Druckorten mit dem Inhalt der wichtigsten Bestimmungen der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt, Bahnärztwesen, Rechtschutz, Einführung des Provisionsfonds für Arbeiter anstatt der bisher jeweilig gewährten Gnadenpensionen, die Erstellung von Grundlöhnen, Affordregulierung, Schaffung eines Arbeiterausschusses, Stabilisierung der Verschieber, Lampisten, Wagen- und Ladefcheinschreiber, Aufnahme der Wagenschreiber in den Afford, Veröffentlichung der Zirkulare der Sammlung A, Gewährung von Freikarten, Gewährung von Urlauben, Auszahlung des halben Lohnes bei Waffenübungen an berechnete Arbeiter, Anszahlung der Frauen bei der Niederkunft, Krankenurlaub, Errichtung eines Ausschusses für das Lebensmittelmagazin, Einführung der Vertrauensmänner bei den Arbeitern aller Kategorien, Zwölf Uhr-Mittagspause in den Hauptwerkstätten, die Lohnerhöhung von drei zu drei Jahren von 20 %, welche bei der 1. Staatsbahn nur 10 % beträgt u. s. w. Indem der Redner noch die nächsten Aufgaben der Arbeiterausschüsse erörterte, schloß er sein Referat mit einem heftigen Appell an die Versammelten, mit Rücksicht auf diese gewiß wichtigen Errungenschaften stets für die Organisation zu arbeiten. Nur durch vereinte Arbeit kann etwas Fruchtbringendes erwirkt werden. Sodann erörterte Genosse Somitsch noch die Arbeiten des Parlaments für die Eisenbahner und unterzog die verschiedenen Parteien, die gegen die Eisenbahner arbeiten, einer vernichtenden Kritik. Er schloß endlich sein Rede damit, daß alle Eisenbahner nur unsere

sozialdemokratischen Kandidaten wählen müssen, welche einzig und allein bestrebt sind, für das Wohl der Eisenbahner einzutreten. In gleichem Sinne sprach noch Genosse Lagger zu den Versammelten und eruchte die Genossen Eisenbahner um eine lebhaftige Agitation für unsere Kandidaten. Sodann eruchte Genosse Stanzl die Versammelten, ehebaldig die Wahlen der Vertrauensmänner in den verschiedenen Arbeiterkategorien vorzunehmen zu wollen, damit die Ortsgruppenleitungen imstande sind, dieselben der Zentrale bekanntzugeben, und schloß um 12 Uhr die Versammlung.

**Sporik.** Sonntag den 4. Juni 1911 fand in Herrn Franz Stuj's Gasthaus eine sehr gut besuchte öffentliche Eisenbahnerwählerversammlung statt, die für unseren Wahlwerber, Genossen Josef Parth aus Saaz, einen Erfolg bedeutet. Der Einberufer Genosse Rubner eröffnete die Versammlung, begrüßte sämtliche Versammlungsteilnehmer auf das herzlichste, brachte sodann zwei Entschuldigungsschreiben zur Verlesung, und zwar seitens der Herren Reichsratskandidaten Dr. Hans Damm (Agrarier) und Franz Kitzel (allddeutsch). Erstgenannter war wieder durch Familienverhältnisse, und zwar betreffs seiner Frau, verhindert, in der Versammlung zu erscheinen. (O, diese Familienverhältnisse!) Ins Präsidium wurden die Genossen Kandler, Rubner und Bonitz gewählt, worauf der Vorsitzende im Namen der Eisenbahner nochmals die Anwesenden sowie den zu dieser Versammlung erschienenen Referenten Genossen Franz Lill, Redakteur aus Wien, begrüßte. Redner sprach in ausführlicher und sachlicher Weise über das Thema: „Die Auflösung des Parlaments und die Eisenbahner“, brandmarkte die Volksfeindlichkeit aller bürgerlichen Parteien, deren größte Sorge nur ist, wie die Steuern für Soldaten und Kriegsschiffe aufzubringen sind, während Tausende ihrer eigenen Volksgenossen in Not und Elend um ihr bißchen Dasein ringen. Genosse Lill erntete nach seinem temperamentvollen Referat reichlichen Beifall. Nachdem zur Wechselrede niemand zum Worte sich meldete, wurde folgende Resolution zur Abstimmung gebracht: „Die heute den 4. Juni in Herrn Stuj's Gasthaus tagende Eisenbahnerwählerversammlung spricht den gewissen bürgerlichen Abgeordneten, insbesondere dem Herrn Dr. Hans Damm, für ihr volksfeindliches Verhalten im Parlament das tiefste Mißtrauen, dagegen dem ehemaligen Sozialdemokratischen Verband für seine erfolgreiche Tätigkeit den besten Dank aus und verpflichtet sich, mit aller Energie für die Wahl des Kandidaten Genossen Josef Parth, Beamter in Saaz Nr. 93, einzusetzen.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Da die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende die ruhig und würdig verlaufene Versammlung, mit dem Appell, am 18. Juni zu zeigen, daß die Wähler nicht zufrieden sind mit der anscheinlich deutschen Regierung Bienerth sowie sämtlicher bürgerlichen Parteien, die zu dem Raubzug auf die Taschen der ärmsten Bevölkerung ihre Zustimmung gaben.

**Wien.** (Blocksignaldienst- und Wächterversammlung.) Am 2. Juni 1911, um 2 Uhr nachmittags, fand im Gasthaus „zum weißen Hohl“ eine gut besuchte freie Blocksignaldienst- und Wächterversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die im Laufe dieses Jahres zur Verhandlung kommenden Anträge für die Zentralpersonalkommission. 2. Bericht über die Personalkommission. 3. Eventuelles. 4. Anträge und Anfragen. Nachdem Genosse Luderbauer als Vorsitzender und Genosse Unterthan als Schriftführer gewählt wurden, ergriff Genosse Sommerfeld das Wort. Er führte aus, daß die Zustände, die jetzt wieder herrschen, schauerhafte seien. Den ambulanten Wächtern der Wiener Stadtbahn wurde die Strecke verlängert statt verkürzt und ihnen die Dienstzeit verlängert. Auch in Saalfelden herrscht dieselbe Mißwirtschaft bei den Blocksignaldienern. Wir haben in der Zentralpersonalkommission die Anträge auf 12 Stunden Dienst und 24 Stunden frei, dann auf 16 Stunden Dienst und 24 Stunden frei und 16 Stunden Dienst und 16 Stunden frei eingebracht. Die Regierung hat kein Geld (Zwischenruf: Nur für Kriegsschiffe!) und mit unserer Nachdienstzulage schaut es traurig aus. (Zwischenruf: Was ist es mit der Uniform? Wir schauen nicht mehr länger zu!) Nach Genossen Sommerfeld kam Genosse Dufschel von der Zentrale zum Wort. Im Verlaufe der Ausführungen desselben kam es wiederholt zu stürmischen Demonstrationen der Versammelten. Der Vorsitzende mußte längere Zeit läuten, um die Versammlungsteilnehmer zu beschwichtigen. Genosse Dufschel kam dann zu den Reichsratswahlen zu sprechen. Werden wir bei der Wahl auf abschneiden, führte er aus, schneiden auch wir mit der Nachdienstzulage gut ab. Es kam dann Genosse Parth zum Wort. Genosse Parth brachte den Bericht über die stattgefundenen Sitzungen der Personalkommission. Genosse Parth habe zwei neue Anträge eingebracht. Der eine sei angenommen worden, während der zweite an die Zentralpersonalkommission gemessen wurde. Die Untergrundprämie wird künftig in den Weihnachtstagen ausbezahlt. Es sei nur voriges Jahr verspätet gemessen. Der zweite Antrag, das Schreibpauschale der ambulanten und Kampenwächter, muß in die Zentralpersonalkommission eingebracht werden. Nachdem noch Genosse Sommerfeld einige aneisende Worte zu den Reichsratswahlen gesprochen und Genosse Unterthan die Zustimmung der Versammlung zu den Anträgen für die Zentralpersonalkommission ausgedrückt hatte, wurde die stürmisch verlaufene Versammlung geschlossen.

### Aus den Organisationen.

**Chodau.** (Generalversammlung.) Am 1. Juni wurde die ordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Chodau abgehalten, in welcher folgende Genossen in den Ausschüß gewählt wurden: als Obmann: Gottlieb Dykast, Aushilfswächter, Chodau 253, an welchen sämtliche Briefe zu senden sind; als Obmannstellvertreter: Josef Schmied, Oberbauarbeiter; als Kassier: Anselm Dömel, Oberbauarbeiter, Münchhof 69 bei Chodau, an welchen die Briefe in Geldangelegenheiten zu senden sind; als Subkassier: Benzel Heißiger, Weichenauhilfswächter; als Schriftführer: Rudolf Meinel, Bahnwächter; als Schriftführerstellvertreter: Karl Mahaf, Stationsarbeiter; als Revisoren: Walter Rosenstranz, Oberbauarbeiter, und Anton Nowotny, Weichenauhilfswächter; als Beisitzer: Franz Kejla, Oberbauarbeiter, und Franz Weinert, Oberbauarbeiter.

**Fehring.** (Konstituierung der Ortsgruppe.) Am 10. Juni 1911 wurde in Brunn eine sehr gut besuchte Versammlung des Fehringer Eisenbahnerpersonals abgehalten, bei welcher unter dem Vorsitz der Genossen Muchitsch und Puchas die Umwandlung der Zahlstelle in eine Ortsgruppe vorgenommen wurde. Die Wahl des Ausschusses der neuen Ortsgruppe ergab folgendes Resultat: Es wurden gewählt: als Obmann: Josef Triller, Wächterkontrollor, als dessen Stellvertreter: Franz Leitgeb, Weichenauhilfswächter; als Schriftführer: Johann Kraiser, Kondukteur, als dessen Stellvertreter: Franz Belklich, Magazinsdiener; als Kassiere: Alois Puchas, Wagenschreiber, und Florian Kolment, Heizer; Kontrolle: Valentin Fuchs, Wagenschreiber, und Franz Böher, Oberbauarbeiter; als Bibliothekare: Franz Schullin, Lokomotivführer, und Johann Lambrecht, Heizer; als Subkassiere: Alois Weber, Wächter in Studenzen, und Josef Fackes, Bahnmelder in Feldbach. Die Wahl des Ausschusses ging einstimmig vor sich. Zuschriften sind an Genossen Triller zu richten.

**Dohensstadt.** Die Genossen hielten am 19. Juni eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher die Genossen Kreiler und Navrouch über den „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierten. Nach der Versammlung wurden 11 neue Mitglieder aufgenommen.

### Berschiedenes.

**Ein Bahnmarterl.** Im Abgeordnetenhaus wird an den Paul Vielohlawels ein Marterl mit folgender Inschrift errichtet:  
„Hier saß Vielohlawel, ein deutscher Mann,  
Wie schon aus dem Namen ersehen man kann.  
Er selbst nahm niemals etwas ins Prahl;  
In solchen Fällen schiedte er den Hagl!“

### Literatur.

**Rodmos,** Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben vom „Rodmos, Gesellschaft der Naturfreunde“, Stuttgart. Jährlich 12 reich illustrierte Hefte mit den Weisheiten: Wandern und Reisen. Aus Wald und Heide. Photographie und Naturwissenschaft. Haus, Garten und Feld. Die Natur in der Kunst. Ver. Oktav Mt., 2-80. Mitglieder erhalten die Zeitschrift nebst fünf Bänden der ordentlichen Veröffentlichungen für den Jahresbeitrag von Mt. 4-80 gratis geliefert.

**Der Bahnmelder.** Handbuch für den Bau- und Erhaltungsdienst der Eisenbahnen. I. Band, Heft 1: Naturlehre mit 103 Abbildungen im Text. Verfaßt von den k. k. Staatsgewerbeschulprofessoren A. Lichtenecker und P. Artmann. Preis broschiert Kr. 7-50 bei Franzosenburg. (Ueber Verlangen erfolgt die Lieferung auch gegen monatliche Teilzahlung. Dieses Heft enthält in gebiegender Darstellungsweise die für jeden Gebildeten wichtigen Grundlehren der Physik, der Wärmelehre und der Chemie. Bestellungen nehmen entgegen: die Verlagsbuchhandlung W. Knappe in Halle an der Saale und der Herausgeber E. Durok in Lissa an der Elbe.

### Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

**An alle Heizhäuser der k. k. priv. Südbahn.**  
Ueberrascht durch die mir von den Genossen L. Beer und Zwentl im Namen des Lokomotivpersonals überreichte Sammlung spreche ich an dieser Stelle allen Vertrauensmännern, welche in den einzelnen Heizhäusern die Sammlung durchgeführt, als auch allen, welche sich an derselben beteiligt haben, meinen besten Dank aus.  
Franz Nuzicka, Lokomotivführer, Villach.

**Rasche Erholung** von körperlicher und geistiger Anstrengung schafft am besten ein Teller guter Rindsuppe, die sich auch der vielbeschäftigte Eisenbahner jederzeit bequem und billig selbst zubereiten kann. Er nimmt einen Maggi-Rindsuppenwürfel a 5 H. und löst ihn ganz einfach in einem Teller durch Uebergießen mit einem Viertelliter kochendem Wasser auf. In ähnlicher Weise stellt er sich aus Maggis Suppen in Tabletten ebenfalls nur mit Wasser — Kochzeit 20 bis 30 Minuten je nach der Sorte — schmackhafte und kräftige Suppen her, wie Erbsen, Erbsen mit Reis, Kartoffel u. s. w. Eine Tablette für zwei bis drei Teller vollständig fertiger Suppe kostet 15 H. — Durch die hervorragende Qualität und praktische Verwendbarkeit haben sich die Maggis'schen Erzeugnisse in Eisenbahnerkreisen schon sehr viele Anhänger erworben.

### Sprechsaal.

**An die Mitglieder der Ortsgruppe Wien X/2.**  
Laut Beschluß der Ausschüßsitzung vom 14. d. M. werden die Einzahlungen ab 1. Juli nur zweimal im Monat, und zwar den ersten Samstag nach dem 1. und den ersten Samstag nach dem 15. eines jeden Monats entgegengenommen. Sollte ein Samstag auf den 1. oder 15. fallen, so findet diesen Samstag die Einzahlung statt. Dieser Beschluß kommt nur für jene Mitglieder in Betracht, welche ihre Einzahlungen persönlich leisten. An Subkassiere können die Einzahlungen jederzeit geleistet werden.

### Offene Anfragen.

**An die Direktion der k. k. Oesterreichischen Nordwestbahn.**  
Die Magazinsaffordarbeiter der Station Reichenberg haben im Monat Jänner ein Gesuch um Aufbesserung ihrer Löhne eingefendet. Da sie bis jetzt auf dieses Gesuch keine Antwort erhalten haben, so stellen dieselben an die hohe Direktion das höfliche Ersuchen um Beantwortung dieses Gesuches.

**An die k. k. Staatsbahndirektion Wien.**  
Die Professionisten der Bahnerhaltungsjektion Meil sandten am 19. Februar 1911 ein Gesuch wegen ihrer Stabilisierung an die Direktion Wien ein. Bis heute ist ihnen noch keine Antwort auf selbes zugekommen. Wir ersuchen deshalb die Direktion auf diesem Wege, die Antwort auf das Gesuch der Professionisten der Bahnerhaltungsjektion Meil baldmöglichst zukommen zu lassen.

**An die k. k. Staatsbahndirektion Triest.**  
An die k. k. Staatsbahndirektion Triest wird die höfliche Anfrage gestellt, ob und wann selbe die längst erbetenen mit Rücksicht auf die Gesundheit der Bediensteten sehr notwendigen Wabehütten zu bauen gedenkt, die in Spalato und Sebenico bereits bestanden haben.

### Mitteilungen der Zentrale.

**Zentralausschüßsitzung** am 22. Juni 1911. Schlußberatung über die Gegenstände der provisorischen Tagesordnung der diesjährigen Delegiertenversammlung der Zentrale. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

### Freie Eisenbahnerversammlungen.

**Eisenbahner Salzburgs!** Die Ortsgruppe I des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines beruft für Donnerstag, 27. Juni, 8 Uhr abends im Gasthaus „zum Eigenherr“ in Ypling eine „freie öffentliche Eisenbahnervereinsversammlung“ ein. Am 25., 26., 27., 28. und 29. Juni findet in Wien die Delegiertenkonferenz und Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Statutenänderung und die Hinterbliebenenunterstützung. 2. Die Sozialversicherung und die Eisenbahner. 3. Der neue Strafgesetzbuch. 4. Die Sicherheitsmänner auf den Eisenbahnen. 5. Der Separatismus und die Eisenbahner.

Es gilt, bei dieser Versammlung dem Delegierten die strikten Direktiven zu geben, wie sich derselbe bei der Generalversammlung zu diesen Punkten zu verhalten hat.

Die Ortsgruppenleitung. Marburg II. Am 2. Juli 1911 findet im Hofsch's Gasthaus in Spielfeld um 4 Uhr nachmittags eine Eisenbahnerversammlung statt.

Ortsgruppe Wolfsberg. Am 8. Juli findet im Vereinslokal eine wichtige Vereinsversammlung statt. Sämtliche Mitglieder werden dringend aufgefordert, bestimmt und pünktlich samt ihren Mitgliedsbüchern und Interimskarten zu erscheinen.

Komotau. Die nächste Monatsversammlung findet am Sonntag den 9. Juli, nachmittags 1/3 Uhr, im Restaurant „Vollshaus“ in Komotau statt.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Linz. Vom 1. Juli 1911 an finden die Funktionsstunden im Vereinslokal an allen Sonntagen in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags statt.

Ortsgruppe Brüx. Es diene den geehrten Mitgliedern der Ortsgruppe Brüx zur Kenntnis, daß sich die Notwendigkeit ergibt ein neues Mitgliederverzeichnis anzulegen.

Ortsgruppe Alt-Paka. Am 2. Juli 1911, um 2 Uhr nachmittags, findet im Gasthaus „zur alten Post“ die ganzjährige Generalversammlung statt.

Ortsgruppe Dux. Sonntag den 2. Juli, um 8 Uhr abends, findet im Gasthaus „zum Kronprinz Rudolf“ die Monatsversammlung der Ortsgruppe Dux statt.

Ortsgruppe Mährisch-Odrau. Allen Mitgliedern unserer Ortsgruppe diene zur Kenntnis, daß die diesjährige ordentliche Generalversammlung (Neuwahl der Ortsgruppenleitung) am Dienstag den 11. Juli 1911 um 1/8 Uhr abends im Saale des Restaurants „Al. Bialak“ in Oberfurt stattfindet.

Ortsgruppe Reichenberg. Den geehrten Mitgliedern wird hiermit bekanntgegeben, daß diesen Monat die Vereinsversammlung nicht abgehalten wird, sondern daß dieselbe Mittwoch den 5. Juli 1911, abends 8 Uhr, im Vereinshaus Reichenberg stattfindet.

Ortsgruppe Brünn I. Es diene den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß Genosse Janousek sein Mandat als Obmann der Ortsgruppe niedergelegt hat.

Ortsgruppe Brünn I. Am Montag den 3. Juli 1911, 1/8 Uhr abends, findet in der Restauration „zum Neßbock“ in Rumrowitz eine öffentliche Vereinsversammlung statt.

Zahlstelle Ebenzer. Es wird den Mitgliedern bekanntgegeben, daß vom Monat Juli anfangen, jeden ersten Samstag im Monat Diskussionsabende stattfinden, weshalb alle Mitglieder zu zahlreichem Besuch eingeladen sind.

Zahlstelle Buzan. Am 2. Juli findet um 2 Uhr nachmittags in der Restauration „zum Bahnhof“ in Protivitz die monatliche Versammlung statt.

Ortsgruppe Pöchlarn I. Sämtliche Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an den Obmann Leopold Lazar, Savlickegasse 24, zu senden.

Ortsgruppe Weiskirchen. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die nächste Monatsversammlung Sonntag den 9. Juli 1911, abends 6 Uhr, im Vereinslokal abgehalten wird.

Inhalt der Nummer 18 vom 20. Juni 1911.

Auf zur Stichwahl! Dankagung. Artikel: Die Wahlkämpfe. Das Wahlergebnis in den deutschen Bezirken. Die Internationalen. „Es wird nichts gemacht.“

Inland: Die sozialdemokratischen Erfolge für die Eisenbahner. Reichsratswahlen und Börse. Wie der deutschnationale Arbeiterpartei über Eisenbahner schreibt.

Ausland: Zum bevorstehenden Seemannsfreie. Die Betriebsergebnisse der Eisenbahnen Großbritanniens im Jahre 1910. Die Zahl der Angestellten der Staatsbahnen in Australien.

Aus dem Gerichtssaal: Unfall auf dem Heizhausgeleise in Wiener-Neustadt. Ein unheimlicher Gast. Streiklichter: Von der Spangbahn. Der Aktionsausschuß der organisierten Signalmeister in Prag.

Bericht: Eine Konferenz der Verkehrsbeamten Nordwestböhmens des Beschäftigtenpersoneels der k. k. Staatsbahnen. Selzthal, Schwarzach, Floridsdorf.

Verchiedenes: Ein niedliches Kleinbahnidyll. Technisches: Patentbericht. Literatur: Eisenbahn- und Verkehrs-Jahrbuch 1911. „Le Traducteur“, „The Translator“, „All Traduttore“.

Briefkasten der Redaktion.

Cervignano. Die Einlieferung ist zur Veröffentlichung nicht geeignet. — Annoncen. Die Anzeige von der Wächterbesprechung ist zu spät eingelangt.

Inferate. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

Zur Erfrischung im Dienst, besonders in der Nacht, empfiehlt sich eine kräftige Rindsuppe aus MAGGI Würfeln (fertige Rindsuppe) à 5 h. Nur mit kochendem Wasser zu übergossen.

Achtung, Eisenbahner! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf von Bekleidungsgegenständen.

Größte Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige Bekleidungsgegenstände in weiß oder farblich.

Pendeluhr mit Musikwecker und Schlagwerk. in prachtvollem natur-nussbaumfarbigem Kasten. 75 cm hoch, schlägt halbe und ganze Stunden, weckt u. spielt die schönsten Musikstücke zur beliebigen Stunde.

NUR IN DER FABRIK ohne Anzahlung nur unter Zahlung der ersten Monatsrate, mit drei Jahre Garantie, erhalten Sie die modernste, beste Sprechmaschine mit ohne Trichter, auch Platten ohne Apparat zu selbständigen Bedingungen.

Gutbezahlte Stellung fanden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunterrichtslehre „System Karnad-Hachfeld“ zu ihrer Weiterbildung bedienen.

10.000 Militär-Leintücher, unverwüstlich, mit Stempel 200x140 cm gross, 1 Stück K 2-75. 500 Dtzd. Handtücher, sehr starke Qualität, rohweiss, halbleinen 98x47 cm gross 60 h.

Gratis! Neuer illustrierter Katalog! Pariser Gummi-Spezialitäten. Neuheit für Herren: Stück K 2-.-, Damenrod verwendbar 2 Jahre Garantie.

Männerkrank. Jellen und Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. Rausler. Außerst lehrreicher Ratgeber und Wegweiser zur Bekämpfung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkserkrankung.

Der jetzigen Teuerung bietet man die Stirne durch direkten Einkauf beim Erzeuger. 40 Meter Reste, 4 bis 16 Meter lang, garantiert waschecht, prima Qualität.

Kleiderhaus Albert Kern, Graz Annenstraße 28. Moderner Weberzieher . . . . . Kr. 18.-, 30.-, 40.- Eleganter Anzug . . . . . „ 20.-, 28.-, 40.-

Die „Patent-Korkkappe“ ist die beste Uniformkappe der Gegenwart. K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken Wilhelm Beck & Söhne

Ehrenerklärung. Ich Gefertigter bedauere, das Fräulein Anna Deslocher, Maschinenstochter der Südbahn, beleidigt zu haben und stehe nicht an, die beleidigenden Worte zurückzunehmen.

Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Muskeln, Sehnen werden kräftig. Ihr Schlaf gesund...

Parteigenossen!

Bestellen Sie sich ein Packet fehlerfreier Reste, enthaltend: Besten Hemdenoxford, feinen Hemden- und Kleiderzephyr, hochprima Bettkanevas, starke Komodenleinwand, Blaudruck, Barchent, Blusen- und Kleiderstoffe etc., alles nur in prima Qualität

40 Meter um 16 K

per Nachnahme. Die Restenlänge ist von 4-10 Meter und kann jeder Rest bestens verwendet werden.

LEOPOLD WLČEK

Handweber in Nachod Nr. 17, Böhmen. Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

1000 Kronen Belohnung für Kahlköpfige und Bartlose.



Ein eleganter Bart- und Haarwuchs kann durch Gebrauch von Cara Haarbalsam im Laufe von acht Tagen hervorgerufen werden, dieser Balsam bringt Haar und Bart aller kahlköpfigen und dünn behaarten Personen zum Wachstum.

Cara ist das beste Erzeugnis der modernen Wissenschaft auf diesem Gebiete und als der einzige Balsam anerkannt, der wirklich Haar und Bart - eben auch bei Greisen - erzeugen kann.

Cara Haarbalsam wird daher, auch von allen jungen und alten Herren und Damen in der ganzen Welt gebraucht.

Cara bringt die abgestorbenen Haarpapillen wieder zum Wachstum, und zwar nach Gebrauch weniger Tage und man wird daher im Laufe ganz kurzer Zeit einen sehr kräftigen Haarwuchs haben können. Unschädlichkeit wird garantiert!

Wenn das nicht wahr ist, zahlen wir

1000 Kronen netto

an alle kahlköpfigen, bartlosen und dünn behaarten Personen, die Cara Balsam vier Wochen ohne Erfolg gebraucht haben.

Wir sind die einzige Firma, die der Kundschaft eine derartige Garantie leisten kann.

Herr Josef Silhavy schreibt: Sehr geehrte Firma!

Indem mein Freund durch Ihren Balsam binnen 5 Wochen einen schönen Bartwuchs erhalten hat, so bitte ich Sie, mir ein Paket Cara à 6 Kronen per Nachnahme zu senden.

Hochachtungsvoll Josef Silhavy, Erzsébetfalva, Ungarn

Cara Haus, Kopenhagen.

Für das mir gesandte Paket Cara danke ich herzlichst. Ich gebrauche nun Ihr Haarmittel seit 12 Tagen, und zwar mit einem guten Erfolg; mein Haar fällt nicht mehr aus, sondern scheint eher schwerer und dicker zu werden, es ist auch nicht so wenig gewachsen, seitdem dass ich Ihren Haarbalsam zu gebrauchen anfing. Auch mein Bartwuchs wird ohne Zweifel viel kräftiger als vormals werden. Ich habe eine Menge Haarmittel gebraucht, jedoch ohne Erfolg und danke Ihnen daher von ganzem Herzen für Ihr glänzendes Haarmittel; ich werde es für die Folge stets an alle empfehlen, die Gebrauch dafür haben können. Mit bestem Dank verbleibe ich Ihr

D. V. M., Kopenhagen.

Obs. Diskrete Verpackung.

Cara gibt dem Haar und Bart ein glänzendes und vellendes Aussehen sowie einen schönen weichen Fall und wird gegen Vorauszahlung oder Nachnahme über die ganze Welt versandt, wenn man an das grösste Spezialgeschäft schreibt.

Ein Paket Cara kostet 6 Kronen, zwei Pakete 10 Kronen.

Cara Haus, Kopenhagen V. 305. Dänemark.

(Briefe sind mit 25 Hellern, Postkarten mit 10 Hellern zu frankieren).

MÖBEL Aufzut an die Herren Eisenbahner!

Wien's beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen altbekannte, o langjährig bestehende o

Fünfhäuser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142 Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr.



(neben der Löwendrogerie Schawarda) vollst. eingerichtete Zimmerwohnungen à Kr. 130, 150, 170, 200 u. 240. Kücheneinrichtungen von Kr. 34 aufwärts. - Komplett. Schlaf- und Speisezimmer von Kr. 280. - Moderne Kücheneinrichtungen, grau, weiß, grün, à Kr. 70. - Patentbetten von Kr. 9.- und Matrassen, dreiteilig von Kr. 12.- aufwärts. - Einzelne Gegenstände billigst in großer Auswahl. Kleiner Preisverkauft für die Provinz, gratis. Großer Möbel-Katalog gegen 60 Heller Briefmarken franko.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Anschauung!

Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bestellen Wien's besten.

Warnung! Am meine P. L. Kunden vor Schaden durch Verführung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma Fünfhäuser Möbelniederlage, da eine Konturierung meine Hausnummer als Preis misshandelt, um meine P. L. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsorte!

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenbahnerkondukteur“ in Lebensgröße in meinem Schaukasten sehen.

Bester Preis!

Erlaube mir Ihnen mitzuteilen, daß die Möbel, welche am 23. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre tolle und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Hochachtungsvoll

Louis Stadler Architekt in Ebnau.

Ohne Anzahlung gegen Monatsraten

Illustr. Preiskataloge gratis und franko.

nur erstklassige



nur erstklassige

Auf Verlangen: Auswahlendungen.

Uhren Gold-, Silber- und Alpakasilberwaren Gramophone Theater- u. Reiseokular

Adolf Jirka, Uhrmacher und Juwelier, Krumau a. d. Moldau.

Gasthof und Café-Restaurant „Elisabeth“

Innsbruck Maximilianstraße Innsbruck (nächt dem Südbahnhof, Haltestelle der elektrischen Bahn).

Empfehle den Herren Eisenbahnern auf der Urlaubreise meinen ganz neu eingerichteten Gasthof.

Bürgerliche Preise. Setten von K 1.50 an. Gute Tiroler Weine, Pilsner und Innsbrucker Bier.

Alois Leitner, Restaurateur.

Treffpunkt der Eisenbahner.

Präzisions-Uhren! Moderne Pendeluhrn! UNION HORLOGÈRE

Omega, Glashütte, Schaffhausen, Alpina, Zenith, Helvetia u. s. w.

Johann Lad bürgerlicher Uhrmacher, k. k. gerichtlich beideter Schätzmeister

Wien II, Kaiser Josefstrasse Nr. 35.

Viele Anerkennungen Gegründet 1890

Billigste Bezugsquelle! Reelle Garantie! Katalog gratis!

Um die Konkurrenz zu übertreffen, will ich einen verschenken



Ich liefere diese vier extra starken, schillen, hochmodernen, reinen Aluminium-Kochtöpfe mit Deckeln für nur Kr. 27,- und gebe diese wunder

Gr. 24 = 5 L. 22 = 4 L. 20 = 3 L. 18 = 2 L. reile Aluminium-Kuchenform und einen Patent-Topfreiniger preiswert dazu. Keine Nachnahme, sondern 3 Monate Credit! Niemand versäume diese Gelegenheit! Paul Alfred Goebel, Wien, VIII. Basse Gelegenheit! Albertgasse 3

Benützen Sie bei Vergebung von Druckaufträgen nur die Telephonnummern 2364 oder 3545 der modernst eingerichteten

DRUCK- UND VERLAGSANSTALT „VORWÄRTS“

Wien, V. Wienstrasse 89A

Unsere Verkaufsstellen sind durch diese Schilder kenntlich!



BROT

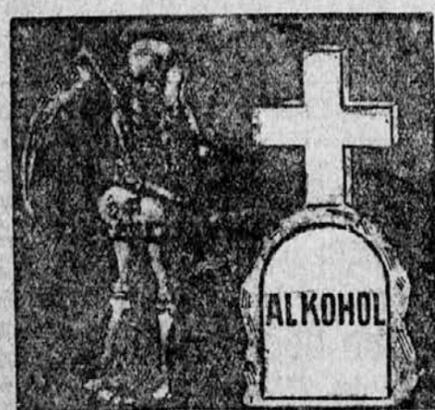
Hammerbrotwerke u. Dampfmühle SKARET, HANUSCH & CO.

Bureau: Wien, II, Zirkusgasse 21 - Telephon 23240

Herausgeber Josef Tomisch, - Verantwortlicher Redakteur Franz Eitl.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Eiwoboda & Co. Wien, V., Wienstrasse 89a.

Heile die Trunksucht



ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt.

Retten ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört, oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.

Coom ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabscheuen wird.

Coom ist vollkommen unschädlich und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen.

Coom ist das neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervorgebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Elend und Ruin errettet.

Coom ist ein leicht lösliches Präparat, das z. B. die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betroffene gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht vertragen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabscheuen kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.

Coom sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt; wenn er dem Trunke auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol dennoch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich dem Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose Coom einnehmen. Selbiges ist völlig unschädlich. Der Betroffene konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Brantwein oder Likör verwendet worden wäre.

Herr R. F. schreibt: Coom-Institut, Kopenhagen, Dänemark:

Ich bitte so gütig zu sein, eine Schachtel Coom zu senden mit Postnachnahme à K 10.-. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trunke ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten Coom habe ich schon drei Personen abgewöhnt und sind jetzt ganz tüchtige Männer, nur wollen sich die Menschen bei uns nicht anreden lassen. Vielmals dankend, verbleibe, ich Sie ehrend, R. F., Diögyör gyartelep 1910, XI/28, Ungarn.

Das Coom-Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorauszahlung oder gegen Nachnahme nur durch:

COOM-INSTITUT Kopenhagen 314, Dänemark.

Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren.